

(Beginn: 15.37 Uhr - Ende: 22.40 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 47. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates.

Einige von Ihnen wissen es vielleicht bereits: Ich erhielt eben einen Anruf aus Istanbul von Jörg Detjen und möchte Ihnen gern mitteilen, dass das Urteil Adil Demirci erfolgt ist. Er kommt aus dem Gefängnis frei.

(Beifall)

Herr Detjen geht davon aus, dass es heute Abend geschehen wird, und lässt Sie alle sehr herzlich grüßen.

(Beifall)

Ich begrüße heute ganz besonders unsere neue Stadtkämmerin Frau Professor Dr. Diemert zu ihrer ersten richtigen Ratssitzung.

(Beifall)

Sie wird gleich zu Beginn der Sitzung die Gelegenheit nutzen und das Wort an Sie richten.

Wie Sie alle wissen, ist unsere bisherige Gleichstellungsbeauftragte Frau Dahmen im letzten Jahr zum Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gewechselt und hat dort mit ihrer hier aufgebauten großen Erfahrung als langjährige Leiterin der Kölner Ausländerbehörde die Leitung im Bereich Ausländerrecht übernommen.

Ihre Nachfolgerin als neue Gleichstellungsbeauftragte ist Frau Mötting, die ich zu ihrer ersten Ratssitzung heute ebenfalls besonders herzlich begrüßen möchte.

(Beifall)

Außerdem begrüße ich unser neues Ratsmitglied Herr Geraedts, den ich gleich verpflichten möchte. Herr Geraedts ist als Nachfolger für Herrn Bensch gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Ich bitte Sie deshalb, zu mir nach vorn zu kommen.

Zudem bitte ich Sie, alle Anwesenden, sich von Ihren Plätzen zu erheben, bitte auch die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreter der Medien. Die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister stehen schon.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Herr Geraedts, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten sowie Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Wilhelm Geraedts [AfD]: Danke sehr!)

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Detjen - das ist klar -, Frau Wolter, Frau Schultes und Frau Dresler-Graf.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn van Geffen, Herrn Klausing und Frau Pakulat.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion DIE LINKE hat am 25.01. fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema *Metropolregion Rheinland* eingereicht. Zu dem Thema liegen inzwischen unter TOP 3.1.6 auch ein Antrag der AfD-Fraktion und unter TOP 3.1.7 ein Antrag der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT vor.

Ich gehe davon aus, dass DIE LINKE ihren Antrag auf Aktuelle Stunde aufrechterhält.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja!)

Das wird bestätigt.

Dann schlage ich vor, dass wir die Aktuelle Stunde, TOP 1.1, und die Anträge unter TOP 3.1.6

und TOP 3.1.7 gemeinsam zu Beginn der Sitzung behandeln. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.6 und 4.7, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 7.1.1 und TOP 10.32, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.6 bis 17.13.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 3.2.1 und 6.1.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Beantwortung der Anfrage unter TOP 4.7 bitten wir in den Wirtschaftsausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mit Einvernehmen von Herrn Wortmann, Freie Wähler Köln, bitten wir, den Antrag 3.1.3 in den Finanzausschuss zu schieben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, TOP 10.31 an den Beginn der 10er-Punkte zu ziehen, sozusagen zu 10.0.

Zu Tagesordnungspunkt 12.1 beantrage ich, diesen noch einmal in den Stadtentwicklungsausschuss zurückzuverweisen, weil die Bezirksvertretung Nippes erst nach dem Stadtentwicklungsausschuss getagt hat und wir noch einmal Gelegenheit haben sollten, im Stadtentwicklungsausschuss über die Beratungsergebnisse der BV Nippes zu beraten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Hier ist eben ein Dringlichkeitsantrag - es kommt gerade noch einer - eingegangen, und zwar von den Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter dem Titel *Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG*.

Zudem gibt es noch einen Dringlichkeitsantrag von den Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unter dem Titel *Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln GmbH*.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir bitten erst einmal um Sitzungsunterbrechung. Uns sind diese Dringlichkeitsanträge nicht zugegangen, somit können wir über sie derzeit auch nicht beraten.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, das ist ein Antrag zur Tagesordnung - Sitzungsunterbrechung. Wären Sie einverstanden, dass die Dringlichkeitsanträge erst begründet würden, oder möchten Sie die Sitzungsunterbrechung sofort haben?

(Christian Joisten [SPD]: Erst lesen!)

Ich kann Sie leider nicht verstehen, weil alle dazwischengeredet haben.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich brauchen wir erst die Unterlage, damit wir sie lesen können. Danach würden wir gern die Begründung hören, und dann können wir darüber entscheiden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir die Sitzung kurz unterbrechen - die Unterlagen sind verfügbar -, damit die Vorlagen gelesen werden können. Wir steigen danach in die Diskussion der Tagesordnung wieder ein. Ich würde Ihnen bis 15.55 Uhr Zeit geben. Einverstanden?

(Zurufe: Wenn wir sie bis dahin haben!)

- Ja, sie sind verfügbar. Sie sind im Ratsinformationssystem verfügbar.

(Unterbrechung von 15.48 bis 16.04 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine verehrten Damen und Herren, ich würde gern wieder in die Sitzung eintreten.

Erlauben Sie mir die Bemerkung an alle Fraktionen gerichtet, dass die Dringlichkeitsanträge erst zu Sitzungsbeginn eingereicht wurden und inzwischen auch noch drei Änderungsanträge vorliegen. Das mag politisch alles sinnvoll sein, nur die Geschäftsstelle muss es abarbeiten. Ich würde Sie bitten, im Sinne einer guten Debatte so frühzeitig mit Informationen zu kommen, dass wir sie verarbeiten können. Wir möchten Ihnen schließlich alle Informationen rechtzeitig zur Verfügung stellen. Ich muss es auch lesen und mir eine Meinung bilden. Es wäre sehr hilfreich, wenn das in Zukunft rechtzeitig käme.

Wir treten jetzt wieder in die Debatte um die Tagesordnung ein, meine Damen und Herren.

Es liegen zwei Dringlichkeitsanträgen der Fraktionen vor: unter 3.1.9 der Antrag zur Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG und unter 3.1.10 der Antrag zum Weisungsbeschluss zur Nachbesetzung Geschäftsführung Stadtwerke Köln.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit?
- Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mein völliges Unverständnis zum Ausdruck bringen, in welcher Art und Weise hier mit dem Rat und mit diesem Hohen Haus umgegangen wird.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Zur Dringlichkeit, Herr Joisten!)

Wenn Sie hier zu Beginn der Sitzung einen solchen Antrag vorlegen, der so weitreichend ist, dann empfinden wir das als Kulturbruch und als stilllos im Umgang mit den Ratsmitgliedern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Dringlichkeit bei dem Antrag *Weisung an die städtischen Vertreter im Aufsichtsrat der KVB AG* lehnen wir ab. Es gibt keine Dringlichkeit, heute die Fragen, die hier aufgeworfen werden, zu beraten. Wenn irgendwo ein Mangel erkannt wird,

wenn Sie in irgendeiner Weise Beratungsbedarf haben, dann haben wir Fachausschüsse und auch eine nächste Ratssitzung. Hier und heute brauchen diese Anträge nicht beraten zu werden. Insofern lehnen wir die Dringlichkeit ab.

Im Übrigen geht es in beiden Anträgen auch um personalisierte Daten. Damit ist das für uns ein nichtöffentlicher Vorgang.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Lächerlich!)

- Ja, Entschuldigung! Wir haben hier ein Commitment, wenn es um Personen geht. Es steht auch so in der Geschäftsordnung und in der Gemeindeordnung, dass es dann im nichtöffentlichen Teil behandelt wird. Das gilt insbesondere - das kann ich gleich vorwegnehmen - auch für den nächsten Antrag. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenreden? - Gut.

(Niklas Kienitz [CDU]: Formal!)

Dann lasse ich jetzt getrennt abstimmen über die Dringlichkeit von 3.1.9, KVB. Gibt es Gegenstimmen gegen die Dringlichkeit? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, Rot-Weiß, AfD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Dann rufe ich jetzt 3.1.10 auf. Gibt es Gegenstimmen?

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Ich kann Sie nicht verstehen. Bitte sprechen Sie in das Mikrofon.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie haben den Punkt *Gegenrede gegen die Dringlichkeit* noch nicht aufgerufen. Darauf möchte ich nur hinweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie können gern jetzt dazu Stellung nehmen. Ich dachte, das hätten Sie getan, aber bitte gern.

Christian Joisten (SPD): Wir wollen ja jetzt formal sein. Wir haben hier einen ganz formalen Vorgang, und der formale Vorgang sieht vor,

dass der Tagesordnungspunkt und die Dringlichkeit aufgerufen werden.

(Zurufe)

Ich rede hier jetzt gegen die Dringlichkeit, weil auch in diesem Fall der Termin des 22.02. langfristig bekannt war. Es hätte also rechtzeitig zu Beginn bzw. binnen der Antragsfrist eingereicht werden können. Es besteht kein Anlass zur Dringlichkeit. Wir lehnen diese ab.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, hier wird die Dringlichkeit mit gleicher Begründung abgelehnt. Gibt es eine Gegenrede?

(Niklas Kienitz [CDU]: Formall!)

- Formale Gegenrede.

Dann lasse ich jetzt abstimmen: Gegenstimmen gegen die Dringlichkeit? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, die AfD, Rot-Weiß und DIE LINKE.

Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Dringlichkeit so beschlossen.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung haben wir eben debattiert. Gibt es dazu noch weitere Wortmeldungen? - Bitte, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wenn ich Herrn Joisten richtig verstanden habe, hat er beantragt, die beiden Anträge in den nichtöffentlichen Teil zu schieben. Gut, wenn er das nicht getan hat, dann mache ich das jetzt.

Ich beantrage, die beiden Anträge in den nichtöffentlichen Teil zu verweisen, weil in diesen beiden Anträgen auf das Abstimmungsverhalten von einem Aufsichtsrat, der geheim tagt, Bezug genommen wird. Das verstößt gegen das Aktienrecht. Dementsprechend ist eine Behandlung im öffentlichen Teil nicht möglich. Ich bitte darum, sie zu verweisen.

Der Hintergrund, warum sie im öffentlichen Teil behandelt werden sollen, ist eine politische Schlammschlacht um Entscheidungen, die die Arbeitnehmer getroffen haben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht nicht um die Arbeitnehmer!)

Ich bitte darum, dass diese beiden Anträge in den nichtöffentlichen Teil verwiesen werden. Juristische Schritte, wenn das nicht geschieht, behalten wir uns vor.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir müssen darüber gar nicht abstimmen. Es ist nämlich meine Sache, das zu entscheiden, und ich schiebe es gern auch in den nichtöffentlichen Teil, Herr Weisenstein.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt sind wir immer noch bei der Debatte der Tagesordnung. Gibt es noch Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das sehe ich nicht.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das sehe ich auch nicht.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir können in die Sitzung eintreten. Ich gebe zunächst Frau Stadtkämmerin Professor Dr. Diemert das Wort.

(Beifall)

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 08.11. letzten Jahres haben Sie mich zur Stadtkämmerin dieser schönen Stadt gewählt und dazu an dieser Stelle zunächst meinen aufrichtigen Dank für Ihre Zustimmung und für Ihr Vertrauen. Ich empfinde das nicht als Selbstverständlichkeit, sondern im Gegenteil als große Ermutigung für die vor mir, vor dieser Stadt und vor diesem Rat liegenden finanziellen Herausforderungen und Aufgaben.

Jedem Neuanfang wohnt bekanntlich nicht nur ein Zauber inne, sondern mit ihm sind auch immer Erwartungen und Hoffnungen, manchmal ebenso auch Befürchtungen verknüpft. Das spüre ich in den vielen Gesprächen, die ich in den drei Wochen seit meinem Amtsantritt geführt habe, und es wird auch greifbar in der langen Liste an Wünschen, Problemen, Herausforderungen, der ich fast täglich weitere Punkte hinzufügen kann.

Finanzminister - so heißt es ja - seien eine seltsame Personalunion von Milchkuh, Hamster und Kettenhund.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich persönlich finde, das bringt es ganz gut auf den Punkt; denn das Streben nach geordneten Finanzen, der Haushaltsausgleich und das Ziel einer nachhaltigen generationengerechten Finanzwirtschaft - das alles ist kein Selbstzweck, sondern vielmehr Mittel zum Zweck. Oder um im Bild zu bleiben: Hamster und Kettenhund sind notwendig, damit es auch zukünftig Milch geben kann.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dass dieser Rat sich mehrheitlich zu einem freiwilligen, schrittweisen Konsolidierungskonzept bekannt hat, ist daher der richtige Weg. Ich kann Sie mit all meiner Erfahrung, die ich in den letzten Jahren in Duisburg sammeln konnte, nur nachdrücklich in diesem Weg bestärken - wohlwissend, dass es kein einfacher Weg ist.

Der Kölner Haushalt hat sich in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Heute gibt die Stadt knapp 1 Milliarde Euro mehr aus als noch vor fünf Jahren und 1,6 Milliarden Euro mehr als noch vor zehn Jahren. Über viele Jahre konnte dieser Zuwachs und der damit einhergehende Eigenkapitalverbrauch immerhin durch höhere Steuererträge abgemildert werden. Während Steuererträge jedoch stagnieren oder auch schnell einem Abwärtstrend unterliegen können, fällt das Absenken des Aufwands erfahrungsgemäß allen Beteiligten schwer. Die Anzeichen mehren sich, dass die Zeiten nicht einfacher, sondern eher schwieriger werden. Gleichzeitig müssen unverzichtbare Investitionen für die Zukunft dieser wachsenden Stadt auf den Weg gebracht werden.

Nein, es wird nicht einfach, und es geht nach meiner festen Überzeugung nur gemeinsam. Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie betrifft alle Bereiche dieser Verwaltung. Sie kann, sie darf, wenn sie nicht zum Scheitern verurteilt sein soll, keine One-Man- oder - wie in diesem Falle - One-Woman-Show sein. Das erfordert die Bereitschaft aller Beteiligten, finanzielle Aspekte in der alltäglichen Arbeit der Verwaltung, aber auch der Politik möglichst von Anfang an mitzudenken, transparent zu machen und ernst zu nehmen. Schon bei der Bestellung einer Leistung ist zu klären, was sie kostet und wer sie finanzieren

wird. Wir müssen auch über den Schritt davor sprechen: Brauchen wir diese Leistung? Was sind unsere Prioritäten?

Mit den Kölner Perspektiven 2030 ist ein umfassender Prozess aufgesetzt worden, der dafür langfristig bedeutsam sein dürfte. Mit dem wirkungsorientierten Haushalt und darüber hinaus - zwar noch in den Kinderschuhen, aber schon viel weiter gedacht - mit dem Nachhaltigkeitshaushalt können wir schon heute Wirkungen sichtbar machen und darüber Finanzressourcen steuern. Mit diesem Instrument hat die Stadt Köln bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen.

Jetzt wird und muss es aber auch darum gehen, finanzielle Nachhaltigkeit in der konkreten alltäglichen Arbeit, in Haushaltsplanung und Bewirtschaftung umzusetzen. Als nächster wichtiger Schritt steht der Doppelhaushalt 2020/2021 an. Hierfür und für die Konsolidierung des Haushalts bedarf es eines breiten Rückhalts und einer starken Unterstützung in Verwaltung und in Politik. Ihrer Unterstützung! Denn letztlich hat der Rat, haben Sie die Hoheit über das Budget.

Um diese Unterstützung werde ich, und hierfür möchte ich meinen Beitrag leisten. Gern stehe ich für den breiten und sachorientierten Austausch und - wenn notwendig - auch für die Auseinandersetzung bereit.

Zwei weitere Punkte stehen ganz oben auf meiner Agenda: Fast alle Fach- und Aufgabenbereiche der Verwaltung sind auf Finanzen angewiesen. Umso wichtiger ist es, dass die verwaltungsinternen Schnittstellen und Abstimmungen möglichst reibungslos und effizient funktionieren. Angesichts der Größe und Komplexität der Stadtverwaltung Köln ist das ein wichtiges Handlungsfeld, eines, dass der professionellen und kollegialen Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung bedarf und für das uns die Verwaltungsreform einen großen Schritt voranbringen soll.

Einer engen Zusammenarbeit bedarf es auch im Konzern Stadt. Wer Finanzen in Gänze betrachtet, muss zwingend die städtischen Töchter mit in den Blick nehmen. Dazu gehört eine transparente und an den städtischen Zielen ausgerichtete Beteiligungssteuerung, und dazu gehört die konsequente Anwendung der Grundsätze guter Unternehmensführung.

Die jüngst angestoßene Überprüfung und Aktualisierung des Public Corporate Governance Kodex ist daher von zentraler Bedeutung. Sie verdient unser aller Aufmerksamkeit.

Genug zu tun also. Ich freue mich darauf. Ich freue mich auf Köln. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Rates! Es ist mir ein Anliegen, vor Eintritt in die Aktuelle Stunde den Sachverhalt zu den Tagesordnungspunkten 1.1, 3.1.6 und 3.1.7 klarzustellen.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Stellenbesetzung beim Verein ‚Metropolregion Rheinland‘ - Transparenz und demokratische Kontrolle gewährleisten!“
3396/2018

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Die Stadt Köln muss ihren Kompass wiederfinden“
AN/0174/2019

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. „Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen!“
AN/0178/2019

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppe GUT
AN/0231/2019

Der gesamte Vorstand der Metropolregion Rheinland hat das Verfahren für die Besetzung der Geschäftsführung in der Sitzung am 10. Dezember 2018 einvernehmlich festgelegt.

Folgende Punkte möchte ich nennen: Die Geschäftsführung sollte zeitnah besetzt werden. Sie sollte künftig über eine stärkere politische Prägung verfügen. Auf eine erneute öffentliche Ausschreibung der Stelle sollte aus Zeitgründen verzichtet werden, zumal die Vakanz öffentlich bekannt war und bereits mehrere Bewerbungen vorlagen. Von der Beauftragung eines Personalberaters sollte aus Kostengründen abgesehen werden, und die Personalentscheidungen sollten in der Sitzung am 22. Januar 2019 getroffen werden.

Herr Oberbürgermeister Geisel hat das Besetzungsverfahren genau nach diesen Vorgaben geführt. Es war rechtskonform. Eine Bestenauslese hat stattgefunden. Frau Jahn hat sich in zwei Bewerbungsgesprächen gegen andere Bewerberinnen durchgesetzt. Sie wurde mit weit mehr als der notwendigen Zweidrittelmehrheit zur Geschäftsführerin gewählt.

Der Vorschlag einer Doppelspitze für die Geschäftsführung wurde ebenfalls bereits in der Dezembersitzung diskutiert. Letztendlich hat sich der Vorstand als zuständiges Gremium im Januar mit sehr breiter Mehrheit dafür entschieden, die Geschäftsführung künftig mit zwei Personen zu besetzen und dafür eine vorhandene, aber unbesetzte Stelle zu nutzen.

Gründe dafür waren die große Anzahl der Mitglieder des Vereins, die räumliche Ausdehnung des Vereinsgebietes, die Notwendigkeit politischer Erfahrungen auf verschiedenen Ebenen und die Sicherung der Vertretung.

Deswegen möchte ich einmal ganz deutlich sagen: Vergleiche mit den Vorgängen im April bei den Stadtwerken, wo eine hauptamtliche Geschäftsführerstelle geschaffen und gleichzeitig ohne Bestenauslese besetzt werden sollte, sind unangebracht und irreführend.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Bei der Metropolregion gab es sowohl eine Stelle mit Anforderungsprofil als auch eine Bestenauswahl. Ich würde gern mit Ihnen nach vorn schauen. Ich bin nämlich der festen Überzeugung, dass die nun gefundene Lösung dazu beitragen kann, die großen Herausforderungen, vor denen diese Metropolregion steht, zu bewältigen. Ich wünschte mir natürlich - wie Sie auch -, dass wir mit der Arbeit schon weiter wären, weil es so wichtig ist, dass wir regional stärker zusammenarbeiten als bisher; denn viele Fragen der Zukunft werden wir als Kommune nicht allein lösen können, sondern nur in dieser regionalen Zusammenarbeit, und die muss gesteuert werden.

Ich gebe jetzt Frau Tokyürek zu Tagesordnungspunkt 1.1 das Wort. - Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, wie die Stellenbesetzung bei der Metropolregion Rheinland durchgeführt wurde. Da wird ein hochdotierter Leitungsposten bei einem interkommunalen

Verband ohne öffentliche Ausschreibung vergeben.

Frau Jahn, Frau Oberbürgermeisterin Reker, zumindest muss Ihnen zu irgendeinem Zeitpunkt in den Sinn gekommen sein, dass das irgendwie nicht richtig ist. Wie die Auswirkung ist, muss ich Ihnen nicht sagen.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben gerade erklärt, dass es rechtlich vielleicht einwandfrei gelaufen ist - dazu möchte ich mich gar nicht äußern -, aber wir bewegen uns auch im politischen Raum und müssen darauf achten, wie die Auswirkungen bei den Menschen draußen ankommen, wenn man ohne Ausschreibung Posten vergibt, die so hochdotiert sind.

Meine Damen und Herren, unsere Ansicht ist: Der Public Corporate Governance Kodex besteht aus ethischen Grundsätzen und Regeln, die eigentlich selbstverständlich sein sollten. Aber wir sehen in der letzten Zeit, dass diese Selbstverständlichkeiten schnell über Bord geworfen werden, wenn man sich parteipolitische oder auch persönliche Vorteile verspricht.

Deshalb stellen wir mit anderen Fraktionen zusammen diesen Antrag. Er liegt Ihnen mittlerweile auch vor bzw. wird, glaube ich, auch gleich ausgeteilt werden. Dann kann jeder und jede die Grundsätze und Regeln nachlesen - schwarz auf weiß.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben den demokratischen Ratsfraktionen hierzu Vorschläge unterbreitet:

Der Public Corporate Governance Kodex soll nicht nur für die städtischen Unternehmen gelten, sondern für alle Vereinigungen, in denen die Stadt Köln Mitglied ist. Dazu gehört auch die Metropolregion Rheinland.

Der Kodex soll in die Satzungen dieser Vereinigungen aufgenommen werden.

Der Rat fordert die Mitglieder, die in diese Vereinigungen entsandt sind, dazu auf, sich für die Beachtung des Kodex einzusetzen.

Die Beachtung des Public Corporate Governance Kodex sollte in den Ehrenkodex aufgenommen werden, den jedes Ratsmitglied unterzeichnet.

Meine Damen und Herren, wir sind sehr froh darüber, dass unsere Vorschläge von anderen Fraktionen positiv aufgenommen wurden und wir heute diesen gemeinsamen Änderungsantrag

stellen können. Mit dem heutigen Beschluss können wir als Kölner Rat gemeinsam handeln und uns auf Verhaltensgrundsätze besinnen, die in der letzten Zeit verloren gegangen sind.

Mit dem Antrag, den die SPD-Fraktion vorgelegt hat, gelänge das leider nicht. Zwar führt der SPD-Antrag einige sehr berechtigte Kritikpunkte am Vorgehen der Oberbürgermeisterin an, aber, meine Damen und Herren von der SPD, die Oberbürgermeisterin ist nicht allein im geschäftsführenden Vorstand der Metropolregion. Der geschäftsführende Vorstand hat sechs Mitglieder. Sie alle haben dieses Besetzungsverfahren ohne öffentliche Ausschreibung mitgetragen und waren aktiv daran beteiligt.

Meine Damen und Herren, das Verhalten, sich bei der Vergabe von Posten über ethische Grundsätze hinwegzusetzen, hängt nicht oder zumindest nicht nur an einzelnen Personen. Es ist ein systemisches Problem. Mit unserem heutigen Änderungsantrag machen wir erste Schritte, dieses systemische Problem anzugehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind der Ansicht: Mit diesem Beschluss haben wir diese Probleme noch nicht gelöst. Zwei Gedanken hierzu: Wir müssen bei unseren Entscheidungen zunächst über die sachlichen, fachlichen und finanziellen Aspekte einen demokratischen Streit führen und danach die personellen Konsequenzen in den Blick nehmen. Wir müssen damit aufhören, politische Auseinandersetzungen auszutragen, indem wir Menschen beschädigen oder an den Pranger stellen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das finde ich auch immer gut!)

Bevor ich meine Rede schließe, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: In dem Änderungsantrag sind auch Änderungen vorgenommen worden. Es geht um den geschäftsführenden Vorstand, der hier die Ausschreibung nicht gemacht hat. Das ist jetzt in dem Änderungsantrag auch aufgenommen worden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir den Änderungsantrag mit breiter Mehrheit heute verabschieden können. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte noch einmal wiederholen - das werde ich jetzt gebetsmühlenartig tun -, dass der gesamte

Vorstand und nicht nur der geschäftsführende Vorstand dieses Verfahren am 10. Dezember festgelegt hat.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ich möchte es nur gesagt haben, dass wir hier von einem Sachverhalt ausgehen, Herr Frank.

Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von einem Aphoristiker stammt der Satz:

„Fehler zu machen ist menschlich. Fehler zu wiederholen ist schmerzlich. Dieselben Fehler immer wieder zu machen ist dämlich.“

Dieser Logik folgend kommt man eigentlich nicht umhin, die Personalpolitik der Stadt Köln bei der Besetzung wichtiger Ämter als dämlich zu bezeichnen. Nach den zahllosen klüngelbasierten Personalbesetzungen der letzten Jahrzehnte, nach der Causa Börschel jetzt also die Causa Jahn.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben in der Sache Börschel Rückgrat bewiesen, dafür öffentlich viel Zustimmung erhalten - auch von uns, der Alternative für Deutschland -, aber mit unserer Einschätzung waren wir offensichtlich etwas voreilig. Wie sagten Sie seinerzeit in der Sache Börschel nicht so schön - Zitat -:

„Dies war ein Rückfall in vergangene Zeiten, von denen ich gehofft hatte, sie wären überwunden.“

Kein Jahr später hat nicht nur Frau Jahn ihren Kompass ein zweites Mal verloren. Nein, auch Sie, Frau Reker, haben im Spätherbst Ihrer Amtszeit offensichtlich keinen Kompass mehr. Sie sind offensichtlich selbst rückfällig geworden.

Das Traurige ist: Es ging Ihnen seinerzeit in der Causa Börschel nie wirklich um die Sache als vielmehr darum, die SPD und einen ihrer fähigsten Politiker vorzuführen. Ganz anders bei Ihrer grünen Busenfreundin Kirsten. Da haben Sie, nachdem Sie zunächst eine Mitwirkung im Vorstand mit Hinweis auf Ihre zahlreichen Verpflichtungen abgelehnt hatten, plötzlich doch entschieden, Zeit dafür zu finden. Siehe da, Ihre Stimme war die entscheidende, um Frau Jahn flugs auf den mit 150 000 Euro dotierten Geschäftsführerposten zu hieven. Ein Schelm, wer

Böses dabei denkt. So geht Klüngel 2.0. Ja, ich würde fast sagen: So geht Reker-Klüngel.

Davon aber einmal abgesehen: Die Metropolregion Rheinland, meine Damen und Herren, ist eine Kopfgeburt oder eine Wunschvorstellung, die über einige schöne Papiere und Arbeitskreise nie hinauskommen wird. Das hat der bisherige Geschäftsführer richtig erkannt und hat folgerichtig die Konsequenz gezogen und ist von seinem Posten zurückgetreten.

Meine Damen und Herren, ich prophezeie Ihnen Folgendes: Alles, was wir in fünf Jahren von diesem Verein sehen werden, sind vielleicht einige schöne braune Schilder entlang der Autobahn rund um Köln, auf denen steht: *Metropolregion Rheinland*. Weil die Autofahrer in Köln dann immer noch im Stau stehen werden, werden sie wahrscheinlich auch den Untertitel gut lesen können: *Wir sind attraktiv und bunt*.

Sie, Frau Reker, wissen das ganz genau, aber Sie schaffen hier einen Versorgungsposten für Ihre grüne Spießgesellin Kirsten Jahn.

Wir fordern deshalb ein neues Besetzungsverfahren für die Stellen bei der Metropolregion Rheinland. Ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Brauchen wir für vier Mitarbeiter in der Metropolregion zwei Geschäftsführerinnen?

Wir fordern daher für die Zukunft Folgendes:

Erstens: Die Stadt Köln besetzt Stellen in Unternehmen, in Organisationen, in Vereinen, in Verbänden, bei denen sie ein Mitwirkungsrecht hat oder Einfluss nehmen kann, ausschließlich im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen in einem transparenten und nachvollziehbaren offenen Verfahren.

Zweitens: Das Prinzip der Bestenauslese gilt immer und uneingeschränkt bei der Besetzung von Positionen.

Drittens: Wir möchten, dass die Verwaltung jedes Jahr zum 31. März dem Rat der Stadt Köln eine Liste aller städtischen Gesellschaften, Beteiligungen, Vereine oder sonstiger Organisationen, bei denen die Stadt einen namhaften Einfluss hat, vorlegt, und zwar mit einer Liste der Führungspersonen, also Geschäftsführer, Vorstände, Vorsitzende mit jeweiligem Lebensalter und Restlaufzeit des Anstellungsvertrages.

Ich denke, die Punkte 1 und 2 muss ich hier nicht näher begründen. Punkt 3 ist uns besonders wichtig, weil wir meinen, dass wir als Ratsmitglieder frühzeitig wissen sollten, wo und wann

welcher Posten neu zu besetzen ist. Wir sollten in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auch darüber diskutieren, welche Gesellschaft, welchen Verein, welche Organisation wir davon noch für zeitgemäß erachten, welche anders aufgestellt werden sollten, welche vielleicht ganz zusammengelegt oder entbehrlich sind.

Um nur einmal die Frage zu stellen: Brauchen wir vier verschiedene Organisationen - die Wirtschaftsförderungs-GmbH, die wir jetzt aus der Taufe heben, die KölnTourismus GmbH, den Digital Hub Cologne und die Metropolregion Rheinland -, um Standortwerbung für Köln zu machen?

Lassen Sie uns gemeinsam, meine Damen und Herren, den Anfang machen. Fangen wir hier mit der Metropolregion Rheinland an. Überprüfen wir ganz kritisch Zielsetzungen, Aufgaben und notwendige Ressourcen. Die Stadt Köln muss ihren Kompass wiederfinden, Postenschacher abschaffen, die *Affäre Jahn* beenden.

Ich bitte noch zu beachten, dass unsere Forderungen - vier Punkte sind es an der Zahl - bitte einzeln abgestimmt werden. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was für ein erstaunlicher Vorgang: Nur wenige Monate, nachdem insbesondere die Art und Weise, wie die Stadtwerke eine neue Struktur bekommen sollten, von allen Beteiligten damals hier als großer Fehler erkannt wurde, findet ein Besetzungsverfahren ähnlicher Güte statt. Dessen Hauptnutznießerinnen sind diesmal die Oberbürgermeisterin als zukünftige Vorsitzende der Metropolregion Rheinland sowie die Fraktionsvorsitzende der Grünen hier im Rat in der Rolle als eine der beiden Geschäftsführerinnen.

Gerade die Kölner Grünen hatten sehr schnell mit der Aufarbeitung der Affäre des damaligen Vorgangs begonnen und dies auch öffentlichkeitswirksam inszeniert. Der verloren gegangene Kompass - hier schon mehrfach erwähnt -, der angeblich wiedergefunden wurde, ist uns allen noch gut in Erinnerung.

Nun dieser Vorgang: Besetzung einer Geschäftsführerposition ohne Ausschreibung oder Einschaltung eines Personalberaters, ohne klare Darstellung des Stellenprofils und der Qualifikationsanforderung, Entscheidungen im geschäftsführenden Vorstand mit doppelter Stimmengewichtung, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gab, Abbügeln von deutlicher Kritik im Vorstand mit knappem Wegstimmen eines Vertagungsantrags, Ad-hoc-Neuschaffung einer zweiten Geschäftsführungsstelle und Besetzung mit einer ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten - ebenfalls ohne Ausschreibung.

Das, was nicht bekannt ist, aber wenn man sich das Verfahren vor Augen führt, impliziert es, dass es wahrscheinlich keine Prüfung der Angemessenheit der Vergütung der beiden Geschäftsführerinnen im Vorfeld gegeben hat.

Insofern sind das alles Dinge, die ganz anders waren bei dem Fall, der sich im April letzten Jahres dargestellt hat - zumindest, was das Anforderungsprofil und eine Überprüfung durch einen Personalberater betrifft. Es gibt Ähnlichkeiten, aber auch deutliche Unterschiede, und zwar in dem Fall noch schlimmer als beim damaligen Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

Wenn so unsere Lernkurve in Sachen Transparenz und Compliance aussieht, dann mache ich mir ernsthaft Sorgen um die Strukturen unserer öffentlichen Einrichtungen. Das sage ich durchaus in Kenntnis dessen, dass auch Mitglieder meiner Partei, die nicht aus Köln kommen, an diesen Vorgängen bei der Metropolregion beteiligt waren. Ich kann aber hier erst einmal nur als Vertreter der Kölner SPD sprechen. Wir kritisieren diese Vorgänge unabhängig von Parteimitgliedschaften der handelnden Akteure. Deswegen ist auch hier im Rat unsere Ansprechpartnerin die Oberbürgermeisterin als Vorstandsmitglied, und daher adressieren wir es auch an dieser Stelle.

Das Rheinland steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen: Umsetzung Kohlekompromiss, Digitalisierung, demografische Entwicklung, Verkehrswende, Transformationsprozess in der Industrie, um nur einige Punkte und Beispiele zu nennen, bei denen wir alle bisher der Meinung waren, dass das Rheinland geschlossen auftreten und mit einer starken Stimme sprechen muss.

Voraussetzung für geschlossenes und starkes Auftreten nach außen ist jedoch eine integre

Organisation nach innen. Das beschriebene Besetzungsverfahren der Geschäftsführung der Metropolregion Rheinland hat bei vielen Mitgliedern, bei Kommunen, Kammern und Wirtschaftsunternehmen, aber insbesondere auch bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einem schweren Vertrauensverlust geführt und belastet die zukünftige Arbeit der Metropolregion. Diese Vertrauenskrise müssen wir jetzt erst einmal lösen.

Die bestellten Geschäftsführungsmitglieder können nicht mehr unvorbelastet die Aufgaben der Metropolregion stemmen. Aus unserer Sicht kann deshalb nur die Aufklärung aller Fakten mit einem personellen Neustart nach einer offenen, transparenten Ausschreibung geschehen, was durchaus impliziert, dass auch diejenigen, die diese Funktionen jetzt innehaben, sich bewerben können. Deswegen brauchen wir die Rückabwicklung der Verträge und eine Neuausschreibung, wie eben erwähnt.

Die Kölner Oberbürgermeisterin wird offenbar als zukünftige Vorstandsvorsitzende ein großes Gewicht in der Metropolregion haben. Immerhin zählte ihre Stimme im geschäftsführenden Vorstand doppelt. Deswegen erwarten wir von ihr ganz besonders, dafür Sorge zu tragen, dass diese Aufklärung und Transparenz stattfinden. Bisher hat die Metropolregion Rheinland ihre Rolle in der kommunalen Familie noch nicht gefunden. Die Lösung der jetzigen Vertrauenskrise durch einen personellen Neuanfang hängt maßgeblich davon ab, ob es der Metropolregion Rheinland gelingen kann, die wichtige Aufgabe der überparteilichen Zusammenarbeit für die Region endlich nach vorn zu bringen. Das ist aus unserer Sicht entscheidend für die Frage einer Beibehaltung der weiteren Mitgliedschaft der Stadt Köln in der Metropolregion.

Da wir als Sozialdemokraten aber nach wie vor davon überzeugt sind, dass es eine effektive Zusammenarbeit der Kommunen und der Wirtschaft in der Region geben muss, da dies gerade für Köln wichtige Perspektiven bietet, ist uns das Gelingen des Projekts sehr wichtig. Ein einfaches *Weiter so!* dient diesem Ziel auf gar keinen Fall. Wir brauchen den Neustart in der Metropolregion sowohl personell als auch inhaltlich. Dafür müssen wir jetzt mit guten und transparenten Verfahren sorgen und nicht mit nebulösen Ankündigungen für die Zukunft, wie es der Änderungsantrag, der hier noch zur Debatte steht, vorsieht. Nein! Zukunft beginnt jetzt. Deswegen müssen wir jetzt handeln, indem wir Vertrauen zurückgewinnen. Deswegen plädiere ich dafür und bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem

Antrag, der der Metropolregion eine neue Chance und eine neue Orientierung gibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich eine ganz andere Rede auf dem Plan, bis ich heute Morgen einen Kommentar im *Stadt-Anzeiger* gelesen habe: Aus dem Ruder gelaufen. Das ist einer der seltenen Kommentare, die mich nachdenklich gemacht haben, auch einmal sehr grundsätzlich über unsere Lösungen, über die wir hier sprachen, nachzudenken - Lösungen für das, was ich auch in den letzten Jahren so erleben durfte und was selbstverständlich genau zum heutigen Thema der Aktuellen Stunde und zu unserem gemeinsamen Antrag *Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen passt*.

Vorher vielleicht einmal zum Status quo: Wenn Carsten Fiedler im Kommentar feststellt, dass alle Appelle der jüngeren Vergangenheit für eine neue politische positivere Kultur fehlgeschlagen sind, dann hat er recht. Wenn er feststellt, dass sich die Oberbürgermeisterin, das schwarz-grün-gelb-gute Bündnis, der Stadtvorstand und alle Fraktionsspitzen nur noch in ihre Schützengräben zurückziehen und die Suche nach der bestmöglichen Lösung aufgegeben haben, dann hat er auch damit recht. Und wenn Herr Fiedler feststellt, dass persönliche Rechnungen beglichen werden, dann hat er auch recht. Ich denke, gerade das Schauspiel um die Änderungsanträge *Weisungsbefugnis - aka Maulkorb für die Aufsichtsräte* - war ein gutes Beispiel dafür, wie vergiftet die Stimmung hier im Rat ist.

An dieser Stelle könnte ich auch noch sehr persönliche Erfahrungen darstellen, wie viel rauer der Wind auch kleineren Gruppen und Einzelvertretern innerhalb der letzten Jahre entgegenbläst.

(Niklas Kienitz [CDU]: Du bist doch bei der SPD untergekröchen!)

Das erspare ich mir hier aber heute; denn viel wichtiger - das sehe ich als Aufgabe, lieber Niklas, als gewähltes Mitglied des Kölner Rates - ist die Suche nach Lösungsmöglichkeiten und

weniger persönlichen Angriffen. Danke, dass du mir an der Stelle recht gibst.

Erstens: Ich sehe in unserem gemeinsamen Antrag *Vertrauenskrise bei der Metropolregion Rheinland lösen* einen ersten richtigen und positiven Schritt. Mein Vorredner hat bereits im Detail klargemacht, wie wichtig eine transparente Vorgehensweise bei Ausschreibung und Vergabe ist und dass es eben keinen Unterschied macht, in welcher Rechtsform städtischer Beteiligung dies zu geschehen hat.

Zweitens: 2012 hat die Stadt den sogenannten Public Corporate Governance Kodex der Stadt definiert. Das sind Standards zur Steigerung der Effizienz, Transparenz und Kontrolle bei den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung - ganz offensichtlich mit fehlender Nachhaltigkeit, Schärfe und Konsequenz im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse.

Ärgerlich ist auch, dass der im Frühjahr 2018 vom Finanzausschuss zur Verschärfung eben dieses Kodex beschlossene Arbeitskreis sich bis jetzt immer noch nicht gegründet hat. Hier muss - das erwarten nicht nur wir - in Kürze gehandelt werden; denn erfahrungsgemäß müssen wir mit Sicherheit noch ein weiteres Jahr warten, bis ein solcher Arbeitskreis mit Ergebnissen aufwartet. Das könnte bedeuten, dass sich bis zur nächsten Kommunalwahl ohnehin nichts ändern wird.

Jetzt komme ich aus meiner Sicht zum wichtigsten Aspekt. Drittens: Für mich gibt es bis 2020 und vielleicht sogar darüber hinaus nur eine Lösung, und ich nutze noch einmal nachträglich die Chance, in der heutigen Aktuellen Stunde dafür zu werben. Wechselnde Mehrheiten - das ist das, was wir in dieser kritischen Phase der Kölner Politik brauchen. Dazu gehört der Mut einiger, das auch einmal anzugehen. Der Ruf nach wechselnden Mehrheiten ist weder naiv noch weltfremd, sondern das ist der einzig realistische Weg, lähmende Personaldebatten, aber auch inhaltlichen Stillstand nicht nur bei den in dem Kommentar zitierten Entscheidungen wie der Ost-West-Achse oder dem Kliniken-Verbund, sondern auch in vielen anderen Themenfeldern zu überwinden.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Ob das nun - wie im Kommentar erwähnt - die jungen Politiker aus der zweiten oder dritten Reihe sind, die das schaffen sollen, weiß ich nicht, aber es ist dringend notwendig, über den eigenen Schatten zu springen; davon bin ich nachdrücklich überzeugt.

(Niklas Kienitz [SPD]: Das sagt der, der im Block der SPD eine Heimat gefunden hat!)

- Ja, ich antworte jetzt mit einem Zitat, Niklas; das verstehst du dann besser.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat, das angeblich Kennedys Lieblingszitat gewesen sein soll und das über einer dänischen Rathaustüre steht:

„Niemand weiß so viel wie wir alle zusammen.“

Um das *zusammen* geht es nämlich. Nicht mehr und nicht weniger erwarten die Kölnerinnen und Kölner von uns. Das sollte und muss uns gelingen, bevor diejenigen gewinnen, denen es nur um das Trennen geht. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte als Erstes einmal eine Sache klarstellen, weil insbesondere in zwei Beiträgen hier etwas Unerhörtes passiert ist, nämlich dass das Funktionieren eines der wichtigsten Anliegen, das wir als Köln haben - die bessere Zusammenarbeit und Repräsentation unserer Region in Berlin, in Düsseldorf und in Brüssel -, heute von zwei Parteien infrage gestellt worden ist. Das ist etwas, was unglaublich ist, weil das einer unserer wichtigsten Zukunftspunkte in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Notwendigkeit in dem europäischen Kontext als Metropolregion.

Der Ruhr-Bereich macht uns die gute Zusammenarbeit gerade vor. Die Idee war erst dann entstanden, als die Kolleginnen und Kollegen im Ruhrgebiet schon meilenweit vor uns waren. Wir haben es erst in den letzten Monaten geschafft aufzuholen. Wir haben gerade auch durch den Verdienst unserer Oberbürgermeisterin wichtige Punkte für die Region erreicht - egal, ob es die Bahnknotenkonferenz in den letzten Tagen gewesen ist. Das sind Erfolge, die zählen.

Dass im Verein Metropolregion eine entsprechende Schwäche in der Geschäftsführung war, das war offensichtlich. Jeder, der auf der Mitglie-

derversammlung im letzten Jahr gewesen ist - ich bin einer der weniger Kölner gewesen, der dort gewesen ist -, konnte ganz klar festzustellen, dass eine große Unzufriedenheit herrschte. Das muss anders werden. Das ist auch der Grund, warum der alte Geschäftsführer ausgetauscht worden ist. Er ist am Ende freiwillig gegangen, aber es lag sicherlich nicht daran, dass er nicht mit den anderen amtierenden Vertretern zurechtgekommen ist, sondern weil das Ergebnis nicht so war, wie wir es uns alle vorgestellt haben.

Jetzt haben wir an der Stelle einen Neustart; das ist zunächst einmal gut. Als Zweites müssen wir nun schauen, wenn wir die Metropolregion grundsätzlich bejahen - ich hoffe, dass dies immer noch die Mehrheit unseres Rates ist -, dass wir weiterhin hinter diesem Beschluss stehen und hart dafür kämpfen.

Ich habe an dieser Stelle im letzten Jahr auch gestanden und habe gesagt, dass im Fall SWK Fehler geschehen sind, und wir haben uns gemeinsam dazu verabredet, hier neue Standards zu setzen. Genau in dieser Phase sind wir jetzt.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Deshalb macht es Sinn, wenn Sie in unserem Änderungsantrag lesen, dass wir bestimmte Dinge einfach noch einmal weiter auf den Prüfstand stellen wollen.

Ich muss an der Stelle einmal sagen: Köln hat nur einen ganz kleinen Anteil an diesem Verein - sowohl im Vorstand eine Person - von 20 oder 21, glaube ich - als auch in der Mitgliederversammlung. Es sollte künftig der Anspruch sein, dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die Kölner Standards, auf die wir uns letztes Jahr nach den Erfahrungen mit den SWK gemeinsam verständigt haben, und Köln in Sachen Compliance Benchmark wird und wir hier eine Vorreiterfunktion haben. Denn das, was wir hier für uns feststellen, ist in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht überall Standard. Da müssen wir auch einmal ehrlich sein. Deshalb kämpfen wir dafür.

Mit unserem Änderungsantrag wollen wir, dass diese Standards im Prinzip erweitert und zügig umgesetzt werden, sodass die Lehren, die wir letztes Jahr gezogen haben, dann auch ganz konkret umgesetzt werden. Das ist der erste Teil.

Der zweite Teil betrifft noch einmal konkret das Verfahren. Dazu muss ich sagen, dass hier wieder permanent irgendwelche Fake News in den

Raum gestellt werden. Die Oberbürgermeisterin hat bestimmte Dinge eindeutig klargestellt. Auch wenn die Themen dem Corporate Governance Kodex nicht 100 Prozent entsprochen haben, sind es zumindest Verfahren, die eine gewisse Ähnlichkeit haben; denn wir haben hier eine Bestenauslese gehabt, die dann einvernehmlich in einem 21er-Gremium beschlossen worden ist. Das Ganze ist eine überparteiliche Einrichtung, und vor allem ist es eine interkommunale Einrichtung, in der viele Kommunen, Kreistage und auch Unternehmen bzw. Kammern aus der Wirtschaft ihre Interessen bündeln.

Wenn ich mir anschau, dass wir das Thema Bestenauslese hatten und am Ende hierzu auch eine saubere Präsentation hatten, dann kann man dieses Verfahren sicherlich kritisieren, aber es ist sicherlich nicht vergleichbar, wie die Oberbürgermeisterin es eben auch schon einmal herausgestellt hat, mit anderen Besetzungsverfahren aus der Vergangenheit, die wir an dieser Stelle auch einvernehmlich gerügt hatten.

Deshalb kommen wir zu der Conclusio, dass wir erstens - das ist das Wichtige - weiterhin an der Metropolregion festhalten und dass wir zweitens gemeinsam als Rat weiterhin für die Prinzipien, auf die wir uns letztes Jahr hier gemeinsam verständigt haben, einstehen und dafür kämpfen, dass sie weiter verbreitet werden, auch wenn wir natürlich in überregionalen Gremien - das darf man an der Stelle nicht vergessen - nicht diejenigen sind, die final alles festlegen. Trotzdem sollten wir dafür eintreten, deshalb unser Änderungsantrag. Wir wollen die Situation positiv nach vorn ausrichten. Ich glaube, wenn wir das machen, kommen wir hier auch zu einer guten Lösung. Lasst uns gemeinsam dafür streiten als Stadt Köln, als Ratskolleginnen und -kollegen, in der Region für die Region, für uns und für die Bürgerinnen und Bürger. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns alle einig, dass besonders bei Personalbesetzungen Sensibilität, Augenmaß und Nachvollziehbarkeit gefordert sind. Wir sind auch überzeugt davon,

dass wir eine funktionierende Metropolregion brauchen.

Das, was wir kritisieren, ist das Fehlen einer öffentlichen Ausschreibung bei der Auswahl der Geschäftsführung für die Metropolregion, weil es nicht unseren Leitlinien entsprach, wie Stellen auszuschreiben sind.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Wir können den Bewerberinnen zwar nicht vorhalten, dass das Verfahren hier nicht nach den geforderten Regeln erfolgt ist, weil - das haben Sie gesagt - nicht gegen geltendes Recht verstoßen wurde, aber wir bekräftigen heute - so steht es auch in den Punkten 2 bis 4 des Ersetzungsantrags -, auf welchen Werten und auf welchen Säulen Stellenbesetzungsverfahren künftig fußen werden.

Im letzten Jahr ist durch die Stadtwerke-Affäre viel Vertrauen bei der Bevölkerung verspielt worden. Dieses Vertrauen müssen die demokratischen Fraktionen wieder aufbauen. Darüber möchte ich sprechen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass mehr Respekt vor dem uns anvertrauten Amt - das sind Fragen des eigenen Handelns - gefragt ist. Aber nicht nur das, auch der Umgang der Ratskolleginnen und Ratskollegen muss einen anderen Tonfall bekommen. Auch das ist eben schon angesprochen worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Seit dem Platzen des Börschel-Deals haben wir in Köln eine ziemlich labile, wenn nicht sogar explosive Lage. Da reicht offensichtlich schon ein Vorgang wie die Besetzung einer Geschäftsführerstelle bei der Metropolregion aus, um die Stadt zum Kochen zu bringen. Jede Fraktion kann sich, was die Vorgänge des letzten Jahres anbetrifft, an die eigene Nase packen, -

(Widerspruch bei der LINKEN)

- aber auch einmal überlegen, ob künftig der generelle Umgang mit Absprachen sogenannter Deals und Paketen überhaupt noch tragbar ist. Die hat es hier bei der Metropolregion noch nicht einmal gegeben.

Für Stellenbesetzungsverfahren nehmen wir jetzt die Metropolregion zum Anlass, den Beschluss des Finanzausschusses zur Anwendung des PCGK vom 02.07.2018 fortzuentwickeln und auf weitere Vereinigungen mit Beteiligung der Stadt Köln auszudehnen.

Weil Macht so schnell missbraucht werden kann - das ist in Köln in den letzten Jahrzehnten oft genug passiert -, müssen wir uns strenge Regeln auferlegen, da es um die Integrität von Entscheidungen geht.

Wir sollten die Besetzung der Geschäftsführung bei der Metropolregion aber auch nicht mehr skandalisieren, als sie in Wirklichkeit ist. Das vom 21-köpfigen Vorstand der Metropolregion gewählte Verfahren war vielleicht politisch falsch, aber auch nicht vergleichbar mit dem, was im März bei den Stadtwerken versucht wurde.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

In der Politik herrscht derzeit ein großes Misstrauen, und das ist nicht gut vor dem Hintergrund der großen Aufgaben, die vor uns liegen. Es täte der Stadt und den Menschen gut, wenn wir endlich wieder zur Sacharbeit zurückkehren und vor allem auch den Umgang miteinander neu sortieren, und damit meine ich nicht nur den Stil in den sozialen Netzwerken.

Zum Schluss noch ein Wort zur Metropolregion: Wir brauchen eine starke Region. Große Aufgaben stehen an. Der Ausstieg aus der Braunkohle bietet große Zukunftschancen. Die zu erwartenden Bundesmittel werden in den nächsten Jahren unsere Region weiter befähigen. Wir sind eine Wachstumsregion, die dringend neue und überregionale Konzepte für Mobilität und bezahlbares Wohnen braucht. Ausbildung und Wissenschaft wollen wir durch regionale Kooperation stärken. Es geht darum, dass die Metropolregion ihre Arbeit aufnimmt.

Liebe Kirsten Jahn, es liegt jetzt an dir, gemeinsam mit dem Verein in der Region die Herausforderungen, die nicht nur durch den Kohleausstieg auf Köln und die Region zukommen, aktiv zu gestalten. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Personalpolitisch steht unsere Stadt leider zum Jahresbeginn vor einem Scherbenhaufen. Wir reden hier über die Neubesetzung des Vereins Metropolregion. Wir lesen und hören fast

täglich in unseren Gremien, dass andere Personalentscheidungen höchst umstritten, torpediert oder gar unterminiert werden. Wir werden nachher über die Frage der Schuldezernentin reden. Wir werden nachher über den KVB-Aufsichtsrat reden. Wir werden nicht über die Intendanz des Schauspielhauses reden. Hier mag zwar alles sauber gelaufen sein, aber dennoch wirft diese ganze Personaldiskussion leider kein gutes Licht auf unsere Stadt.

(Beifall bei der FDP und der Ratsgruppe GUT)

Liebe Kirsten Jahn, ich wünsche Ihnen für Ihre neue Tätigkeit bei der Metropolregion viel Erfolg und viel Glück. Die Kollegen vor mir hatten schon ausgeführt, warum die Stadt Köln zukünftig noch stärker auf diese Vereinigung und noch stärker auf Sie schauen wird. Seien Sie sich dessen bewusst. Wir drücken Ihnen die Daumen.

Dennoch muss man, was das Besetzungsverfahren, Frau Oberbürgermeisterin, Frau Jahn, betrifft, zwei oder drei Sätze anmerken dürfen. Zum einen ist da die Frage zum Besetzungsverfahren: Ja, es mag vielleicht rechtlich sauber gewesen sein, dennoch ist es irritierend, warum quasi über das Wochenende von der Seitenlinie ein neuer Spieler, der vorher nicht im Aufgebot war, eingewechselt wurde. Das hinterlässt ein Geschmackle.

Das mögen wir politischen Profis vielleicht alles nachvollziehen können, aber die Menschen draußen auf der Straße können das nicht nachvollziehen. Ich war vorletzte Woche in einer Autowerkstatt. Dort sagte der Kfz-Mechaniker: Herr Görzel, Sie sitzen doch im Stadtrat; ich kann das alles nicht mehr nachvollziehen. - Mir fehlen dann auch die Worte, ihm das zu erklären. Das ist politisches Gespür.

Liebe Frau Kirsten Jahn, liebe Frau Oberbürgermeisterin, ich stelle fest: Ihnen beiden und Ihren Kollegen im Gremium ist die Alarmanlage für das politische Gespür abhandengekommen. Diesen Vorwurf müssen Sie sich leider gefallen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Jahn, ich möchte nicht darauf eingehen, wie Sie den unmittelbaren Nahtloswechsel aus der aktiven Politik zu einem Lobby-Verband mit Ihrem grünen Blut in Ihren Adern verbinden können. Das ist Ihre ureigenste Aufgabe. Ich wünsche Ihnen sehr viel Erfolg; ich hatte das eben erwähnt.

Aber mein lieber Herr Kollege Joisten, sich einfach hier hinzustellen und wie immer in Ihrer Fraktion in den letzten zweieinhalb oder drei Jahren ein Bashing der Oberbürgermeisterin zu veranstalten, ist entlarvend und zu wenig.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Der heutige Abend wird noch ausreichend Gelegenheit für Belege geben, dass Sie einzig und allein auf die Oberbürgermeisterin eindreschen, dass es Ihnen oftmals nicht um die Sache geht. Diesen Vorwurf, Herr Joisten, müssen Sie sich gefallen lassen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Das weise ich zurück!)

Als Beleg dafür - da bin ich voll und ganz bei dem Kollegen Wolter - brauchen wir uns nicht nur die Social-Media-Posts von Einzelnen von uns bei Facebook oder so anzuschauen. Aber wenn gebetsmühlenartig immer wieder *noch OB* apostrophiert wird - das scheint SPD-Sprache zu sein -, ist das schlicht unanständig. So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gehört auch, Herr Kollege von der AfD: Sie mögen vielleicht als einziges Ergebnis braune Schilder am Straßenrand sehen - das traue ich Ihnen sogar noch zu, dass Sie braune Schilder gerne sehen wollen -, -

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

- aber hier von Spießgesellen zu reden, ist mehr als unanständig. Sie sollten sich an der Stelle schämen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen hoffe ich, dass die Gepflogenheiten, von denen die Rede ist, und der Kulturbruch, Herr Joisten, von dem Sie gesprochen haben, zwischen den Zeilen besser werden. Daran müssen wir selbst arbeiten. Aber das, was wir heute schon richtig umsetzen können, damit es morgen im Amtsblatt steht, ist, dass wir hier und heute unseren Änderungsantrag beschließen können, dass wir das, was wir für Köln beschlossen haben, good Governance, auch in die Vereinigungen und Gesellschaften eintragen, denen wir uns angeschlossen haben. Sie haben es in

der Hand, heute den ersten Schritt zu setzen. Stimmen Sie mit Ja. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und auch am Live-Stream! Die heutige Ratssitzung hat nicht besonders schön begonnen, und es wurde verschiedentlich angesprochen, es wird heute auch nicht besonders schön weitergehen. Es kursieren schon Wetten, wie viele Leute mit blauem Auge nachher nach Hause gehen werden. Wir kennen das aus anderen Parlamenten, da gibt es turbulente Schlägereien. Wir hoffen, dass uns das heute erspart bleiben wird.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, bisher ist es doch ganz ruhig!)

Es gibt Zusammenhänge, die liegen klar auf der Hand. Es gibt Zusammenhänge, die werden hergestellt. Damit müssen wir uns dennoch auseinandersetzen. Die Wahl von Kirsten Jahn zur Geschäftsführerin ist heute Thema der Aktuellen Stunde, aber natürlich - Herr Görzel hat es auch schon angesprochen - schwingen im Hintergrund die Geschichte zur Wahl der Schuldezernentin, die Vorgänge bei der KVB - Herr Wolter hat es auch angesprochen -, die Stadtwerke sowie natürlich auch in der Presse und in der Öffentlichkeit die gescheiterte Benennung eines neuen Schauspielintendanten mit. Ich sage nicht, dass es diese Zusammenhänge gibt, aber viele vermuten Zusammenhänge.

Vielleicht sitzen hier im Saal einzelne Ratsmitglieder, die früher etwas wichtiger waren, und sagen sich: Na ja, das habt ihr euch selbst eingebrockt; wir hatten ein schönes Personaltableau, ihr wolltet es nicht. Jetzt wird um jeden einzelnen Posten hart gekämpft und hart gerungen. Jetzt habt ihr den Streit.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der LINKEN)

Aber das Personaltableau kennen wir nicht im Detail, das rund um die Stadtwerke im Frühjahr 2018 mit verhandelt wurde. Vielleicht hätte eine weitgehend geräuschlose Abwicklung dieses

Deals die Situation bis zur heutigen Ratssitzung nicht derart eskalieren lassen. Wer weiß?

Aber sind solche Paketlösungen legitim? - Wir denken nein. Es gibt auch andere Möglichkeiten, sich auf verschiedene Themenfelder und Personalfragen zu einigen. Dazu zählt zunächst einmal ganz banal Respekt.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Etwas Respekt vor dem Willen der Wähler und Wählerinnen, die zum Beispiel im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit Henriette Reker zu ihrer Oberbürgermeisterin gewählt haben.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Respekt aber auch im Umgang untereinander. Selbstverständlich müssen wir uns alle nicht in Watte packen, und wenn man gelegentlich pointiert formuliert, ist dies mitunter sogar unterhaltsam. Wenn man aber Tag für Tag nur noch unter der Gürtellinie austeilt, zum Beispiel unseren Referenten als *bezahlten Jubelperser* bezeichnet, wenn man null Respekt gegenüber dem Amt der Oberbürgermeisterin zeigt, dann darf man sich nicht wundern, dass das Klima am Ende vergiftet ist.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Vielleicht gibt es da einen Zusammenhang mit den Entscheidungen, die heute so oder so getroffen werden.

Thomas, du hattest Versöhnen und gemeinsames Lösen der Dinge angesprochen. Versöhnen statt Spalten bedeutet aber auch, nicht unkritisch zu werden. Es wurde mehrfach zitiert: Der Vorgang in der Metropolregion Rheinland mag vielleicht rechtlich okay gewesen sein, aber er entspricht tatsächlich nicht dem, was wir uns unter einer Verschärfung des Kodex vorgestellt haben. Wenn man sich am Ende herausredet: „Na ja, die Metropolregion ist von diesem Kodex bislang nicht erfasst, deswegen machen wir es einfach trotzdem“, ist das einfach nicht okay. Das führt übrigens auch zu unserem Änderungsantrag von heute, den ich ausgesprochen gut finde, weil es eben Klärungsbedarf gibt. Natürlich war es nicht okay, was dort passiert ist. Das sieht die Mehrheit des Rates in der Tat so, sonst hätte sie diesen Antrag nicht gestellt.

Frau Reker, es waren aber auch die Vorgänge bis zur Wahl, bis zur Benennung von Frau Jahn

nicht wirklich okay. Es gibt den geschäftsführenden Vorstand, es gibt den Vorstand, und wir wissen, dass die Entscheidungsfindung im geschäftsführenden Vorstand schwierig war. Die Mehrheit für diese Personalentscheidung war wohl nicht von Anfang an vorhanden. Wir wissen, dass sie erst zustande kam, als ein Mitglied den geschäftsführenden Vorstand verlassen musste. Wir wissen, dass man dann auch erst gemerkt hat, dass man im eigentlichen Vorstand eine Zweidrittelmehrheit braucht. Dann muss es im Vorgang so gewesen sein: Moment mal, die Zweidrittelmehrheit ist etwas wackelig. - An der Stelle soll angeblich die ehemalige Landtagsabgeordnete aus Aachen ins Spiel gekommen sein, die übrigens - das ist noch gar nicht erwähnt worden - selbst Mitglied des Vorstandes ist. Da hätten die Alarmglocken in der Tat angehen müssen, -

(Beifall bei der AfD)

- und zwar auch bei dir, Kirsten, wenn man sagt: Ich bewerbe mich auf eine Stelle, die mache ich allein.

(Zuruf von der SPD: Das geht doch gar nicht!)

- Ja, es gab zwei Stellen, aber die Geschäftsführung war als eine Stelle sozusagen benannt und ausgeschrieben.

Dann wird man im Prozess dieser Bewerbung gefragt: Ist es eigentlich okay, wenn du dir die Stelle auch teilst? - Spätestens da hätte man aufmerksam werden und sagen müssen: Nein, nein, nein, das sieht alles nicht okay aus für mich.

Ich hätte dir empfohlen, die Bewerbung zu diesem Zeitpunkt zurückzuziehen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Du hast die Entscheidung anders getroffen. Das respektiere ich auch. Sie ist rechtlich auch erst einmal okay.

Ich möchte mich dennoch für die Zeit mit dir im Rat ausdrücklich bedanken. Selbstverständlich! Das war eine schöne Zeit im Rat. Ich halte die Entscheidung schlicht und einfach für falsch, weil ich es auch für wesentlich langweiliger halte, in so einem Turm da oben heranzuhocken von einem Verein, über dessen Relevanz man in Zukunft noch trefflich streiten kann. Die Ratsarbeit hier hätte dir in Zukunft sicherlich mehr Spaß gemacht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne und am Video! Eines haben alle erreicht: Die Metropolregion wird ab sofort im Fokus stehen. Vielleicht war das gar nicht beabsichtigt, aber jetzt steht sie da, und man wird darauf schauen.

Dass es heute nur eine Formalie ist, um diese Aktuelle Stunde überhaupt aufs Tapet zu bringen, ist für mich schon bezeichnend. Aus meiner Sicht ist nicht der Werdegang der Anstellung von Frau Jahn und die mögliche Anpassung des Corporate Governance Kodex das eigentliche Problem. Mir geht es eher darum, die Existenzberechtigung solcher Agglomerationen, Scheinfirmen oder - wie ein WDR-Moderator sagte - Mittelfirmen wie der Metropolregion grundsätzlich zu hinterfragen. Was leisten denn diese Vereine und Regional Kooperationen? Was sind deren Erfolgsbilanzen? Wie sind sie messbar? Die Tatsache, dass die hier genannte gerade einmal vor zweieinhalb Jahren gegründet worden ist, lässt zumindest nach den Erfolgen Ausschau halten. Aber dazu später mehr.

Zum Job: Frau Jahn hat trotz der 3-zu-3-Abstimmung den Job bekommen, weil die Stimme von Ihnen, Frau Reker, mehr Gewicht hat. Aber warum hat man bei der Besetzungsliste immer wieder auf Politikerinnen und Politiker zurückgegriffen? Warum drückt man sich ausdrücklich vor der Verantwortung, über den politischen Tellerrand zu blicken und im freien Markt zu akquirieren? Die Politik filtert, und das tut der Qualität solcher Positionen nicht gut. Hat Sie auf einem guten Weg der Mut verlassen, und sind Sie wegen des Scheiterns des Vorgängers Grigat den kölschen Gesetzen gefolgt: „Et hätt noch immer jot jejeange“ oder „Kenne mer nit, bruche mer nit, fott domet“?

Dass Grigat scheitern musste, kann doch nur am Unvermögen des Personenkreises liegen, der ihn berufen hat. Was waren das für unausgeglichene Vorarbeiten und Einschätzungen, wenn ihm nachher diese Leute schlechte Verhaltensnoten ausstellen?

Was Grigat selbst zu seinem Ausstieg sagte, ist exemplarisch:

„Die Begleitung der [...] politischen Struktur- und Gremiendiskussionen ist nicht meine Kernkompetenz.“

Hat er das nicht irgendwann vorher gewusst oder geäußert? - Das ist aber nicht der Beweis seiner Unfähigkeit, sondern das zeigt eine krasse Fehlentscheidung derer, die ihn - warum auch immer - auf diesen Job gehievt haben.

Für mich stellt sich damit die Frage nach den messbaren und kontrollierbaren Elementen eines Jobs dieser Kategorie und was der Entscheidungskreis bei Jahn anders gemacht hat als bei Grigat. Was sind denn die Details, die abzuarbeitenden Projekte, die Missionen und messbaren Erfolgsziele der Managerin Jahn? Aus welchen Einzelprojekten besteht der Leistungskatalog, anhand dessen Sie und Ihr Team gemessen werden können?

Meine vorhin gestellte Frage nach der Existenzberechtigung der Metropolregion spielt hier ganz besonders hinein: Wie werden Sie, Frau Jahn, die Projekte und deren Erfolge mit den übrigen Regionalagglomerationen oder -Gesellschaften übereinbringen? - LVR, Region Köln/Bonn, NRW.INVEST, Innovationsregion Rheinisches Revier - das sind alles im Umfeld angesiedelte, auf Bundes- und Landesebene größtenteils erfolgreich arbeitete Netzwerke und Agglomerationen.

Wie stellen Sie, Frau Jahn, sicher, dass Ihr Team täglich mit Freude an die Arbeit geht und Erfolgserlebnisse erzielt, wenn Sie sich zusätzlich noch mit einer halbtäglich zugesellten Geschäftsführerkollegin abstimmen müssen, die selbst im Vorstand ist? Wie teilen Sie, Frau Jahn, die Zuständigkeiten zwischen sich und Frau Thönnissen auf, damit das auch effizient abläuft? Geografisch, themenübergreifend oder thematisch? Oder wird das ein Time-Sharing-Modell, damit man sich Zeit für weitere Mandate teilen kann? - Das würde ich gern wissen.

Beide Jobs dürften inklusive Arbeitsplatznebenkosten locker ein Drittel des Gesamtbudgets verzehren.

Eines ist klar: Der Job ist weder ausgeschrieben noch durch eine professionelle Beraterfirma begleitet worden. Letztlich frage ich mich, wo der Unterschied zwischen dem versuchten Deal von Herrn Börschel und diesem Deal ist. Mehr als die Rechtsform der Adressaten trennt sie doch nicht.

Dass bei der Abstimmung 3 zu 3 letztlich Sie, Frau Jahn, und die Sozia Thönnissen in das Büro im LVR-Turm einziehen, zeigt die für so einen Job geringe und kritische Übereinstimmung des Vorstands. Aber mit dem Verzicht auf Ihr Ratsmandat dürfte den 23 beteiligten Kommunen und Metropolregionen Ihre Neutralität versichert sein. Es ist nichts schöner, als am Ende des Monats das Schmerzensgeld sicher auf dem Konto zu wissen. Ich würde mich über eine Präsentation Ihres Jobs freuen, mit der Sie Ihre Qualifikation unter Beweis stellen. Der Vereinsvorstand hat Ihnen bisher nur vor den Kopf geschaut. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte eine persönliche Erklärung.

In der letzten Zeit wurde viel über mich geredet sowie viel über mich geschrieben. Auch in der letzten Stunde thematisierte man mich an einigen Stellen.

Heute ist meine letzte Ratssitzung. Ich bin im August 2009 als ehrenamtliches Mitglied im Rat vereidigt worden. Somit gehöre ich seit zehn Jahren diesem Rat an. 2014 wurde ich dann Fraktionsvorsitzende. Zehn Jahre, die mir immer oder zumindest meistens sehr viel Spaß gemacht haben. Zehn Jahre, in denen ich die Chance und auch das Privileg hatte, diese Stadt mitzugestalten, Entscheidungen zu treffen und um politische Positionen zu ringen. Zehn Jahre, die geprägt waren von spannenden Begegnungen und spannenden Gesprächen.

Ich habe immer den politischen Dialog und die faire Auseinandersetzung bevorzugt. Ich habe immer das Gespräch und auch den Kompromiss mit allen demokratischen Kräften gesucht, und ich habe erfahren dürfen, dass Sie als meine Kolleginnen und Kollegen dies auch wertgeschätzt haben; denn zu einem Dialog gehören immer mindestens zwei Menschen.

Für diese vielen Erlebnisse, die mal schön waren, die mich auch mal wütend gemacht haben und die mich auch manchmal an den Rand der Verzweiflung gebracht haben, bin ich Ihnen sehr

dankbar. Ohne den Rat mit all seinen Ausschüssen und Gremien, mit all seinen Akteuren in Politik und der Verwaltung, der ich auch explizit danken möchte, hätte ich all meine Erfahrungen nicht sammeln dürfen.

Ich mache aber auch keinen Hehl daraus, dass der aktuelle Umgang mit mir und meinem beruflichen Wechsel schmerzt, wehtut und manchmal auch die Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit vermissen lässt, die ich mir gewünscht hätte, die meines Erachtens auch geboten ist. Und - dies ist für unsere Demokratie noch viel schlimmer - ich vermisse die Differenzierung. Wir erweisen der Demokratie einen Bärendienst, wenn wir unterschiedliche Sachverhalte gleichsetzen, und zwar nur mit dem Ziel, daraus politisches Kapital zu schlagen. Gerade in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit ist der angemessene Umgang unter demokratischen Parteien wichtiger denn je.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Es muss zu unseren Kompetenzen gehören, dass wir unterscheiden, dass wir uns die Sachverhalte genau anschauen und auf einer Faktenslage diese bewerten.

Ich verwehre mich dagegen, dass das, was in der Metropolregion passiert ist, mit der Stadtwerke-Affäre auch nur annähernd vergleichbar ist. Die Stelle der Geschäftsführung der Metropolregion ist nicht im Hinterzimmer ausgeklüngelt worden. Die Stelle ist vorhanden gewesen und musste neu besetzt werden. Dass die Stelle vakant und neu besetzt werden musste, wurde auch kommuniziert. Ich habe mich - so, wie andere Bewerber auch - beworben und Auswahlgespräche geführt. Ich habe mich in zwei Bewerbungsgesprächen durchgesetzt, und ich bin mit der in der Satzung vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit gewählt worden. Ich habe das Erwartungsprofil nicht selbst festgelegt, sondern ein Vorstand mit großer Erfahrung und mit zahlreichen Erkenntnissen aus den letzten zwei Jahren hat dies festgelegt.

Ich möchte klarstellen, dass meine Ausbildung, mein beruflicher Werdegang und meine regionalpolitische Überzeugung dazu geführt haben, dass ich die Stelle bekommen habe. Ja, ich hätte mich auch beworben, wenn es eine öffentliche Ausschreibung gegeben hätte; denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir in Zeiten einer zunehmenden Globalisierung regionale Antworten geben müssen: die Bündelung der Kräfte von verschiedenen Mitgliedern, die Überwindung der

Grenzen und die regionale Verständigung auf gemeinsame Ziele, um das Rheinland gegenüber Bund, Land und Europa zu positionieren. Der Gedanke der Metropolbildung ist nichts Neues. So etwas wird in vielen Regionen in Deutschland und in Europa erfolgreich gelebt. Nun gilt es für mich, die satzungsgemäße inhaltliche Arbeit in den Bereichen Mobilität, Standortmarketing, Kultur und Forschung zügig und mit Leidenschaft aufzunehmen.

Das Rheinland ist ein Lebens- und Wirtschaftsraum, der mit seinen Stärken, Potenzialen und seiner Lage glänzen kann und zu den europäischen Top-Regionen gehört.

Es stehen wichtige Weichenstellungen im Verein an. Vieles, was ich im Rat der Stadt Köln und in Zusammenarbeit mit der Verwaltung in zehn Jahren gelernt habe, werde ich bei meiner neuen Aufgabe einbringen können.

Nochmals möchte ich mich für die Zusammenarbeit bedanken. Ich freue mich auf weitere Begegnungen auch mit Ihnen oder vor allem mit Ihnen. Ich werde Ihnen erhalten bleiben, und ich werde weiterhin die Arbeit des Rates eng verfolgen. Sie haben die Verantwortung für diese Stadt. Gehen Sie mit der Verantwortung sorgsam und sorgfältig um. Sie haben das Privileg, zu gestalten. Ich wünsche Ihnen, dass Sie weiterhin etwas Konstruktives daraus machen. An der kommenden Abstimmung werde ich mich nicht beteiligen. Ich trage mich deshalb aus der Sitzung jetzt aus und komme danach wieder.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Antrag der AfD-Fraktion, TOP 3.1.6. Hier ist punktweise Abstimmung beantragt worden. Der Beschlussvorschlag liegt Ihnen vor.

Ich lasse zunächst über Punkt 1 abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 2: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. - Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Punkt 3: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es abgelehnt.

Punkt 4: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es abgelehnt.

Jetzt komme ich zur Gesamtabstimmung. Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist es abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung des Tagesordnungspunkts 3.1.7 und lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen CDU, Grüne, DIE LINKE, FDP und GUT abstimmen. Das ist ein Ersetzungsantrag. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist es so beschlossen.

Der ursprüngliche Antrag von SPD und BUNT hat sich durch diesen angenommenen Ersetzungsantrag erledigt.

Ich möchte jetzt aber noch über den Abschluss der Aktuellen Stunde nach § 5 Abs. 10 der Geschäftsordnung abstimmen lassen, und zwar würde ich gern darüber abstimmen lassen, ob Sie die Sache wie ich als erledigt betrachten aufgrund des eben getroffenen Beschlusses. Wer so abzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Herr Wortmann und die Ratsgruppe GUT.

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind SPD, Ratsgruppe BUNT, AfD, Rot-Weiß und DIE LINKE. Enthaltungen kann es eigentlich nicht mehr geben. - Gut. Dann ist die Sache erledigt, und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig hier: Schenkung eines Werkes des Künstlers Richard Hamilton 0118/2019

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE, FDP, Herr Wortmann, Rot-Weiß sowie die Ratsgruppen GUT und BUNT. Enthaltungen? - Keine.

Dann bedanke ich mich, dass dieser Schenkung zugestimmt wurde. Besonders bedanke ich mich bei Herrn Herbert Meyer-Ellinger und Herrn Christoph Vowinckel für die Schenkung an das Museum Ludwig.

(Beifall)

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT betreffend „Köln nimmt Geflüchtete aus der See-rettung im Mittelmeer auf“ AN/0179/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) AN/0224/2019

Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Mein Bild vom Mittelmeer hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ganz erheblich gewandelt und das Ihre wahrscheinlich auch. Waren seine europäischen Küsten früher Sehnsuchtsorte für den Urlaub, so ist das Mittelmeer heute zur Todesfalle und zum Grab für viele tausend Menschen geworden - Menschen, die in ihrer Heimat nicht mehr bleiben konnten oder wollten und die so verzweifelt waren, dass sie sich in seeuntüchtigen Booten auf den gefährlichen Weg durch das Mittelmeer machten. Viele dieser Nussschalen - Sie erinnern sich vielleicht an das Boot, das vor einigen Monaten vor dem Dom aufgebaut war - gerieten in Seenot und versanken, bevor Hilfe kam.

Gott sei Dank gab und gibt es wenigstens einige wenige Schiffe, die auf dem Mittelmeer kreuzen, um ertrinkenden Menschen zu Hilfe zu eilen. Die meisten dieser Schiffe werden von privaten Gruppen oder von Vereinen betrieben. Die Mannschaften bestehen aus Freiwilligen. Auch ein Bürger unserer Stadt tut seinen Dienst auf der Sea-Watch 3. Ihm und allen, die versuchen, Menschenleben auf dem Mittelmeer zu retten, gelten mein Respekt und meine große Hochachtung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Aber nicht nur mein Blick auf das Mittelmeer hat sich geändert. Wenn früher ein Schiffsbrüchiger von einem Schiff gerettet wurde, dann durfte er sich auch wirklich in Sicherheit wähen. Das ist heute leider anders. Immer wieder irren Ret-

tungsschiffe vollgestopft mit Schiffsbrüchigen auf dem Mittelmeer herum, weil kein Staat, kein Hafen sie anlegen lässt, und zwar oft genug so lange, bis Wasser, Proviant und Treibstoff zuneige gehen. Das darf nicht sein, das ist unmenschlich, das ist Europa nicht würdig.

Deshalb war und bin ich Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, sehr dankbar, dass Sie im Juli 2018 zusammen mit Ihren Bonner und Düsseldorfer Kollegen der Bundesregierung schriftlich signalisiert haben, dass die Stadt Köln bereit ist, in Seenot geratene Flüchtlinge in ihren Mauern zu beherbergen.

Ich war und bin stolz auf diesen Rat, der im August 2018 den unsäglichen Antrag, diesen Brief zurückzunehmen, nach einer engagierten Rede unserer Bürgermeisterin Scho-Antwerpes fast einstimmig abgelehnt hat. Das war ein starkes Zeichen für Menschlichkeit.

Leider hat dieser Beschluss nicht viel bewirkt, aber das liegt nicht an Köln. So hat - Sie wissen es - die Sea-Watch 3 vor einigen Wochen erst in buchstäblich letzter Minute im Hafen von Malta anlegen dürfen - dieselbe Sea-Watch 3, die, wie wir hören, seit gestern Abend wieder im Hafen festliegt, weil die niederländische Regierung ihr die Weiterfahrt untersagt hat. Deshalb ist dieser Antrag, den Ihnen eine große Mehrheit des Rates heute vorlegt, so notwendig und so wichtig.

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, in Not geratene Flüchtlinge in unserer Stadt aufzunehmen, und das soll besonders für in Seenot geratene Menschen gelten. Wir wollen, dass sich unser NRW-Minister dafür einsetzt, dass die Bundesregierung in Seenot geratene Flüchtlinge aufnimmt und sie dann gern auch nach Köln schickt. Wir wollen, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, dass die Seenotrettung auf dem Mittelmeer ausgeweitet wird und dass die Aufnahme von in Seenot geratenen Menschen erleichtert wird.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Wir bitten die Zuständigen in Bund und Land, für die aus Seenot geretteten Flüchtlinge die Möglichkeiten des Aufenthaltsgesetzes - das ist § 23 Abs. 1 und 2 - zu nutzen.

Ich wünsche mir, aber vor allem den Menschen, um die es hier geht, eine breite Zustimmung zu unserem Antrag. Dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird meine Fraktion nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Im Sommer letzten Jahres hat unsere Oberbürgermeisterin gemeinsam mit den Oberbürgermeistern von Bonn und Düsseldorf die Bereitschaft erklärt, aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen. Dies war ein Zeichen gegen die Gleichgültigkeit gegenüber den humanitären Katastrophen im Mittelmeer. Wer die Bilder von in Seenot geratenen Menschen in den Medien sieht, kann sich nicht einfach davon abwenden und zur Tagesordnung übergehen.

Die Problematik kann jedoch nicht von der Stadt Köln und anderen Städten, nicht von NRW und letztlich auch nicht vom Bund allein gelöst werden. Jede einzelne Aktion würde nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Will man die Gründe der Fluchtursachen wirksam bekämpfen oder zumindest spürbar eindämmen, sind effektive Maßnahmen in den Herkunftsländern erforderlich. Dazu bedarf es entsprechenden Handelns in der Entwicklungspolitik. Den skrupellosen Schleusern muss der Boden für ihr menschenverachtendes Handeln entzogen werden.

Die Bundesregierung betreibt zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Fluchtländern eine aktive Entwicklungspolitik. Heute möchten wir mit unserem Appell diese Bemühungen ausdrücklich unterstützen. Dies ist jedoch ein langwieriger Prozess, der im Übrigen nicht nur die Hilfen für die Menschen in Not, die über das Meer kommen, umfasst, sondern auch für diejenigen, die über Land fliehen.

Das, was dringend erforderlich ist, ist eine zügige politische Lösung bezüglich der Seenotrettung und der Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen. Sie kann nur auf europäischer Ebene wirksam sein.

Nochmals: Eine Stadt, ein Bundesland, eine Bundesregierung kann die Probleme allein nicht lösen. Dabei sollen bestehende Programme und Überlegungen nach unseren Vorstellungen nun angewandt und weiterentwickelt werden. Heute möchten wir als Rat der Stadt Köln appellieren, diese Bemühungen fortzusetzen und zu einem Ergebnis zu bringen.

Im Übrigen bedarf es unseres Erachtens hier in Deutschland dazu keiner neuen gesetzlichen Regelungen, da das Aufenthaltsgesetz dazu bereits Spielraum bietet.

Eine wichtige Rolle sehen wir bei dem Integrationsminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Ihm kommt in Bezug auf unsere Initiative die Rolle eines wichtigen Bindegliedes zwischen uns als Stadt und dem Bund zu. Wir wissen, dass wir mit dem heutigen Vorstoß die Problematik der über das Meer kommenden Flüchtlinge nicht lösen können. Wir wollen aber ein Zeichen setzen gegenüber den Akteuren in Land und Bund, dass sie mit ihren Bemühungen nicht nachlassen sollen und dass sie uns an ihrer Seite haben.

Wir haben - das wurde eben schon gesagt - diesen Antrag mit einem breiten Bündnis von Fraktionen und Ratsgruppen gestellt, möchten ihn auch so beschließen und werden deshalb dem FDP-Antrag nicht folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser hat jetzt das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Unser gemeinsamer Antrag kommt mir beinahe banal vor angesichts der Gewalt und der vielfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die die Menschen in den Kriegs- und Krisengebieten tagtäglich auf dem afrikanischen Kontinent erleiden. Wenn diese Menschen ihre einzige Chance zur Rettung in der gefährlichen Flucht über das Mittelmeer sehen, droht ihnen auch dort vielfach Gewalt und Tod. Aktuell heute noch erfährt man von einem vor Lesbos gekenterten Flüchtlingsboot. Wie viele Tote es gibt, wissen wir nicht. Im Jahr 2018 sind nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks 2 262 Menschen ertrunken. Wir sprechen inzwischen vom *Massengrab Mittelmeer*, und das nicht nur, weil die eingesetzten Boote alles andere als eine sichere Reise garantieren. Nein, meine Damen und Herren, inzwischen gilt das eherne Gesetz zur Seenotrettung - festgehalten zum Beispiel im Internationalen Übereinkommen von 1979 zur Seenotrettung - nicht mehr uneingeschränkt. Im Gegenteil, Seenotrettern wird die Anlandung in einem sicheren europäischen Hafen verwehrt, und sie werden obendrein unter dem Vorwurf der Fluchthilfe an-

geklagt. Sie werden kriminalisiert, obwohl sie geltendes Recht umsetzen. Nicht nur die Geflüchteten werden ihrem Schicksal überlassen, sondern auch die Seeleute. Auch das bezeichne ich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Wir sind aufgerufen, diesem Handeln entschlossen entgegenzustehen. Deshalb ist es absolut richtig, wenn wir uns als Rat für die Aufnahme geretteter Geflüchteter einsetzen.

Frau Gärtner hat es eben schon erwähnt: Unsere Oberbürgermeisterin Frau Reker hat im Sommer gemeinsam mit den Oberbürgermeistern von Düsseldorf und Bonn in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin Merkel geschrieben, dass sie sich für die Seenotrettung und für die Aufnahme Geflüchteter einsetzen. Dafür an dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Dank an Sie, Frau Oberbürgermeisterin.

Unser Antrag kann nur als kleiner Baustein in der Flüchtlingshilfe gewertet werden. Das müsste uns allen klar sein. Wichtig ist weiterhin die Verteilung der Asylsuchenden aus den Flüchtlingslagern in Griechenland und Italien und sonst wo in andere europäische Staaten sowie die Forderung nach einer europäischen humanitären Flüchtlingspolitik unter Beachtung der Menschenrechtskonvention. Abschottungspolitik führt nur zu weiteren Menschenrechtsverletzungen und unterbindet keineswegs Fluchtbewegungen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! Es ist gut und wichtig, dass sich heute eine große Mehrheit hinter diesem Antrag versammelt hat.

(Beifall bei der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Denn dieses Thema bewegt auch die Mehrheit der Menschen in dieser Stadt. Das konnte man an zahlreichen Aktivitäten der Kölner Zivilgesellschaft sehen, an den Seebrücke-

Demonstrationen am 13. Juli und 2. September,
-

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

- an der Demonstration *Köln zeigt Haltung* am 16. September, an vielen kleinen Aktionen und nicht zuletzt an der Kundgebung, die heute zur Bekräftigung dieses Antrags vor dem Rathaus stattgefunden hat. Es haben mehr als hundert Menschen teilgenommen. Danke dafür!

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Tausende Kölnerinnen und Kölner haben ihre Solidarität mit den ertrinkenden Flüchtlingen im Mittelmeer deutlich gemacht. Keiner möchte Menschen ertrinken sehen - von Hass erfüllten Hetzern, die es leider auch gibt, einmal abgesehen. Trotzdem lassen viele europäische Staaten diese entkräfteten und leidgeprüften Menschen in den Rettungsschiffen weiter auf hoher See herumirren, weil ihnen die vermeintliche Abschreckung wichtiger ist als Menschlichkeit.

Es ist auch gut und wichtig, dass wir als Rat jetzt diese wichtige Initiative von Frau Oberbürgermeisterin Reker und den Oberbürgermeistern von Düsseldorf und Bonn aufgreifen, sie durch diesen Beschluss bekräftigen und präzisieren; denn Worten müssen auch Taten folgen, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen. Deshalb hätten wir uns als LINKE die Verpflichtung gewünscht, eine konkrete Zahl an Menschen aufzunehmen. Doch wir gehen auch ohne diese eindeutige Verpflichtung davon aus, dass sich Köln in erster Reihe aufstellt, um Menschen, um Geflüchtete aufzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Nun müssen Land und Bund den Weg dafür frei machen. Ich würde mir wünschen, dass die privaten Rettungsschiffe im Mittelmeer bald überflüssig werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch ich glaube, dass es noch viele Schiffe wie die *Sea-Watch 3* oder das Schiff *Professor Albrecht Penck* geben wird, deren Passagieren schnell und unbürokratisch geholfen werden muss.

Ein Dank von hier aus an die Menschen, die als Besatzung dieser Rettungsschiffe ehrenamtlich einen schwierigen und gefährlichen Job machen.

(Beifall)

Um sie moralisch zu unterstützen und ihre gewaltige Leistung anzuerkennen, hätten wir uns gewünscht, dass sich die Stadt bereit erklärt hätte, eine Patenschaft für ein Schiff zu übernehmen.

(Beifall bei der LINKEN - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Meine Damen und Herren, Migration wird nicht aufhören. Das können Sie sich wünschen, aber das wird nicht geschehen. Die Bedingungen dafür können noch so schlimm und gefährlich sein, es wird immer Menschen geben, die unvorstellbare Entbehrungen und Gefahren auf sich nehmen, um der unerträglichen Situation in ihren Heimatländern zu entfliehen.

(An der Balustrade der Zuschauertribüne werden Papierschiffe aufgehängt)

Es liegt auch in unserer Hand, die Bedingungen dafür zu modellieren. Heute können wir Geflüchteten in Not und Bedrängnis einen sicheren Hafen bieten - so, wie es vor 80 Jahren andere Länder für Geflüchtete aus Deutschland gemacht haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch aus unserer eigenen Geschichte erwächst der Auftrag, menschlich zu handeln.

Ich möchte jetzt nicht auf jeden Punkt des FDP-Antrags eingehen, aber die FDP-Fraktion möchte den Spiegelstrich 5 gestrichen wissen. Darin steht: Die Bundesregierung wird aufgefordert,

„zügig eine politische Lösung bzgl. der Ausweitung der Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen auf europäischer Ebene [...]“

(Zuruf von der FDP: Das war ein Fehler!)

- Das war ein Fehler? - Gut, dann ist es ein Fehler, dann nehme ich das zurück. Das stand aber im Antrag.

Dann danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Zum Schluss: Seenotrettung ist kein Verbrechen! Seenotrettung ist eine humane Pflicht!

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Lebhafter Beifall auf der Zuschauertribüne - Auf der Zuschauertribüne er-

tönen Sprechchöre: Seenotrettung ist kein Verbrechen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne, ich kann das, was Sie antreibt, sehr, sehr gut nachvollziehen. Ich kann sehr gut verstehen, dass Sie hier zustimmend sein wollen. Ich bitte Sie aber, die Regeln dieses Hauses zu akzeptieren. Es ist nun einmal so, dass zustimmende Äußerungen genauso wie missbilligende Äußerungen von der Tribüne, von der Zuhörerschaft nicht gestattet sind. Ich bin auch gehalten, Ihnen das mitzuteilen.

Wie gesagt, ich kann das gut verstehen, aber ich würde Sie bitten, sich an die Regeln dieses Hauses zu halten.

Ich habe jetzt einen Geschäftsordnungsantrag. - Der hat sich erledigt, okay.

Dann rufe ich als Nächstes Frau Gerlach auf.

Lisa Hanna Gerlach (Ratsgruppe BUNT): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Verehrte Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne und im Stream! Ganz besonderen Dank und ein herzliches Hallo möchte ich insbesondere an die Demonstrantinnen und Demonstranten sowie Aktivistinnen und Aktivisten richten, die sich seit Monaten vor dem Rathaus und heute hier im Rathaus für Menschen und deren existenzielle Rechte einsetzen. Vielen Dank für euren Einsatz! Lasst euch nicht unterkriegen! Wir müssen uns gemeinsam dagegen wehren, dass unser und euer Engagement weiter kriminalisiert wird, wie das im neuen Gesetzesentwurf aus dem Hause Seehofer geplant ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, spätestens seit Oktober 2013, als vor Lampedusa 400 Menschen ertranken, ist klar, dass es in der europäischen und deutschen Flüchtlingspolitik auf dem Mittelmeer kein *Weiter so!* geben kann. Seither fordern wir, die Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer, das Ende von Dublin und eine humane europäische Flüchtlingsaufnahme. Dazu gehört als Allererstes, dass es endlich sichere und legale Fluchtwege gibt. Leider ist das in den letzten Jahren sogar noch schlimmer geworden. Viel mehr Menschen sterben auf dem Mittelmeer. Die staatlichen Seenotrettungsprogramme wurden abgeschafft, und die zivile Seenotrettung, die lediglich eingesprungen ist, wird verhindert und kriminalisiert.

Zurzeit ist laut Angaben des *Tagesspiegels* nur ein einziges Boot der zivilen Seenotrettung nicht festgesetzt. Vorgestern ist die Sea-Eye unter dem neuen Namen *Alan Kurdi* in See gestochen. Rettern und Retterinnen von anderen Booten wie von der Sea-Watch, der Lifeline oder der Luventa drohen lange Haftstrafen. Sie werden massiv eingeschüchtert.

Die Bonner Kapitänin Pia Klemp berichtete in einem Interview, dass ihr Boot verwandt und ihre Besatzung über Monate ausspioniert worden sei. Die Vorwürfe, die solch illegale Machenschaften rechtfertigen sollen, sind dabei völlig haltlos.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist völlig klar, dass die Vorwürfe, die Crews der Lifeline, der Sea-Watch 1 bis 3 oder der Luventa würden Beihilfe zur illegalen Einwanderung leisten, an den Haaren herbeigezogen sind; denn die Aufgabe der Seenotrettung, die die zivilen Retter erfüllen, ist im internationalen Seerecht festgeschrieben und wurde in den Jahren vor 2015 von staatlichen Stellen geleistet. Von den damaligen Rettungsmissionen wie *Mare Nostrum* oder der erträglicheren Variante *Triton* spricht heute keiner mehr.

Vor zwei Wochen kündigte Deutschland auch noch an, keine Schiffe mehr für die EU-Mission *Sophia* zur Verfügung zu stellen. Diese Mission hat seit 2015 fast 50 000 Menschen gerettet, obwohl ihr Hauptanliegen die Bekämpfung von Schleppern war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2014 sind mehr als 17 500 Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen, gestorben. 17 500! Das UNHCR berichtete, dass im Jahr 2018 mehr als 2 200 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken seien, und erklärte, dass die Todesrate zwischen Libyen und den EU-Ländern Malta und Italien 2018 fast auf das Dreifache angestiegen sei. Während 2017 ein Mensch für alle 38 Ankömmlinge auf See ums Leben kam, war es 2018 ein Toter für alle 14 Ankömmlinge. Wahrscheinlich habe die Einschränkung der Such- und Rettungsmissionen dazu beigetragen, sagt das UNHCR.

Wenn ich mir die Videos ansehe, wie die libyschen Milizen im Auftrag der EU Menschen vor der Küste abfangen und dabei mit ihren Manövern sogar Tote in Kauf nehmen, wird mir schlecht. Wenn ich sehe, wohin die Menschen gebracht werden, in welche Lager, und was mit ihnen dort passiert, bleibt mir die Luft weg. Wenn ich dann noch höre, dass diese libyschen Milizen Menschenhändler und Schlepper sind und die

EU das alles weiß, kann ich meine Verachtung für diese bigotte Politik nicht mehr zurückhalten. Shame on you, Europe!

In den letzten Monaten haben Tausende in vielen deutschen Städten Humanität gefordert, und in Köln waren wir mit *Köln zeigt Haltung* im September mit mehr als 7 000 Menschen dabei, die auf das Signal der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker hin für die Aufnahme von aus Seenot Geretteten demonstrierten.

Im letzten Sommer forderte Kölns Oberbürgermeisterin zusammen mit den Oberbürgermeistern aus Düsseldorf und Bonn, die Seenotrettung im Mittelmeer aus humanitären Gründen wieder zu ermöglichen. Das war sehr gut und hat eine Lawine von anderen solidarischen Angeboten aus anderen Städten nach sich gezogen.

Heute bestärken wir das Angebot der Oberbürgermeisterin mit unserem gemeinsamen Antrag. Leider wurden die Forderungen des Bündnisses *Köln zeigt Haltung* und der anderen Flüchtlingsinitiativen wie Seebücke sehr abgeschwächt. Eine Patenschaft der Stadt Köln für die Sea-Watch 3 hätte ein starkes Signal der Stadt bedeutet.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der LINKEN)

Es hätten wirklich Menschenleben gerettet werden können. Ich hätte mir das gewünscht, und ich hoffe, dass wir dieses Versäumnis bei nächster Gelegenheit nachholen können. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Scholz hat jetzt das Wort.

Tobias Scholz (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich unterstützt die Ratsgruppe GUT den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, LINKE und BUNT, Kinder, Frauen und Männer, die die Flucht über das Mittelmeer überlebten, in Köln aufzunehmen. Mindestens 16 000 Menschen sind im Mittelmeer ertrunken, seit Europa im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis erhalten hat und der damalige EU-Kommissionspräsident Barroso versprach, die Welt zu einem besseren Platz für alle zu machen.

Wie sieht aber die Realität aus? - Die sogenannte Flüchtlingskrise hat sich durch die europäische Abschottungspolitik in den vergangenen Monaten verschärft, auch weil immer mehr Grenzen geschlossen wurden und seit Juni 2018 die Seenotrettung durch private Hilfsorganisationen wie Sea-Watch delegitimiert, kriminalisiert und von den EU-Staaten aktiv bei der Rettung von Menschenleben behindert wird.

Hinzu kommt, dass immer mehr Menschen durch die von der EU finanzierte und ausgebildete sogenannte libysche Küstenwache abgefangen werden und gegen ihren Willen in Internierungslagern unter menschenunwürdigen Bedingungen kaserniert werden.

Wir teilen die Meinung des Marburger SPD-Oberbürgermeisters Spies, der Anfang dieses Jahres darauf hinwies, dass Menschen, die in Seenot geraten, gerettet werden müssen:

„Und solange ein Teil unseres Wohlstands an Armut und Unterdrückung in anderen Ländern hängt, solange ist das Schicksal von Menschen in Not auch unsere Verantwortung.“

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Deshalb unterstützen und bekräftigen wir heute auch ausdrücklich die 2018er-Initiative von unserer Oberbürgermeisterin Frau Reker und den OBs von Bonn und Düsseldorf, aktuell Menschen in Not aufzunehmen.

Darüber hinaus fordern wir aber auch, dass sich Landes- und Bundespolitik für folgende Kernforderungen einsetzen: dass Gerettete nicht in libysche Lager zurückgebracht werden und die EU-finanzierte Unterstützung der libyschen Küstenwache sofort beendet wird, -

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

- eine Flüchtlingspolitik, die eine Migrationspolitik betreibt, die die Menschenrechte und Gesundheit der Menschen achtet, und dass sichere und legale Flucht- und Migrationswege eingerichtet werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wie in der heutigen Debatte schon mehrfach betont, erschüttern die Bilder der Flüchtlinge, die in Seenot geraten sind und tagelang unter den schlimmsten Umständen auf dem Meer kreuzen mussten, ohne dass ein europäischer Hafen sie aufgenommen hat. Diesen Menschen zu helfen ist natürlich eine humanitäre Verpflichtung. Deshalb hat die FDP-Fraktion im Sommer 2018 das Angebot der Oberbürgermeisterin unterstützt, diese Menschen in Köln aufzunehmen. Zu dieser Unterstützung stehen wir auch heute noch.

(Beifall bei der FDP)

Der vorgelegte Antrag macht aber deutlich, dass wir hier ein Problem behandeln, das nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden kann. Hier ist nicht allein der Kölner Rat gefordert, sondern vor allem die Bundes- und die europäische Ebene. Gerade die Irrfahrten der Seenotrettungsschiffe haben doch bewiesen, dass nationale Alleingänge hier nicht zum Ziel führen. Es geht nicht um die italienische, spanische oder maltesische Küste, sondern es geht um die europäische Küste, für die wir auch eine europäische Lösung brauchen.

(Beifall bei der FDP und von Marion Heuser
[Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn wir aber von einer europäischen Küste ausgehen, müssen wir auch von einer gemeinsamen Verantwortung für unsere europäischen Grenzen sprechen. Für diese gemeinsame Verantwortung haben sich die deutsche und die französische Regierung in der sogenannten Meseberger Erklärung vom Juni 2018 mit der Stärkung des Mandates von Frontex ausgesprochen. Ich weiß, das wird hier nicht bei jedem im Rat auf Zustimmung stoßen - mit Ausnahme von SPD und CDU natürlich, weil die Bundesregierung nun diese Erklärung unterschrieben hat, und bekanntermaßen sind sie beide noch in der Groko zusammen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen legale Zugangswege für Menschen, die zu uns kommen wollen. Wir bieten Schutz den Menschen, die in Seenot geraten, und bieten Unterstützung an, aber wir wollen auch den Schleppern, die aus Habgier das Leben der Geflüchteten einfach aufs Spiel setzen, entschieden das Handwerk legen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, einen Punkt, der im Antrag angesprochen wird und den auch die Kollegin Gärtner gerade erwähnt hat, möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben: Neben der humanitären Hilfe brauchen wir vor allen Dingen Perspektiven für die Menschen vor Ort - eine Forderung, die meines Erachtens in der politischen Debatte oft so dahingesagt wird, wobei ich dies den heutigen Antragstellern natürlich nicht unterstellen möchte, wenn sie das in ihrem Antrag schreiben. Wir müssen uns aber alle bewusst sein, dass die im Antrag geforderte verstärkte Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit Geld bedeutet, und zwar sehr viel Geld, und dann wird es meist auch schon kritisch. In Sonntagsreden wird die wirtschaftliche Unterstützung insbesondere für Afrika gern beschworen und beklatscht, aber die Realität - da möchte ich Ihnen gern widersprechen, Frau Gärtner - im Bundeshaushalt sieht anders aus. Seit Jahren werden bei den Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit die angestrebten 0,7 Prozent vom Bruttonationaleinkommen nicht erreicht. Selbst Entwicklungsminister Müller von der CSU erklärte in der *Passauer Neuen Presse* vom 07.07.2018 - ich zitiere -:

„Ich verstehe nicht, warum jeder von Fluchtursachen redet und der Finanzminister dann ausgerechnet bei der Entwicklungszusammenarbeit spart.“

(Beifall bei der FDP)

Selten stimme ich mit einem CSU-Minister überein, aber hier muss ich feststellen: Herr Müller hatte recht.

Meine Damen und Herren, meine bisherigen Ausführungen begründen im Wesentlichen auch unseren Änderungsantrag von FDP und Freien Wählern. Wir unterstützen, dass die Oberbürgermeisterin und der Rat aus Seenot Gerettete in unsere Stadt aufnehmen wollen. Wir verstehen aber nicht, warum diese Bereitschaft durch Minister Stamp an die Bundesregierung vermittelt werden muss. Wir sind außerdem der Meinung, dass die Zahlen der Zuweisungsquoten der aufzunehmenden Kommune gutgeschrieben werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Dann möchte ich noch einmal betonen, dass bei uns ein Dreher im Antrag ist, das tut uns sehr leid. Wir haben dort sozusagen eine falsche Fährt gelegt. Das wollten wir nicht. Die Änderung 4 heißt 5 und 5 ist 6. Es tut uns leid, das ist einfach falsch geschrieben.

Zu dem Spiegelstrich 5 habe ich bereits ausgeführt, und den letzten Spiegelstrich möchten wir streichen. Im Mittelpunkt des § 23 des Aufenthaltsgesetzes stehen Schutzsuchende, die aus bestimmten Staaten kommen oder die bestimmte Ausländergruppen sind. Ausschlaggebend sind also Staatsangehörigkeit oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie und nicht der Fluchtweg der Schutzsuchenden. So schlimm und traumatisch die Erlebnisse der in Seenot Geratenen sein mögen, die FDP sieht sich aber nicht in der Lage, sie gegenüber den traumatischen Vorfällen der Geflüchteten, die diese auf dem Landweg erlebt haben, abzuwägen.

Zum Schluss möchte ich darum bitten, dass wir den Antrag abschnittsweise abstimmen, weil wir auch deutlich machen wollen, dass wir mit großen Teilen des Antrags übereinstimmen, aber eben nicht mit allen. Deswegen würden wir um eine abschnittsweise Abstimmung bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler hat das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag ist wie so oft, wenn es um Flüchtlingspolitik geht, selbstgerecht und wohlfeil; denn er kostet die Antragsteller nichts. Sie lassen andere für ihr extra weißes Gewissen zahlen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie gern helfen möchten - das möchte ich Ihnen auch gern glauben -, dann helfen Sie, aber helfen Sie mit Ihrem eigenen Geld und mit Ihren eigenen Mitteln. Dann nehmen Sie doch die vermeintlichen Flüchtlinge bei sich zu Hause auf und lassen Sie nicht andere, die sie nicht wollen, die Zeche für Ihre vermeintlich gute Gesinnung zahlen.

Damit wir uns richtig verstehen: Es ist absolut selbstverständlich, dass Menschen in Seenot geholfen wird. Ich kenne niemanden, der das in Frage stellt. Diese Hilfe steht jedermann zu. Das heißt aber nicht, dass er sich hinterher das Ufer aussuchen darf, an dem er wieder abgesetzt wird. Das hat mit Rettung nichts zu tun, sondern das ist organisiertes Schleppertum.

(Beifall bei der AfD)

Diejenigen, die dieses Geschäft betreiben, sind keine Helden, sondern sie sind kriminell und verdienen vieles, aber nicht unsere Hilfe.

Mit jedem dieser sogenannten Flüchtlinge, die Sie auf diesem Weg oder auf anderen Wegen nach Europa schleusen wollen, erhöhen Sie den Migrationsdruck. Mit jedem, der hier in die Illegalität abtaucht und der Geld nach Hause schickt, erhöhen Sie den Druck auf andere, nachzukommen. Für jedes Schlauchboot, das Sie aus dem Wasser fischen und das Sie nach Italien bringen, machen sich in Afrika zwei neue Bootsladungen auf den Weg.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ladungen? Das sind Menschen, um die es hier geht!)

Ihre vermeintliche gute Politik - -

(Zurufe)

Frau Oberbürgermeisterin, wollen Sie vielleicht einmal Ihren Job machen? Es ist ja eine Weile her, dass uniformierte Truppen die Sitzung demokratischer Organe stören durften.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zum Thema.

Sven Tritschler (AfD): Genau das mache ich. Machen Sie am besten Ihren Job.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre vermeintlich gute Politik schadet mehr, als sie nutzt; denn sie lockt immer mehr Menschen in Lebensgefahr. Sie ist inhuman. Gleichzeitig wachsen die Probleme hier bei uns. Woher kommt eigentlich der Wohnraum, den Sie hier so großzügig verteilen? - Das geht wieder zulasten derer, die sich die Mieten in Köln ohnehin kaum noch leisten können.

Ihr Antrag ist also nichts als Pharisäertum; denn Sie tragen nicht die Kosten Ihrer vermeintlichen Großzügigkeit, genauso wenig wie die drei Oberbürgermeister von Köln, Düsseldorf und Bonn die Kosten tragen, genauso wenig wie die vermeintlichen Flüchtlingsbürgen, die sich auch mal besonders großzügig fühlen durften und für die Asylbewerber gebürgt haben. Kaum wurde aber die erste Rechnung zugestellt, musste der Steuerzahler einspringen.

Auch als Stadt ist ein solches Angebot verlogen; denn die Stadt wird keinesfalls alle Kosten übernehmen. Im Gegenteil, Land und Bund werden

am Ende an vielen Stellen einspringen müssen. So ist das immer. Die Tinte unter dem hier viel gerühmten Brief der drei Oberbürgermeister war kaum trocken, da jammerte eine Vertreterin der Stadt Düsseldorf im Landtag, dass man in Sachen Flüchtlinge viel zu wenig Hilfe vom Land bekomme und mehr Unterstützung brauche. Die Zeche für die eigene vermeintliche Menschlichkeit sollen also immer gefälligst andere tragen. Diese wohlfeile Selbstgerechtigkeit ist letztlich auch die Essenz dieses Antrags. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich möchte kurz darauf reagieren: Ich bin unter anderem Ur- und Frühgeschichtlerin, und ich weiß, dass die Wiege der Menschheit und einige der Hochkulturen in Afrika lagen und liegen, und ich bin auch darüber informiert, dass ein wesentlicher Teil unseres Wohlstandes darin begründet ist, dass Afrika über Jahrhunderte ausgebeutet wurde.

(Beifall)

Vielleicht machen Sie sich einmal Gedanken darüber, was Ihr Wohlstand mit Afrika zu tun hat. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe zunächst eine Rückfrage an die FDP-Fraktion: Sie haben nicht um Einzelabstimmung Ihres eigenen Antrags gebeten, sondern des anderen Antrags?

(Katja Hoyer [FDP]: Ja!)

- Gut, ich wollte das nur sicherstellen.

Dann würde ich zunächst den Änderungsantrag von der FDP-Fraktion und Herrn Wortmann abstimmen lassen und fragen: Wer ist für diesen Antrag? Wer stimmt dem zu? - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Gegenstimmen? - SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und die Ratsgruppen. Dann ist er abgelehnt.

Ich rufe den Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, BUNT und GUT auf und lasse ihn einzeln abstimmen.

Erster Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Zweiter Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dritter Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD, Rot-Weiß, FDP und Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Vierter Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Fünfter Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von FDP-Fraktion, Herrn Wortmann, Rot-Weiß und AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Sechster Spiegelstrich: Gegenstimmen? - Von AfD, FDP, Herrn Wortmann und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Die Gesamtabstimmung rufe ich jetzt auf: Gibt es Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Von der FDP-Fraktion und Herrn Wortmann. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Die Stadt Köln darf nicht länger Verfassungsfeinde und Kriminelle beherbergen, ‚Autonomes Zentrum‘ vor die Tür setzen!“
AN/0175/2019

Ich gebe dem Antragsteller das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die hier vertretenen Fraktionen und Gruppen gaben vor Jahreswechsel mit stolzer Brust bekannt, wie wichtig ihnen Demokratie und Toleranz sind und wie entschlossen sie den Feinden der Demokratie entgentreten wollen. Heute haben Sie nun die Gelegenheit, Ihre Ehrlichkeit, Ihre viel besungene Courage und Ihre demokratische Gesinnung unter Beweis zu stellen.

Das Autonome Zentrum in der Luxemburger Straße beherbergt gleich vier verfassungsfeindliche Organisationen, wie es uns der NRW-Innenminister Reul mitgeteilt hat, zum Beispiel die sogenannte Interventionistische Linke. Dazu finden wir im Verfassungsschutzbericht des Bundes folgende Informationen - ich zitiere -: Die IL besitzt ein taktisches Verhältnis zur Gewalt und verfolgt das Ziel,

„die Gesellschaft im Interesse eigener, breiterer Aktionsmöglichkeiten zu radikalisieren.“

Im Zusammenhang mit den Protesten zum G8-Gipfel in Heiligendamm steht weiter in einem VS-Bericht - Zitat -: Die IL verfolgt explizit

„das Ziel, die Proteste anlässlich des G8-Gipfels zu radikalisieren. Dies sei ein notwendiger Schritt zur Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.“

Das sind alles keine Geheiminformationen. Auf der Website des AZ lässt sich nachlesen, welche Organisationen sich dort breitgemacht haben und welche verfassungsfeindliche Gesinnung dahintersteckt.

Die mehrfach vorgeschobene Ahnungslosigkeit der Stadtverwaltung und der obersten Ahnungslosen an der Spitze ist völlig ungläubwürdig, -

(Beifall bei der AfD)

- insbesondere seit wir auf die Missstände aufmerksam machen.

Nein, meine Damen und Herren, es ist offenbar diese Gesellschaft, die unsere Oberbürgermeisterin sucht; denn im vergangenen Sommer besuchte sie das Zentrum und erwarb sogar ein T-Shirt mit der Aufschrift *AZ bleibt*.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das hat sie auch richtig gemacht! Das AZ gehört zu Köln!)

Zum Dank lässt sich ein Vertreter des AZ folgendermaßen zitieren:

„An der Herstellung entsprechender Mehrheiten werden wir durch Gespräche mit den Fraktionen und kraftvolle öffentliche Aktionen weiterhin arbeiten.“

Was mit dieser wenig subtilen Drohung gemeint ist, ist klar: Wenn ihr nicht spurt, dann brauchen wir halt Gewalt.

Es ist die Gewalt, die sich in der Regel gegen Anhänger meiner Partei richtet und die von weiten Teilen des Rats nebst Oberbürgermeisterin mit einem gewissen Wohlwollen beobachtet wird - Stichwort *Schlägertrupps*. Es ist wenig überraschend, dass SPD, Grüne und DIE LINKE und ihre ganzen Wurmfortsätze - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler, ich muss Sie leider unterbrechen. Sie haben eben wörtlich gesagt, dass Gewalt vom Rat und seinen Mitgliedern wohlwollend beobachtet werde. Das kann ich so nicht stehen lassen. Ich bitte Sie, das zurückzunehmen.

(Beifall)

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, nach allem, was ich hier seit einem Jahr erlebe, kann ich das ganz sicher nicht zurücknehmen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Unverschämt! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Bitte? Das gibt es ja nicht!)

Aber wo sind eigentlich die vermeintlichen Vorkämpfer der Mitte? Wo ist der ach so aufrechte Demokrat Petelkau, der auf Bundesparteitagen der CDU besonders aufrecht gegen Extremismus kämpft? Wo ist eigentlich die FDP in dieser Angelegenheit? - Feige ducken Sie sich weg, Sie wollen schließlich nicht selbst zur Zielscheibe werden. Vielleicht ist es Ihnen insgeheim auch ganz recht, dass extremistische Schlägertrupps unliebsame Wettbewerber an der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte hindern.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist eine infame Unterstellung!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Ihr Verhalten die in diesem Hause übliche und angemessene Beratungsordnung verletzt. Ich möchte Sie ausdrücklich ermahnen und fordere Sie auf, jetzt dieses ungebührliche Verhalten zu unterlassen.

(Lebhafter Beifall)

Sven Tritschler (AfD): Ich nehme das zur Kenntnis.

Beispielsweise die drei Bundestagsabgeordneten, die im Dezember - -

(Zuruf von der Zuschauertribüne)

- Bricht der Kollege dort oben auch die Ordnung des Hauses oder bin nur ich es?

Beispielsweise die drei Bundestagsabgeordneten, die im Dezember im Rautenstrauch-Joest-Museum mit Bürgern ins Gespräch kommen wollten: Dass beim Schutz dieser Veranstaltung ein Polizist durch den linken Prügelmob verletzt wurde, ist Ihnen vermutlich egal. Vermutlich ist es Ihnen auch egal, wenn städtische Mitarbeiter in Deutz von Linksextremen eingeschüchert werden. Egal ist Ihnen anscheinend auch, wenn Vertreter des AZ mit einer bemerkenswerten Anspruchshaltung auftreten und die Arbeit demokratisch gewählter Einrichtungen unserer Stadt zu behindern versuchen. Man stelle sich nur vor, diese Vorfälle wären auch nur einmal von einer rechten Gruppierung ausgegangen. Eine monatelange Betroffenheits- und Lichterkettenorgie wäre die mindeste Reaktion gewesen. Aber hier hüllen Sie sich alle in beredtes Schweigen. Doch jetzt, meine Damen und Herren, haben Sie die Gelegenheit, Farbe zu bekennen. Meinen Sie es ehrlich mit Demokratie, Toleranz und Grundgesetz? Bekennen Sie sich zur Gewaltlosigkeit? Wollen Sie Verfassungsfeinde wirklich bekämpfen, oder sind Sie ein Haufen selbstgerechter Heuchler? - Wir sind gespannt.

Im Übrigen beantragen wir abschnittsweise Abstimmung.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler, ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass Ihr Verhalten beleidigend und ungebührlich ist.

(Vereinzelt Beifall - Zurufe und Gegenrufe)

Ich fordere Sie erneut ausdrücklich auf, Ihr Verhalten anzupassen und solche Störungen zu unterlassen.

Ich bitte zunächst den Stadtdirektor um kurze Stellungnahme.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir ein bisschen schwer, nach dieser Art der Einbringung eines Antrags

eine nüchterne Verwaltungsposition vorzutragen. Ich versuche es trotzdem einmal.

Mit Wissen und mit Billigung der politischen Gremien dieser Stadt befinden wir uns in einem gültigen Vertragsverhältnis mit dem Autonomen Zentrum. Dieses Vertragsverhältnis läuft noch bis Ende 2019. Die Verwaltung und das Autonome Zentrum sind in einem strukturierten Prozess, um die Frage der Zukunft des Autonomen Zentrums im Rahmen dieses bestehenden Vertragsverhältnisses zu klären. Insofern hält die Verwaltung eine Beschlussfassung über diesen Antrag für überflüssig. Soweit er die Verwaltung zur Beachtung von Recht und Gesetz auffordert, enthält er Selbstverständlichkeiten, an die wir uns natürlich halten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD-Fraktion beinhaltet als Erstes den Hinweis auf einen Antrag, den der Rat beschlossen hat, und zwar im Dezember des letzten Jahres. In diesem Antrag heißt es:

„Der Rat der Stadt Köln unterstreicht die Grundwerte einer vielfältigen und toleranten Stadtgesellschaft. Meinungsfreiheit ist ein Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, das es zu bekräftigen und zu stärken gilt. Volksverhetzung, Diffamierungen und Aufruf zu Gewalt und gesellschaftlicher Spaltung widersprechen jedoch den Grundwerten und Grundrechten unserer Demokratie.“

Dazu stehen wir, aber es ist schon eine Unverfrorenheit, dass eine Gruppierung wie die AfD glaubt, sich das zu eigen machen zu können, obwohl ihr tagtägliches Handeln genau vom Gegenteil zeugt.

(Beifall)

Der Beschluss des Rates rekurriert auf die Grundrechte unserer Verfassung. Ich nenne nicht alle, sondern nur einige wichtige, denen die AfD zuwiderhandelt: Menschenwürde wird von den Aktivisten der AfD tagtäglich mit Füßen getreten, freie Entfaltung der Persönlichkeit nur für ihre Glaubensgenossen, Gleichheit vor dem Ge-

setz nicht mit der AfD, Freiheit des Glaubens nur für das christliche Abendland.

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, heißt es im Grundgesetz in Art. 3. Es heißt dort:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

(Zuruf von der AfD: Hört! Hört!)

Genau dieses unterstützen Sie nicht, weil Ihre Leute den Gedanken der Volksgemeinschaft vertreten, und der schließt aus, der grenzt aus: Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. Das ist die Propaganda der meisten von Ihnen. So lange Sie auf dieser Spur sind, können wir Sie nicht ernst nehmen als Demokraten. Es wird deutlich, dass Sie hier nur im Gewande des Biedermanns auftreten, um Werte der Demokratie für Ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

(Beifall)

Pluralität, Vielfalt und Offenheit einer demokratischen Staatsgesellschaft - das sind die Werte, die wir leben wollen. Genau unter dieser Überschrift versucht auch die Oberbürgermeisterin Konflikte zu lösen. So verstehen wir auch ihren damaligen Besuch im Autonomen Zentrum.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Viele junge Menschen, die im AZ aktiv sind, setzen sich für soziale Teilhabe, gegen Rassismus und für Integration ein. Diese Werte sind natürlich das völlige Gegenteil von dem, wofür Rechtsextremisten und Rechtspopulisten stehen. Das ist auch der Grund, warum Sie sich hier so aufführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Seitdem diese Gesellschaft vor 50 Jahren begonnen hat, sich aus Fesseln des Spießertums und des Mißs zu befreien, hat es viele Aktionen gegeben, die vom zivilen Ungehorsam bis hin zu kalkulierten Regelverletzungen reichen. Es gibt nicht wenige hier in diesem Raum, die dabei waren. Das gefällt nicht allen. Zuweilen sind davon auch Menschen betroffen, die sich zu Recht

drangsaliert fühlen. Insofern ist es auch so, dass wir Aktivitäten, die sich gegen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung richten, nicht für den richtigen Weg halten. Dazu hat auch schon der Stadtdirektor einiges gesagt. Die Aktivisten im AZ müssen sich auch fragen und sollten sich genau überlegen, ob sie damit ihrer Sache dienen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Andererseits sollten wir mehr Gelassenheit an den Tag legen, Pluralität als Teil unserer Freiheit aushalten und schauen, dass wir in dieser Gesellschaft Konflikte lösen, ohne sie zu eskalieren. Die Geschichte zeigt, dass dies immer noch der bessere Weg ist. Nur wissen wir da bestimmte Leute nicht an unserer Seite. Deshalb machen wir auch einen klaren Trennstrich, und zwar einen klaren Trennstrich zu denen, die demokratische Rechte im Munde führen, aber sie tatsächlich bekämpfen. Deshalb kann ich nur sagen: Das Autonome Zentrum gehört zu Köln, und wir müssen schauen, dass wir es hier auf Dauer etablieren. Sie gehören nicht zu Köln!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Klausing das Wort.

Christoph Klausing (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! *Heuchler* ist schon das passende Stichwort. Schauen wir uns doch einmal genau an, wer hier denn der Heuchler ist, wer es wagt, sich hier hinzustellen und so zu hetzen wie die AfD. Es ist eine absolute Frechheit, was hier passiert ist.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hatte beim kurzen Querlesen der Tagesordnung bzw. bei der Überschrift Hoffnung, dass in der AfD so ein kleines Stückchen Selbstironie mit dabei ist, wenn davon die Rede ist, dass Köln nicht länger Verfassungsfeinde beherbergen dürfe. Da dachte ich: Juchhu, als Antrag wird uns mitgeteilt, dass die AfD in Köln sich selbst auflöst. Das wäre doch einmal etwas gewesen, dem ich hätte zustimmen können.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dann aber mit solchen taktischen Raffinessen zu kommen - Herr Tritschler, doof sind Sie nicht -, abschnittsweise abstimmen zu lassen, zum Beispiel über einen Antrag:

„Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu seinem Beschluss vom 18. Dezember 2018 auf Grundlage des Antrages AN/1865/2018.“

Es ist raffiniert, uns damit aufs Glatteis führen zu wollen. Ich werde den Antrag mit Freude gleich ablehnen, und zwar Punkt für Punkt für Punkt. Die Frechheit von Ihnen ist, dass Sie wollen, dass wir gegen uns selbst stimmen, und selbst haben Sie im Dezember auch dagegen gestimmt. Da schauen wir uns doch jetzt einmal an, wo die Heuchelei ist, die Sie hier betreiben.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Wir haben im Dezember mit den demokratischen Fraktionen, den Gruppen und der LINKEN beschlossen - O-Ton -:

„Daher lehnen wir die Überlassung von Räumen, die zur Durchführung von Veranstaltungen genutzt werden sollen, in denen rassistisches, antisemitisches, salafistisches, antidemokratisches, sexistisches, gewaltverherrlichendes oder anderes menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet werden soll, ab.“

Das ist doch eine ganz klare Kante.

Jetzt könnte man auf die Idee kommen, dass sehr liberale, sehr libertär denkende Menschen einen solchen Antrag ablehnen wollen würden, weil sie der Meinung wären, der Staat soll auch sehr viel Extremismus aushalten. Solche politischen Meinungen gibt es. Da könnte man überlegen: Hm, gibt es in der AfD vielleicht auch solche Leute? - Aber ganz offensichtlich - da fängt die Heuchelei nämlich an - bei Ihnen nicht.

Hätten Sie aus diesen Gründen im Dezember diesen Antrag abgelehnt, weil Sie Libertäre sind, dann hätten Sie heute Ihren eigenen Antrag zum Autonomen Zentrum so niemals stellen dürfen. Damit haben Sie sich selbst entlarvt. Warum konnten Sie im Dezember dem Antrag nicht zustimmen? Haben Sie ein Problem mit Sexismus? Haben Sie ein Problem mit Demokratie, mit Salafismus, mit Antisemitismus, Rassismus oder Menschenfeindlichkeit? - Ich glaube, dass Sie mit ziemlich vielen von diesen Punkten ein Prob-

lem haben, und das ist Ihr Problem. Deswegen sind Sie der Heuchler hier, Herr Tritschler.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Dass im Autonomen Zentrum Linksextremisten und Verfassungsfeinde unterwegs sind, ist doch vollkommen unbestritten. Es sind dort vier Gruppen, wie die Landesregierung sagt, die Verfassungsfeinde sind. Das ist doch vollkommen unbestritten. Aber was beantragen Sie denn? - Sie beantragen hier, dass die Interessengemeinschaft Autonomes Zentrum hier nicht weiter beherbergt werden soll. Das ist doch etwas völlig anderes. Im Autonomen Zentrum finden Sportangebote statt. Dort finden Partys statt. Dort finden Do-it-yourself-Angebote statt. Es gibt dort einen Umsonst-Laden. Es gibt dort sehr viele Angebote wie ein FrauenLesben-Stockkampftraining. Das ist jetzt vielleicht nicht das Angebot, das auf mich zutrifft.

(Heiterkeit)

Ich behaupte, dass das Autonome Zentrum wahrscheinlich eher links und weniger bürgerlich ist. Ich gestehe auch gern ein, dass im AZ die CDU-Quote wahrscheinlich relativ gering ist. Ich will Ihnen aber ganz ehrlich sagen: Auch wenn der Lifestyle dort nicht mein Habitus ist, sehe ich es freudestrahlend, wie diese Leute in Köln sind. Ich sehe es mit Freuden, wie das AZ in Köln ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn ich sage: Auch ein AZ hat in Köln einen Raum. Wir müssen uns mehr über Freiräume unterhalten. Wir müssen mehr aushalten. Deswegen sage ich: AZ bleibt in Köln, aber nicht an diesem Platz. Genau das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen, Herr Tritschler. Das ist der Unterschied zwischen der CDU und der AfD. Sie spalten, Sie sind Reaktionäre. Wir sind für die Gemeinschaft in der Gesellschaft. Wir wollen die Vielfalt in der Gesellschaft.

Sie sind mehr Sozialist, als Sie zugeben wollen, weil Sie sich für klüger halten. Sie wollen eine Gesellschaftsordnung, in die Sie Menschen hineinpressen. Sie wollen einen Verbotsstaat. Sie achten nicht auf den Menschen, sondern nur auf den Staat. Sie wollen Menschen knechten. Wir wollen, dass jeder Mensch sich in unserer Gesellschaft frei entfalten kann. Deswegen werden wir Punkt für Punkt Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen, und zwar Punkt für Punkt.

Ich rufe den ersten Punkt auf: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Zweiter Punkt: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Dritter Punkt: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Vierter Punkt: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Fünfter Punkt: Wer ist dafür? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich noch einmal gesamt abstimmen: Wer ist für diesen Antrag? - AfD und Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

(Auf der Zuschauertribüne ertönen Sprechchöre:
Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!)

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Gesamtnetzbetachtung“ AN/0171/2019

Ich gebe zunächst Herrn Götz das Wort.

Stefan Götz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Köln wächst, und das ist gut so. Das Umland wächst, und auch das ist gut. Denn wir haben nicht genug Platz in Köln für all diejenigen, die nach der Bevölkerungsprognose zu uns kommen wollen. Das setzt aber voraus, dass auch die Verkehrsinfrastruktur bei uns wächst.

Wir haben schon viele Planungen gemacht und gemeinsam mit Verwaltung und Rat beschlossen - sei es der Nahverkehrsplan, sei es der ÖPNV-Bedarfsplan, sei es die vierte Stufe der Nord-Süd-Bahn, sei es alles, was im Knoten Köln beschlossen worden ist, wie das zweite Gleis zwischen Dellbrück und Bergisch Gladbach oder der Zehn-Minuten-Takt der S11. Das alles müssen wir zusammenführen. Das ist der Sinn unseres Antrags hier und heute.

Darüber hinaus wollen wir auch einen Blick in die Region werfen, weil auch das immer wichtiger für uns wird.

Der letzte Gesamtverkehrsplan ist aus dem Jahr 1992 und die letzte Fortschreibung aus dem Jahr 2008. Wenn wir einen Blick auf das Schienennetz im Rechtsrheinischen werfen, das wir heute dort haben, so hat sich dort in den letzten 50 Jahren nichts geändert. Einige Stationen sind unter die Erde gekommen, aber ansonsten ist es unverändert wie vor 50 Jahren. Wenn Köln wächst und das Umland wächst, dann muss auch die Verkehrsinfrastrukturplanung dem Rechnung tragen.

Im Rahmen der Regionalplanung beraten wir zurzeit das Konzept *Region Plus* sowohl für Köln, für Bonn als auch für Aachen. Das bedeutet, wir schauen, welche Gemeinden, welche Städte um uns herum in der Lage sind, noch zusätzlichen Wohnbedarf aufzunehmen, den wir in Köln nicht befriedigen können. Das Kriterium dafür ist, dass man in 45 Minuten mit dem SPNV am Kölner Hauptbahnhof sein muss. Auch das ist ein Grund dafür, dass wir eine aktualisierte Gesamtverkehrsplanung brauchen.

Nicht zuletzt auch der Strukturwandel im Rheinischen Revier wird nicht ohne Folgen für Köln bleiben. Die Pendlerverkehre werden steigen, und das müssen wir entsprechend in der Planung berücksichtigen, damit wir hier nicht im Verkehrschaos landen. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Wenn wir am Ende alles richtig gemacht haben, Politik und Verwaltung die notwendige Infrastruktur geschaffen haben, dann verschwindet Köln auch aus der Liste der Top 10 der Staustädte Deutschlands. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir probieren jetzt wieder einmal, über Inhalte zu reden. Das ist eigentlich das, was wir hier im Rat machen sollten und worum wir uns kümmern sollten.

(Zuruf: Das haben wir eben auch gemacht!)

- Das haben wir auch gemacht, das ist richtig. Jetzt gab es gerade noch ein kleines Intermezzo.

Deswegen ist es schön, dass wir jetzt bei den Inhalten sind.

Warum dieser Antrag? - Wir haben bei der ganzen Diskussion um die Erweiterung der Ost-West-Achse gemerkt, dass es viele Ideen und Vorstellungen gibt, wie man das Schienennetz oder das ÖPNV-Netz generell in dieser Stadt erweitern kann, in welche Richtung man gehen kann - hier noch ein zusätzliches Gleis, vielleicht hier eine Verlängerung etc.

Mein Vorredner hat es auch schon gesagt: Wir haben etliche Pläne dazu bereits beschlossen. Wir sind auch schon in der Umsetzung der einen oder anderen Maßnahme. Die Vielfalt an Plänen, die wir sowohl in der Stadt als auch im Umland haben, sorgt aber nicht immer dafür, dass an einem Strang gezogen wird. Es gibt Planungen, die ergänzen sich ganz wunderbar. Es gibt Planungen, da hat man manchmal den Eindruck: Hm, ob die Sachen alle so aufeinander abgestimmt sind, ist nicht ganz abzusehen.

Von daher jetzt von uns dieser Antrag, in dem wir sagen: Liebe Verwaltung, leg doch mal bitte all das, was nicht nur ihr entwickelt habt, sondern auch das, was im Umland ist - wie der Knoten Köln, das Agglomerationskonzept etc. -, auf eine Folie und übereinander. Dann schauen wir uns das Ganze einmal gemeinsam an: Wo sind denn die Netzerweiterungen wirklich nötig und sinnvoll? Wo reden wir davon, dass es Maßnahmen sind, die wir vielleicht erst in 30 Jahren oder in 40 Jahren brauchen, für die wir aber jetzt schon die Grundlagen legen müssen, sodass wir entsprechende Planungen in der Schublade haben, wenn die Fördergelder fließen können?

Im zweiten Punkt gehen wir auf eine dezernatsübergreifende Projektgruppe ein. Warum dezernatsübergreifend? - Es ist ja nicht nur so, dass das alles reine Verkehrsthemen sind. Es geht auch um Stadtentwicklung und darum, wo wir in Zukunft in dieser Stadt noch Wohngebiete ausweisen werden und wo nicht mehr. Wo brauchen wir jetzt schon die entsprechende Verkehrsinfrastruktur dafür? Das Umweltdezernat gehört genauso dazu, wenn es darum geht, die Umweltverträglichkeit der Verkehre entsprechend darzustellen und abzuwickeln. Auch die Frage der Antriebstechniken spielt unter dem Umweltaspekt keine ganz geringe Rolle.

Im dritten Punkt gehen wir darauf ein, dass wir eine solche Konzeptionierung, ein solches Zusammenlegen auch gern schnell umsetzen wollen. Wir wissen aber auch, dass das Ganze nicht von heute auf morgen gehen wird. Von daher

geht es für uns darum, damit wir hier auch seriöse Beschlüsse fassen, den Personal- und Finanzbedarf erst einmal abzuklappern und dann zu schauen, mit welcher Struktur wir das Ganze weiter nach vorn bringen können. Wenn wir dann entsprechend die ganzen Zahlen, Daten und Fakten einmal vor uns liegen haben und wissen, wie unser zukünftiges Netz irgendwann einmal aussehen soll und welche Maßnahmen wann wo wie umgesetzt werden können, dann, glaube ich, haben wir eine gute Grundlage dafür geschaffen, den ÖPNV in dieser Stadt nachhaltig zu stärken. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Scholz hat jetzt das Wort.

Tobias Scholz (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Diskussionen um die Ost-West-Achse waren und sind teilweise emotional und manchmal auch unsachlich, weil sie von unterschiedlichen Themen durchsetzt sind.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das stimmt! Das habt ihr gut gemacht mit dem unsachlich!)

Unsere Pflicht als Kölner Stadtrat ist es - gerade wenn ein Thema die Gemüter erregt -, die Diskussion dazu auf eine sachliche, konstruktive und respektvolle Ebene zu setzen. Auch dafür steht dieser gemeinsame Antrag von CDU, Grünen und unserer Ratsgruppe GUT. Wir möchten damit eine solide Basis schaffen für alle künftigen Netzbetrachtungen beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Wir verstehen ihn als eine Art Analyseinstrument, das die bisherigen Pläne und Beschlüsse übereinanderlegt, um einen ganzheitlichen Blick auf die Vernetzungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Verkehrsträger im Umweltverbund zu gewährleisten.

Wir verstehen ihn auch als einen Auftrag an die Verwaltung, um darzulegen, welche Kapazitäten benötigt werden, damit unsere Beschlüsse und Vorhaben auch umgesetzt werden können.

Teilen Sie uns bitte mit, was Sie brauchen und woran es Ihnen fehlt. Unsere Aufgabe ist es nämlich nicht, Ihnen das Leben schwerer zu machen. Unsere Aufgabe ist es, Sie dort zu unterstützen, wo es notwendig ist.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Wir bedanken uns bei den Kolleginnen und Kollegen von CDU und den Grünen für die konstruktiven Gespräche, ganz besonders aber auch bei den Fachleuten, die uns bei der Analyse der Netzbetrachtung unterstützt haben.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben großen Respekt vor den Herausforderungen, die die Verwaltung zur Umsetzung der Verkehrswende zu stemmen hat. Wir bedanken uns deshalb ausdrücklich an dieser Stelle bei Ihnen für Ihren Einsatz und Ihre Anstrengungen.

Meine Damen und Herren, die Verkehrswende ist keine Vision. Sie ist bereits in vollem Gange. An Ideen und Kreativität mangelt es uns nicht in dieser Stadt. Die positive Resonanz auf unsere Idee des Rheinpendels, einem neuen Seilbahnsystem für Köln, in der Fachwelt und auch in der Bevölkerung zeigt, wie groß die Sehnsucht nach innovativen Schritten und Lösungen ist.

Wenn wir es im politischen Alltag jetzt noch besser schaffen oder überhaupt schaffen, weniger Energie auf Personaldebatten und persönliche Angriffe zu verwenden, sondern sie für die sachliche und inhaltliche Auseinandersetzung zu nutzen, sind wir auf einem guten Weg. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt schon mehrfach gehört, dass das der politische Begleitbeschluss zur Ost-West-Achse sein soll, die der *Kölner Stadt-Anzeiger* heute im Zusammenhang mit dem Dieselfahrverbot beschrieben hat als „krachend gescheiterten Versuch, einen Beschluss zur Ost-West Achse zu fällen“.

Dieser Antrag ist sowohl im Dezember als auch in der Nachkommunikation insbesondere von GUT als groß und heilsbringend angekündigt worden mit sehr viel Hoffnung, dass das jetzt tatsächlich irgendetwas voranbringen würde. Ich muss ehrlicherweise sagen: Ich gehe an Ihrer Verkehrspolitik kaputt. Es ist unglaublich, was

Sie hier hingelegt haben. Das ist die größte Enttäuschung in der inhaltlichen Ratssitzung heute; denn wir beschließen wieder einmal - genau wie bei der Ost-West-Achse -, dass Sie heute nichts beschließen.

(Beifall bei der SPD - Bernd Petelkau [CDU]: Weil Sie zehn Jahr nichts gemacht haben! Deshalb ist es ja so schlimm! Zehn Jahre hat die SPD versagt und nichts hingekriegt! Diese Scherben kehren wir jetzt auf!)

- Herr Petelkau, das Problem ist: Sie haben gar keine Ahnung, wovon Sie gerade reden, dass Sie tatsächlich an der Stelle nicht einmal merken, dass Sie beauftragen, bereits beschlossene Pläne übereinanderzulegen. Das Einzige, was Sie heute beschließen, ist, die Verwaltung zu beauftragen, Pläne nebeneinanderzulegen, die beschlossen sind.

(Zuruf: Übereinander!)

- Übereinander. Dann legt sie übereinander.

Zum ÖPNV-Bereich: Die Fahrgäste der Sardinienbüchse Linie 1 werden es Ihnen danken, weil für die passiert rein gar nichts mit diesem Beschluss heute. Der ÖPNV hat doch in Köln kein Beschlusdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Das ist auch das, was wir die ganze Zeit hier diskutieren.

Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben im September noch angekündigt, bis Ende letzten Jahres Bedarfsfeststellungsbeschlüsse für die Planung Zündorf-Süd, Mülheim-Süd, Stammheim-Flittard vorzulegen. Passiert ist davon gar nichts. Wir haben kein Problem der Erkenntnis und der Beschlüsse, was wir machen wollen, sondern wir müssen das endlich einmal umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Blome ist uns jetzt seit einem Jahr schuldig, in der Roadmap zu hinterlegen, wie die Umsetzung dieser Maßnahmen mit Personal unterlegt wird. Jetzt wollen Sie noch einmal dargelegt haben, wie viel Personal es eigentlich nur für die Pläne braucht. Wir sind doch schon längst viel weiter im ÖPNV-Bereich in Köln. Das ist heute wirklich eine bittere Nebelkerze - die nächste, die gezündet wird.

Ich kann nicht verstehen, dass dort irgendwelche Rheinpendel-Ideen hineinkommen sollen und dass irgendwie die Linie 13 jetzt noch umgestoßen werden soll. Denn wir haben folgendes Problem: Wenn Sie das ernst meinen - Sie schreiben etwas von der „Basis für eine nachhal-

tige Verkehrsentwicklungsplanung“ -, dann hieße das, dass man nicht die Planung des letzten Jahrtausends macht, nämlich nur für den ÖPNV-Bereich jetzt einen Plan aufstellt, sondern dass man über alle Mobilitätsträger hinweg ein abgestimmtes nachhaltiges Verkehrsplanungssystem in Köln implementiert.

Jetzt erzähle ich allen etwas, die nicht im Verkehrsbereich sind: Für Herrn Bürgermeister Wolter müsste das heute ein ganz bitterer Antrag sein. Sie laufen nämlich seit einem halben Jahr durch diese Stadt und sagen: Köln braucht ein SUMP. Was ist das? - Das ist ein Plan, der steht im rot-grünen Papier *Köln mobil 2025*. Dort ist als Abschlussempfehlung hineingeschrieben: Es braucht einen nachhaltigen urbanen Mobilitätsplanungsstandard für diese Stadt.

Den müssen wir gar nicht erfinden, damit müssen wir Frau Blome nicht beauftragen, sondern wir müssen ins Agnesviertel fahren. Dort sitzt das Beratungsinstitut, was den EU-Standard dafür entwickelt hat. Das ist EU-Standard der EU-Kommission, der in ganz Europa angewendet wird, und zwar für alle Ebenen - sowohl für die Zu-Fuß-Gehenden, für die Radfahrenden, für ÖPNV und für das Auto. Es gibt einen abgestimmten europaweiten Kreislauf. Den nutzen Sie nicht. Es wäre das Allerleichteste, zu sagen: Wir beauftragen die Stadtverwaltung, einen SUMP für Köln zu implementieren. Heute fallen Sie inhaltlich Jahrzehnte dahinter zurück. Deswegen ist das reiner Stillstand. Auch da zitiere ich wieder den *Stadt-Anzeiger*:

„Allein das Rumgeeiere um die Einrichtung einer Expressbus-Spur auf der Aachener Straße [...] zeigt jedoch“,

dass Ihr Flickwerk da an Grenzen stößt.

Wir bieten Ihnen an, zu sagen: Wir ziehen diesen Antrag zurück. Sie haben jetzt den Erkenntnisgewinn. Herr Wolter konnte sich offenbar in der Antragsberatung nicht durchsetzen. Wir sind viel weiter in Köln. Wir stellen einen SUMP auf. Damit könnten wir tatsächlich Köln voranbringen. Heute beschließen Sie, die Verwaltung zu beauftragen. Das ist leider ein weiteres Trauerspiel Ihrer Verkehrspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache das hier vom Platz aus.

Der Antrag ist relativ unspektakulär. Ich glaube, man muss sich darüber nicht so aufregen. Ich will jetzt nicht sagen, es lohnt sich nicht, nach vorn zu gehen, aber es ist schon so, dass das Meiste, was darin steht, lange beschlossen ist und schon lange getan wird.

Es gibt einen Aspekt, den man freundlich begleiten kann. Das ist der letzte, in dem gesagt wird: Die Verwaltung soll bis 2020 darstellen, was sie an Personal und Geld für die Verkehrswende und natürlich für die Verknüpfung braucht. Das passiert aber, und das wissen die Antragsteller auch. Das passiert im NVR, das passiert bei der Stadt, das ist am Montag in der Bahnknoten-Konferenz passiert. Diese Aspekte sind eigentlich schon etwas überflüssig an diesem Antrag, aber man kann dem wie gesagt in dem Sinne zustimmen, dass man der Verwaltung noch einmal bestätigt, was sie aber mit Sicherheit auch schon weiß, dass das alles sehr wichtig ist.

Wir freuen uns darüber, wenn die Verwaltung uns darlegen kann, was sie für Personal und Finanzen braucht. Insofern stimmen wir dem Antrag mit wenig Leidenschaft zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ja, leider muss ich die Stimmung so treffen wie die beiden letzten Redner, was diesen Antrag angeht. Es war ja angekündigt, und es hieß dann immer: Jetzt kommt der große ÖPNV-Antrag für Köln. Da habe ich gedacht: Boah, du musst dabei sein. Machen wir erst Flittard oder kommt Zündorf, oder was machen wir jetzt mit Rondorf Nord-West? Wie bringen wir die Dinge hintereinander? - Dann habe ich den Entwurf gesehen und habe mir gedacht: Das ist es eigentlich nicht, was uns hier in diesen Fragen weiterbringt.

Ich muss auch sagen: Liebe Antragsteller, für wie doof haltet ihr die Verwaltung eigentlich? Was soll das Übereinanderlegen von Plänen für einen Erkenntnisgewinn bringen? Braucht die Verwaltung eine Anleitung, uns als Politik zu sagen, was sie für Planungskapazitäten braucht? - Das Einzige, was doch dieser Antrag bringt, ist, dass es wieder Aufwand ist, Zeit kostet und im Grunde

Kapazitäten bindet, die doch bitte für die Projekte genutzt werden.

Mir ist es mittlerweile völlig egal, wo wir das KVB-Netz erweitern. Mir ist es egal, ob das erst in Flittard oder erst in Zündorf oder erst in Rondorf geschieht. Hauptsache, das KVB-Netz wird erweitert. Das ist doch die Aufgabe, die wir haben.

(Beifall bei der FDP)

Dafür braucht die Verwaltung unsere volle Rückendeckung.

Es gab mal eine schöne Persiflage im Stadtentwicklungsausschuss: das *Konzepte-Konzept*, womit man immer wieder untersucht und immer wieder alle Sachen übereinanderlegt und die Verwaltung damit lähmt. Vielleicht kann die Dezernentin dazu etwas sagen. Ich glaube auch, dass wir in der Frage weiter sind. Ich glaube auch, dass die Verwaltung nicht so schlecht ist, wie dieser Antrag es ihr entsprechend unterstellt. Ich glaube, dass wir weiter sind in diesen Fragen und uns dieses Übereinanderlegen und diese Untersuchung sparen können und lieber zu den konkreten Planungen kommen. Wenn die KVB sagt, dass das Geld eigentlich da ist, nur leider in Köln kein Plan fertig in der Schublade liegt, und die Bayern sich ein Loch in den Bauch freuen, weil sie das ganze Geld kriegen, was wir hier nicht abfordern - darum muss es gehen, dass wir möglichst schnell zu Potte kommen und die nächsten Projekte voranbringen.

Ich würde mich freuen, Frau Blome, wenn Sie dem Rat das gute Gefühl geben, dass die Verwaltung dort gute Arbeit leistet und uns die entsprechenden Entscheidungen vorlegt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth noch kurz. Anschließend würde ich gern Frau Blome das Wort geben.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es auch nur kurz.

Tobias hat vorhin von der umfangreichen, artigen Zusammenarbeit mit Schwarz und Grün gesprochen. Wenn es darum geht, dass das das Ergebnis ist, dann habt ihr ungefähr eine Viertel-

stunde artig zusammengearbeitet. Inhaltlich kann ich da nicht mehr erkennen.

Ich möchte das auch noch gern pointiert ausführen. Ihr macht auch Stockfehler in dem Antrag. Wenn ihr schon in der Begründung hineinschreibt:

„Dazu bedarf es einer grundsätzlichen Analyse sowie der bestehenden als auch der geplanten Schienennetze“,

dann schreibt das doch auch in die Beauftragung. Darin steht es eben nicht. „[...] die bisher vorliegenden Konzepte und Pläne [...] aufeinander abzustimmen“ - das ist keine Analyse, das ist ein Aufeinanderlegen.

Es ist nämlich, ehrlich gesagt, gar nicht so einfach, eine Analyse zu machen. Wir haben im letzten Jahr dazu einmal gefragt, wann und wo die Busse und Bahnen der KVB besonders ausgelastet sind. Dazu gab es eine ganz prägnante Antwort der Verwaltung, unter anderem neben einigen Zahlen, aber es sind insgesamt nur zwei Sätze:

„Eine detaillierte Auflistung der Kapazitäten von Straßenbahnen und Bussen differenziert nach Tageszeiten und Linien liegt der Verwaltung nicht vor.“

„Warum nicht?“, könnte man jetzt an zweiter Stelle fragen.

Also: Die Analyse ist das Entscheidende, und die nehmt ihr noch nicht einmal in die Beauftragung hinein. Deswegen: Sorry, so einem dünnen Antrag kann man echt nicht zustimmen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, was dagegen für Bedenken bestehen, hier die Dinge wirklich einmal übereinanderzulegen. Die Verwaltung befürwortet das, da wir nämlich nach Jahren der verkehrlichen Stagnation jetzt vieles haben. Wir haben den Bahnknoten, wir haben regionale Anbindungen, wir haben die ÖPNV-Roadmap, wir haben Bahnsteigerweiterungen, wir haben Kapazitätserweiterungen. All das einmal übereinanderzulegen und dann genau zu schauen, wie denn die Verknüpfungspunkte sind, wie wir an diesen vorhandenen Verknüpfungs-

punkten intelligente Erweiterungen noch vornehmen können, halte ich für sehr vernünftig. Die Verwaltung möchte das auch gern tun.

Eine Bemerkung noch, Herr Pöttgen: Ich bin Ihnen keinesfalls schuldig, für die ÖPNV-Roadmap irgendwelche Personalbedarfe vorzuführen. Diese Personalbedarfe werden ganz normal in der Verwaltung über die Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin im Stellenplan abgebildet und sind auch alle darin. Schauen Sie bitte in den Stellenplan, dann werden Sie die Stellen, die wir hier auch separat im Anmeldeverfahren auf die ÖPNV-Roadmap auszeichnen, sehen. Dazu bin ich Ihnen tatsächlich keinen eigenen Bericht schuldig. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von der FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betreffend „Familienfreundliches Köln - Kita von 3 - 6 Jahren endlich beitragsfrei“ AN/0076/2019

Dazu gebe ich Herrn Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Ist heute ein Glückstag für viele Kölner Familien?“, so titelte eine große Kölner Tageszeitung heute. Wir sagen: Ja, kann.

Sie wissen wahrscheinlich, die SPD kämpft schon seit vielen, vielen Jahren für die Beitragsfreiheit der frühkindlichen Bildung. Jetzt haben wir eine weitere Chance. Ausgangspunkt ist das Gute-KiTa-Gesetz von der Bundesbildungsministerin Franziska Giffey, das mehrere Milliarden im Jahr bundesweit zur Verfügung stellt und allein in Nordrhein-Westfalen eine Summe von etwa 1,3 Milliarden Euro pro Jahr für die nächsten Jahre initiiert. „Initiiert“ heißt, es wird aufgeteilt auf Bund, Land und Kommune.

Die großen Stichworte, die jetzt durch dieses neue Gesetz initiiert werden, sind einmal die bekannte KiBiz-Lücke, Personal, Öffnungszeiten, Investitionen, Platzzusagen, Sprachförderung und natürlich die Beitragsfreiheit.

Wir als Sozialdemokraten sehen gerade die Basis in drei Säulen. Die erste Säule sind die Plätze, die natürlich da sein müssen. Ohne die läuft nichts. Da haben wir in Köln einiges getan und sind auch froh darüber. Beabsichtigt ist, dass es eine Platzzusage der Landesregierung geben soll. Das Gesetz ist noch nicht da. Wir hoffen, dass es zügig verabschiedet wird.

Zum Thema Qualität: In Köln sind wir natürlich auch schon einige Schritte gegangen. *KitaPlus* nenne ich da. Die weitere Initiative über den Bund über die praxisintegrierte Ausbildung wird Kapazitäten schaffen.

Wir haben im Bereich der Qualität die Öffnungszeitenflexibilisierung. Wir haben in Nordrhein-Westfalen pro Jahr 100 Millionen Euro extra für Sachinvestitionen geplant. Wir haben Sprachförderung und vieles mehr. Wir haben ein riesiges Paket, was in die Qualität kommt oder kommen kann - der größte Teil der Investitionen oder der größte Teil dessen, was im Bildungspaket ausgelöst wird. Für Nordrhein-Westfalen sind das pro Jahr etwa 1 Milliarde Euro. Das kann, wenn es so verordnet wird, in Qualität gehen.

Der kleinste Teil oder ein kleiner Teil - etwa 200 Millionen Euro für Nordrhein-Westfalen - kommt vom Bund für die Beitragsfreiheit. Das Ministerium von Minister Stamp hat auch richtig dazu gesagt: Wir geben das Geld nur weiter, wir sind nicht Initiator dieses Geldes, was die Kitabefreiung angeht.

Wir sind eine kinderfreundliche Kommune. Wir haben das einstimmig letztes Jahr beschlossen. Auf diesen dynamischen Weg gehört die dritte Säule, nämlich die Beitragsfreiheit, nach unserer Vorstellung der Sozialdemokraten unabdingbar dazu. Das zusätzliche Geld, also das Landesgeld, das schon seit vielen Jahren in der Diskussion ist und hier auch vor einem Jahr genehmigt wurde - wir hatten 18 Monate damals beantragt, das hatten wir kurzzeitig, es ist weggenommen worden -, dieses Geld inklusive das des Bundes würde für zweimal 18 Monate, sprich 36 Monate, also für drei beitragsfreie Jahre ausreichen, ohne dass in diesem Bereich der städtische Haushalt angetastet werden muss.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung mit

dazugehört. Umgekehrt, liebe Kolleginnen und Kollegen, käme niemand auf die Idee, in Grundschulen, in weiterführenden Schulen für den Bereich Plätze und/oder Qualität Beiträge zu fordern, aber genau das geschieht in der Kita. Hier müssen Beiträge gezahlt werden. Wir finden, das ist ein Unding. Beitragsfreiheit von der frühkindlichen Bildung bis zum Studium muss gewährt sein.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie damals auch oft gesagt: Natürlich werden wir Beitragsfreiheit machen, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. - Die Rahmenbedingungen haben sich jetzt geändert. Sie sind da. Also stehen Sie zu den Worten, die Sie damals genannt haben.

Kinderfreundlichkeit ist auch ein wichtiger Standortfaktor für unsere Wirtschaft. Schauen Sie auf diese Karte.

(Der Redner hält eine Grafik mit der Überschrift „Kita-Gebühren im Städtevergleich“ hoch)

Wenn man die Großstädte oder einige davon miteinander vergleicht, sieht man, dass Köln eine der teuersten Städte ist. Das ist ein Standortfaktor, der sich für Fachkräfte gerade im mittleren Einkommensbereich negativ auswirkt.

Was Düsseldorf und unsere umliegenden Städte können, das können wir allemal, nämlich Beitragsfreiheit.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir 600 Millionen Euro für die Oper investieren - ich komme zu meinen letzten Sätzen, Frau Oberbürgermeisterin - und keinen Cent für die Entlastung der Eltern, dann läuft irgendetwas grundsätzlich schief in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Wir als Sozialdemokraten sehen nicht ein, dass Familien mit ganz normalen Einkommen für die Bildung ihrer Kinder zahlen müssen. Das ist kein Populismus, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist einfach nur Gerechtigkeit. - Vielen Dank. Ich hoffe, dass Sie dem zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben hat das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte ich an eine frühere Debatte über die Beitragsfreiheit erinnern, die wir hier hatten. Eine große Fraktion hatte einmal beantragt, ein Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen und das aus kommunalen Mitteln zu finanzieren. Die damalige Ratsmehrheit hat dies leider abgelehnt, und die größte Fraktion dieses Mehrheitsbündnisses hat durch ihren Fraktionsvorsitzenden erklärt, dass das alles ein Wahlkampfgegag sei und dass die Beitragsfreiheit nur zusammen oder durch die Unterstützung des Landes erfolgen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo Martin Börschel recht hat, hat er recht. Das muss ich hier auch gestehen. Der Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2008, das dritte Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen, ist nur durch die Unterstützung des Landes möglich. Die Meinung teile ich ganz ausdrücklich.

Ich bin an der Stelle der früheren Landesregierung auch dankbar, dass sie die Kommunen in die Lage versetzt hat, ein Kita-Jahr, nämlich das dritte, beitragsfrei zu gestalten.

Ich freue mich genauso, dass die aktuelle Landesregierung uns nun in die Lage versetzt, das zweite Kita-Jahr beitragsfrei zu gestalten.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Wir wären ja in der Lage, alle drei daraus zu machen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde mich auch freuen, wenn diese oder eine andere Landesregierung - ich persönlich finde am schönsten diese - die Kommunen in die Lage versetzen wird, dass wir auch das erste Kita-Jahr beitragsfrei gestalten können. Ich glaube, darüber besteht ein großer Konsens. Aber ich und meine Fraktion glauben nicht, dass wir aus kommunalen Mitteln ein komplettes Kita-Jahr hier frei finanzieren können - Klammer auf: und wir wissen auch noch nicht so genau, welche Kosten dabei entstehen. Das schaue ich mir auch gern vor einer finalen Festlegung noch einmal an, aber die Frage wird nicht hier und heute im Rat gelöst, sondern wir werden noch eine Fachdebatte - vielleicht auch fakten- und zahlenbasiert - führen können.

Zu den Ausführungen des Kollegen Heinen - das darf ich noch sagen -: Ich finde das alles ganz in Ordnung. Ich darf nur an Folgendes erinnern: Wenn man jetzt liest und hört, was das Land oder die Stadt alles machen sollte, dann möchte ich nur freundlich und auch nicht despektierlich

sagen, ob die Bilanz der damaligen Landesregierung von 2010 bis 2017 Ihren Ansprüchen genügt, das müssen Sie, liebe Genossinnen und Genossen, selbst entscheiden und selbst diskutieren. Sie hatten eine ausreichende Regierungszeit, nicht nur ein Jahr, sondern zwei oder drei Jahre umzusetzen. Deshalb finde ich es persönlich immer etwas einfach, wenn man keine Verantwortung trägt, all das zu fordern, was man selbst nicht umgesetzt hat. Aber das ist mein persönlicher Geschmack.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Wir tragen jetzt die Verantwortung in Berlin, und daher kommt das Geld! Erzähl das doch auch!)

Wenn wir uns aber anschauen, was vielleicht noch wichtiger als die Beitragsfreiheit ist - das ist zumindest meine Meinung und die Meinung meiner Fraktion und von Eltern, mit denen wir uns unterhalten -: Natürlich wird sich keiner gegen Beitragsfreiheit stellen, wenn wir das können, aber wichtiger ist für uns die Anzahl der Plätze, also die Quantität und die Qualität. Ralf Heinen hat richtige Aspekte der Qualität genannt. Diese stehen für uns an erster Stelle und, wie ich glaube, für die Eltern in dieser Stadt auch.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Dann beschließt es doch! Das Geld ist jetzt da!)

Ich darf an der Stelle auch sagen: Für 24 000 Eltern gibt es schon jetzt Beitragsfreiheit. Es ist also nicht so, als ob das überhaupt nicht vorhanden wäre. Aber die Qualität der Betreuung ist für uns ein zentralerer Aspekt.

Wenn wir uns schon mit den Beiträgen generell beschäftigen wollen, dann darf man vielleicht auch nicht immer nur auf die drei Jahre vor der Einschulung schauen, sondern dann müsste man genauso einmal darüber diskutieren, wie denn die Beiträge in der U3-Betreuung aussehen.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Denn 636,38 Euro sind auch für Schwerstverdienende sicherlich ein erklecklicher Betrag, den man im Monat aufbringen muss. Auch darüber können wir gern im Fachausschuss eine entsprechende Debatte führen, wie das ausschaut. Dazu gehört aber auch, dass wir uns die in Köln - wie ich finde - doch ungerechte Beitragsstaffel in der Summe und -

(Andreas Pöttgen [SPD]: Die habt ihr doch erst letztes Jahr beschlossen!)

- die Friktionen und Sprünge anschauen. Auch das nehmen wir gern mit in die Diskussion. Zu sagen: „Wir machen jetzt einmal ein Jahr, und nehmen mal das erste, weil das noch fehlt, aber U3 schauen wir uns nicht an“, das ist uns zu einfach.

Dann vielleicht noch zum Schluss meiner Rede zu einem logischen Fehler in Ihrem Antrag: Den ersten Absatz habe ich verstanden. Dann sagen Sie im zweiten Absatz: Dann ändern wir die Elternbeitragsatzung, und dann prüfen wir, ob dadurch noch finanzielle Spielräume entstehen. - Ich darf Ihnen schon einmal sagen: Wenn Sie die Elternbeitragsatzung ändern, entstehen erst einmal gar keine finanziellen Spielräume. Sie meinen wahrscheinlich: Wie kann man noch zusätzliches Geld für die U3-Betreuung berücksichtigen, um dort die Gebühren zurückzufahren? So verstehe ich den zweiten Teil zumindest. Denn wenn man die Elternbeitragsatzung ändert, schafft man keine weiteren finanziellen Spielräume. Das meinen Sie vermutlich nicht.

Meine Damen und Herren, Sie haben es gehört: Wir sind nicht von der Umsetzung dieses Antrags begeistert und setzen andere Prioritäten. Wenn ich es richtig sehe, werden wir heute nicht darüber entscheiden, sondern die Diskussion weiterführen. Das machen wir gern - hoffentlich faktenbasierter als bisher. Wenn Sie aber hier und heute eine Antwort haben wollen, sage ich Ihnen, dass die Prioritäten meiner Fraktion und meine Prioritäten an anderer Stelle und nicht notwendigerweise bei der Beitragsfreiheit liegen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Kessing hat jetzt das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Damen und Herren! In der letzten Woche hat hier an der gleichen Stelle der Jugendhilfeausschuss getagt, und dieser Ausschuss ist ja ein besonderer Ausschuss. Dort sitzen nicht nur die Ratspolitikerinnen und -politiker, sondern auch die Experten und Expertinnen aus den Verbänden, die Träger. Das ist etwas, was sich viele Bürgerinnen und Bürger auch in anderen Ausschüssen vorstellen können.

Wir haben in der letzten Woche eine ganze Menge auf den Weg gebracht. Wir hatten der Verwaltung die Umsetzung des politischen Ver-

änderungsnachweises vorgelegt. Wir haben 1 Million Euro zugesetzt, und wir haben das zugesetzt vor allem in Qualität. Wir haben eine Schülerfreizeitkarte auf den Weg gebracht. Die Verwaltung sicherte uns auch zu, dass das bis zum Sommer klappen wird. Vielen Dank dafür!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir haben Jugendhilfeeinrichtungen neu an den Start gebracht, wir machen eine Übermittagsbetreuung und bieten mehr Angebote in dieser Richtung. Wir unterstützen auch Familienhäuser. Wir haben dort einen wunderbaren Gleichklang von Qualität und Quantität mit einer hohen Einvernehmlichkeit. Ein guter Weg auch in der Debatte mit den ganzen Trägerinnen und Trägern.

Das Gute-KiTa-Gesetz war im letzten Jugendhilfeausschuss nur eine Randnotiz. Die FDP-Fraktion fragte: Was bedeutet das denn jetzt für Köln? - Eine berechtigte Frage. Die Antwort liegt uns noch nicht vor. Ich glaube, dass Ralf Heinen, den ich persönlich auch schon lange kenne, ein gut informierter Mensch ist. Ich gehe davon aus, dass er auch schon zu dem Zeitpunkt wusste, dass das Gute-KiTa-Gesetz beschlossen ist. Das Thema Beitragsfreiheit spielte im Jugendhilfeausschuss keine Rolle und ereilt uns heute.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das ist Zufall!)

- Ja, das ist reiner Zufall.

Vielleicht liegt es auch daran: Hätten wir es im Jugendhilfeausschuss schon diskutiert, wäre deutlich geworden, dass dieses Gesetz doch nicht nur mit einem Hohelied auf die Qualität und andere Sachen begleitet worden ist, sondern dass es im parlamentarischen Prozess eine ganz heftige Debatte gegeben hat, nämlich um folgende Fragen: Was ist Inhalt dieses Gesetzes? Welchen Stellenwert hat Qualität? Definieren wir Mindeststandards in den Betreuungsschlüsseln für alle oder tun wir das nicht?

Es wird immer gemunkelt, dass vor allem die SPD-geführten Länder auf Beitragsfreiheit gedrungen haben und das Thema Qualität etwas weiter nach hinten gerutscht ist. Ich war nicht dabei, ich habe jetzt auch nicht alles recherchiert, aber lassen wir das einmal hintangestellt.

LINKE und Grüne haben auch deswegen im Bundestag noch einmal einen Antrag gestellt, dass Personalstandards festgeschrieben werden sollten, und sind damit gescheitert.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass Kinder nicht nur Freude machen. Manchmal machen sie auch ein bisschen Sorge. Aber Fakt ist auch: Kinder kosten Geld. Ich habe großes Verständnis dafür, dass Eltern sagen: Ich möchte, dass die Kita genauso beitragsfrei ist wie die Schule. Ich verstehe das umso mehr, je geringer das Familienbudget ist. Ich frage mich allerdings, ob wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt die richtigen Prioritäten setzen. Gerade Kinder, die aus einkommensschwachen, aus sozial benachteiligten, armutsgefährdeten Familien kommen, profitieren besonders gut von Qualität. Deswegen setzen wir auch hier den Fokus, weil wir gerade von dieser Bevölkerungsgruppe wissen, dass sie das Geld nicht hat, die Musikschule oder dieses und jenes zu finanzieren. Die Familien profitieren besonders davon.

Gute Betreuungsschlüssel machen gerade in diesem Bereich fast ein Jahr Entwicklungsmöglichkeit bzw. Entwicklungsvorsprung aus. Ich finde, das ist ein Potenzial, das wir heben sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben in der Presse gelesen, ich habe mich ein bisschen über das Verfahren aufgeregt. Ich würde jetzt dafür plädieren, dass wir diesen Antrag in den Fachausschuss schieben. Dann haben Sie nämlich auch noch bis zum 19. März Zeit, eine ganz wesentliche Frage zu beantworten: Das Gute-KiTa-Gesetz - wie es denn heißt - hat ein wunderbares Manko. Da muss ich jetzt der Begründung widersprechen - ich bin jetzt auch ganz schnell -:

„Durch das Gute-Kita-Gesetz steht hierfür nun das notwendige Geld zur Verfügung.“

- Ja, für vier Jahre.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Länger kann keine Bundesregierung eine mittelfristige Finanzplanung aufstellen!)

Und dann? Was machen wir 2022? Dann zahlen die Kommunen?

Lieber Ralf, du kannst doch nicht meinen, dass das ein wirklich guter Vorschlag ist. Wir müssen jetzt für Qualität und Quantität streiten. Ich hoffe, dass ihr euch im Fachausschuss auch wieder an unsere Seite stellt. Schön wäre es.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe die weiteren Wortmeldungen. Allerdings habe ich das als Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung wahrgenommen. So habe ich es verstanden. - Heute kommt es auch nicht mehr darauf an. Bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn dieser Antrag in den Jugendhilfeausschuss verwiesen wird, können wir auch damit leben. Wir werden ihn aber unterstützen. Wir werden also für ihn stimmen.

Es ist sicherlich eine Frage, wie man Qualität und Ausbau von Plätzen auf der einen Seite und Beitragsfreiheit auf der anderen Seite jeweils gewichtet. Nur haben die sozialen Verhältnisse dieser Stadt auch ihr Eigengewicht und ihre eigene Dynamik. Wir haben eine große, hohe soziale Spaltung in dieser Stadt. Der Lebenslagen-Bericht, an dem die Stadt Köln arbeitet, wird dies zutage fördern.

Es geht nicht nur darum, dass Menschen mit mittlerem oder geringerem Einkommen hohe Kita-Beiträge bezahlen müssen. Das sind doch ganz kräftige Beiträge. Bei einem Jahresverdienst von 36 000 Euro für ein Ehepaar sind es monatlich rund 40 Euro für eine Vollversorgung, die ja benötigt wird.

Es geht auch darum, dass Kitas sozial gut gemischt sein sollen und nicht diejenigen, die mehr verdienen - beispielsweise bis zu 78 000 Euro im Jahr oder mehr als Ehepaar; mit 75 000 Euro ist man noch kein Großverdiener, würde ich einmal sagen -, einen Anreiz haben, ihre Kinder in private Kitas zu schicken. Das tut den Kitas als öffentlichen Bildungseinrichtungen nicht gut.

Deswegen unterstützen wir es auch, dass zum einen die Gebühren für die Kinder ab drei Jahren abgeschafft werden sollen und dass zum anderen geprüft werden soll, ob für die U3-Betreuung die Beiträge gesenkt werden können, mit der Perspektive, ebenfalls abgeschafft zu werden, aus gesellschaftspolitischen Erwägungen. Über die Details der Finanzierung kann man sich ja auch im Jugendhilfeausschuss noch einmal unterhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Kockerbeck. - Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren von der SPD, herzlichen Dank für Ihren Antrag. Sie wissen ja, dass auch die FDP schon länger die Beitragsfreiheit immer wieder aufs Tableau gebracht hat. Allerdings gibt es bei diesem Thema Unterschiede zwischen der SPD und der FDP. Ich möchte Ihnen das hier auch ganz klar darlegen.

Erstens rechnen Sie anders als wir. Auch schon damals, als wir gemeinsam die 18 Monate beschlossen haben, habe ich Herrn Börschel eine andere Rechnung vorgelegt, und er musste der FDP zustimmen. Dementsprechend möchte ich auch heute mit Ihnen ein bisschen anders rechnen.

Sie haben dargelegt, die komplette Beitragsfreiheit, die jetzt vielleicht auch für Köln kommen könne, sei dadurch möglich, dass die Bundesregierung aus CDU und SPD das Gute-Kita-Gesetz verabschiedet habe. Ja, dass es nach der Debatte verabschiedet wurde, ist gut. Wir freuen uns auch sehr darüber, dass das Geld an die Länder weitergegeben wird, sodass wir weitere Plätze schaffen können und auch die Qualität ausbauen können. Die Beitragsfreiheit war da aber, wie die Kollegin Kessing gerade schon richtig erläutert hat, gar nicht so richtig Thema bzw. man war sich nicht einig.

In der Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen hat dagegen mein FDP-Minister Joachim Stamp mehr erreicht, als ich persönlich ursprünglich gedacht hätte.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich sehr darüber. Das Ganze ist auch sehr solide.

Wir haben 2017 sofort ein Kita-Träger-Rettungsprogramm aufgelegt - das hat Rot-Grün sieben Jahre lang in NRW versäumt -,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

sodass wir in NRW die Kitas wieder finanzieren können.

Jetzt hat er weiteres Geld für einen weiteren Ausbau von Plätzen und Qualität freigegeben. Wir nennen es die Brückenfinanzierung. Auch das haben Sie nicht geschafft.

Sie haben die Evaluierung von KiBiz ausgesessen, obwohl Sie sie jahrelang zu Recht gefordert haben. Aber wir machen sie jetzt.

Joachim Stamp hat schon in dieser kurzen Zeit mehr geschafft, als ich für realistisch gehalten hätte.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist toll und eine super Geschichte. Und jetzt müssen wir gucken, wie wir in Köln damit umgehen.

Ja, es ist richtig; neben der Platzerhöhung und der Qualitätssteigerung in unseren Kitas wird ab 2021 - das muss man hier auch noch einmal betonen: ab 2021 - das zweite Kindergartenjahr beitragsfrei.

Sie machen als SPD jetzt hier einen Schnellschuss - unsolide berechnet, keine Zahlen dargestellt - und fordern, den Kita-Besuch sofort beitragsfrei zu stellen. Das sehe ich anders.

Ich bin ja irgendwo bei Ihnen. Ich will mit Ihnen vielleicht auch dahin kommen. Folgerichtig habe ich für die FDP eine Anfrage im Jugendhilfeausschuss gestellt und der Dezementin - und natürlich auch der Kämmerin - mit auf den Weg gegeben: Bitte rechnet bis zu unseren Haushaltsberatungen, bis zum Sommer, und legt dem Jugendhilfe und dem Finanzausschuss vor, was uns das kosten würde.

Sie sagen, der Bund werde das komplett bezahlen. Die Rechnung habe ich noch nicht. Das sehe ich leider noch nicht. Ich bin aber dabei, diesen Weg mit Ihnen zu gehen - aber solide und ordentlich.

Denn mir ist eines wichtig, was auch die Kollegin von den Grünen gesagt hat: Ich möchte das dann langfristig haben. Ich möchte den Kölner Eltern nicht 2022 sagen müssen: Pustekuchen! Drei Jahre lang war es schön. Jetzt fangen wir wieder mit Beiträgen an; ihr müsst wieder zahlen. - Wenn, dann muss eine Beitragsfreiheit auch langfristig gelten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Daher wollen wir solide mit Ihnen rechnen. Dementsprechend appelliere ich an Sie: Lassen Sie uns diesen Weg gehen. Lassen Sie uns das ordentlich berechnen. Lassen Sie uns schauen, was machbar ist. Wenn es möglich ist, kriegen wir es hin.

Vielleicht ist nur eine Senkung der Beiträge möglich. Auch daran kann man herangehen. Die CDU hat das gerade auch schon gesagt. Die

Beitragsstaffelung werden wir uns weiter ansehen.

Warten Sie das Ergebnis der Anfrage im JHA ab. Lassen Sie uns dann gemeinsam die Antwort der Verwaltung intensiv diskutieren, schauen, was möglich ist, und dann eine solide Beitragsfreiheit für die Eltern hier gestalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat sich jetzt doch noch entschlossen, zu reden. Aber vorher ist Herr Boyens dran, Herr Hegenbarth. Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD und der Ratsgruppe BUNT geht - wieder einmal, muss man sagen - komplett in die falsche Richtung.

Denn Sie wissen erstens genauso gut wie ich, dass heute nicht die Höhe der Kita-Beiträge das Problem ist. Nein, es sind, wie eben auch schon gesagt wurde, die Qualität in den Kitas, also konkret Betreuungsschlüssel, Anzahl der Stellen, Qualifikation und insbesondere auch Bezahlung der Erzieher.

Zweitens wissen Sie genauso gut wie ich, dass das von Ihnen ins Feld geführte Gute-Kita-Gesetz - schon der Name lässt ja zweifeln - von Frau Dr. Franziska Giffey - ich weiß gar nicht, warum Sie bei Ihrer Genossin den Dokortitel weggelassen haben; soviel ich weiß, hat sie ihn noch -, als sie es in den Familienausschuss des Deutschen Bundestages eingebracht hat, dort krachend durchgefallen ist - krachend durchgefallen. Es ist von allen möglichen Seiten kritisiert worden und zerpfückt worden. Dennoch wurde es von der Großen Koalition aus Sozialdemokraten und, fast möchte man sagen, den neuen Sozialdemokraten - Ihre Parteivorsitzende hat das ja neulich festgestellt; da gibt es eine ganz große Koalition in Berlin - durchgepeitscht worden.

Drittens stellt das Gute-Kita-Gesetz - auch das wurde eben schon gesagt - die finanziellen Mittel nur bis 2022 zur Verfügung. Danach ist erst einmal Schluss. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, liebe Genossen, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Köln dann zu erklären: Das Geld gibt es nicht mehr.

Und schließlich: NRW wird ein weiteres Kita-Jahr beitragsfrei stellen. Das ist schon eine erhebliche

Besserstellung der Familien in Köln. Ich denke, dabei sollten wir es auch erst einmal belassen.

Wir sind im Übrigen der Meinung, dass Qualität ihren Preis hat und eine pauschale Beitragsbefreiung, wie Sie sie sich wünschen, der falsche Weg ist.

Eines sei noch hinzugefügt: Ihr Antrag verkennt komplett die dunklen Wolken, die sich am Himmel der Konjunktur zusammenbrauen. Frau Stadtkämmerin hat auch darauf hingewiesen. Unser Bundesfinanzminister Scholz erwartet 2023 eine Haushaltslücke von 25 Milliarden Euro, also just genau dann, wenn über die weitere Finanzierung dieses Gute-Kita-Gesetzes in Berlin beschlossen werden müsste. Und Köln zählt zu den 30 Prozent der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die es trotz Rekordsteuereinnahmen heute immer noch nicht geschafft haben, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Und mit diesem Wissen wollen Sie jetzt hier weitere Wohltaten aus dem Füllhorn ausschütten.

Im Übrigen - auch das sei an dieser Stelle erwähnt - befindet sich der größte Arbeitgeber in Köln, die Ford-Werke AG, in einer ganz schweren Krise, in ganz schwerem Fahrwasser. Das kann und darf uns hier als Politik und als verantwortlich handelnde Politiker nicht kaltlassen.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist es einfach nur unverantwortlich, den Bürgern weiterhin finanzielle Wohltaten in Aussicht zu stellen, die nicht nachhaltig finanziert sind. Die nicht nachhaltige Finanzierung ist übrigens eine Spezialdisziplin der Sozialdemokraten. Deshalb lehnen wir als AfD diesen Antrag ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen, war das eine Meldung zu einer Zwischenfrage?

(Andreas Pöttgen [SPD]: Zweite Runde!)

- Zweite Runde? Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier reden jetzt schon alle, obwohl ein Verweisungsantrag gestellt worden ist. Ich bin nicht dafür, dass wir nun auch noch eine zweite Runde machen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe jetzt noch Herrn Hegenbarth und Herrn Zimmermann auf der Rednerliste stehen.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich kann das auch von hier unten machen.

(Zuruf)

- Ja, gerne. Ich tue auch Ihnen gerne einen Gefallen. - Wirklich ein bisschen ärgerlich finde ich in dieser Diskussion, dass Quantität und Qualität gegenüber der Beitragsfreiheit ausgespielt werden. Damit unterstellen Sie den vielen, vielen Kommunen und auch Bundesländern in der ganzen Republik, dass sie hier Quatsch machen, dass sie hier Unsinn machen.

Ehrlich gesagt, glaube ich eher, dass die umgekehrte Argumentation richtig ist. Die Beitragsfreiheit führt nämlich dazu, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich besser wird. Dann besteht ein höherer Anreiz zur Berufstätigkeit beider.

Was hier auch komplett in der Diskussion untergeht, ist die Tatsache, dass davon in erster Linie Frauen profitieren. Alles das sind ganz wichtige, starke Argumente.

Die Diskussion hier fast ausnahmslos auf Basis eines Rechenbeispiels zu führen, geht wirklich an den Betroffenen vorbei. Deswegen waren wir sehr gerne bei diesem Antrag mit dabei und stimmen selbstverständlich auch dafür. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Da wir nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten sind, möchte ich hier vom Platz aus noch einige Anmerkungen dazu machen.

Wenn ich mir diese Tabellen angucke, sehe ich, dass meine Familie finanziell im Mittelfeld liegt. Wir hatten zwei Kinder in der Kita und haben jetzt noch ein Kind in der Kita. Insgesamt haben wir jetzt sieben Jahre Kita-Erfahrung hinter uns. Ich weiß also schon einiges darüber. Ich bin auch immer noch auf Spielplätzen. Ich spreche auch mit Eltern über diese Gebühren. Insofern möchte ich hier noch etwas aus meiner Lebenserfahrung oder meiner Welt, die ich da habe, mitteilen.

Das Problem ist die U3-Betreuung. Die Kosten dafür tun in der Tat weh. Sie ist einfach richtig teuer. In der Lebenswirklichkeit ist es so, dass die Leute in der Regel nach zwölf bis 15 Monaten beide aus der Elternzeit heraus sind und das Kind, das dann zwischen einem Jahr und zwei Jahren alt ist, möglichst einen Platz in der Kita finden soll, damit alle weiter berufstätig sein können und wieder voll einsteigen können oder zumindest in Teilzeit richtig einsteigen können. Dieses Jahr ist aber das Jahr, das am allerteuersten ist. Das schreckt vielleicht dann auch manche ab.

Den Antrag von SPD und BUNT, die Eltern von den Betreuungskosten ab dem dritten Lebensjahr, also im Ü3-Bereich, freizustellen, halte ich persönlich für einen Schnellschuss. Die immer wieder - auch heute von Herrn Kockerbeck - vortragene Argumentation kann ich auch nicht nachvollziehen. Warum sollen wir diese Millionen oder Milliarden aus Berlin eigentlich den gut verdienenden Eltern geben, indem wir keine Gebühren mehr von ihnen nehmen?

Daher halte ich es für viel angebrachter, als jetzt einen solchen Schnellschuss zu machen, im Jugendhilfeausschuss, wer auch immer da beteiligt ist, einmal eine Gebührentabelle zu erstellen, die vielleicht wesentlich größere Freibeträge enthält, was das Einkommen angeht, nach der Eltern mit hohem Einkommen aber immer noch etwas bezahlen und mit der vor allem der U3-Bereich entlastet wird. Das ist in der Tat wichtig.

Erarbeiten Sie eine vernünftige Tabelle vom zweiten Lebensjahr bis zum Übergang in die Schule, und lassen Sie die wohlhabenderen Eltern noch weiter bezahlen; denn das ist tatsächlich das Qualitätsargument. Wenn Sie wollen, dass wir eine wirkliche Mischung in den Kitas haben, müssen Sie berücksichtigen, dass die Kinder von Eltern mit viel Vermögen nur dann weiterhin in die städtische Kita gehen, wenn sie dort auch eine qualitativ wertvolle Betreuung und einen guten Betreuungsschlüssel vorfinden. Dann lassen diese Eltern ihre Kinder in dieser Kita. Es geht ihnen nicht darum, dass sie unbedingt zwangsweise beitragsbefreit werden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich würde jetzt gerne keine zweite Runde machen. Es gibt einen Verweisungsantrag; das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Sie hatten

alle Gelegenheit, zu sprechen. Und wir sind jetzt nach vier Stunden erst bei Tagesordnungspunkt 3.1.5. Daher müssen wir jetzt bitte wirklich über den Verweisungsantrag abstimmen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wer dem Verweisungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die AfD und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen, und es erfolgt eine Verweisung in den Jugendhilfeausschuss.

Die Tagesordnungspunkte 3.1.6 und 3.1.7 haben wir bereits behandelt.

Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Gruppe GUT betreffend „Unvermeidbare Flüge kompensieren“ AN/0170/2019

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0228/2019

Als Erstem gebe ich Herrn Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der globale Klimawandel verlangt von uns allen alle Anstrengungen, wenn wir die Erderwärmung auch nur ansatzweise in den Griff bekommen wollen.

Neben solchen lokal und bundesweit diskutierten Themen wie Wärmedämmung - dazu haben wir ja ein Programm aufgelegt - und Kohleausstieg bietet ein verändertes Mobilitätsverhalten ebenfalls großes Potenzial, CO₂ einzusparen.

In diesem Zusammenhang spricht das Umweltbundesamt ganz klar vom Fliegen als der klimaschädlichsten Art, sich fortzubewegen. Das Umweltbundesamt hat sich neue Leitlinien gegeben. Übrigens fliegt auch die Bundesregierung - bis herunter auf Ministerebene - nach diesen neuen Leitlinien. Sie kompensieren etc. Das sollten wir in Köln auch tun. Dazu komme ich später.

Unser Antrag ist zweigeteilt. Zum einen wünschen wir uns die Erstellung von neuen Leitlinien bezüglich der Dienstreisen. Klimaschutzaspekte sind bislang nicht in diese Leitlinien aufgenommen; sie werden überhaupt nicht erwähnt.

Das Umweltbundesamt hat mit seinen Leitlinien bereits eine gute Vorlage geliefert. Wir haben sie unserem Antrag als Anhang beigelegt. Es geht in diesen Leitlinien übrigens nicht darum, Flüge komplett zu vermeiden oder zu verbieten, sondern auch darum, die Notwendigkeit von Dienstreisen an sich zu überprüfen und, falls sie notwendig sind, möglichst umweltverträglich unterwegs zu sein.

Im zweiten Teil unseres Antrags geht es um die Kompensation von nicht vermeidbaren Flugreisen. Natürlich erwarten wir nicht, dass eine Kölner Delegation mit dem Zug nach Peking reist, obwohl das dem Teambuilding sicher dienlich wäre.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Mit dem Ruderboot!)

Wenn alle zusammen mit der Transsibirischen Eisenbahn fahren - mit ein paar Flaschen Wodka dabei -, könnte es durchaus sein, dass sie veröhnt wieder nach Hause kommen - oder verkartert oder betrunken. Wer weiß?

Wenn die Reise mit dem Flugzeug stattfinden muss, soll sie natürlich auch weiterhin mit dem Flugzeug stattfinden können. Da sind wir durchaus realistisch und pragmatisch. Der dabei entstehende CO₂-Ausstoß soll aber kompensiert werden.

Diese Kompensation wird oft spöttisch als Ablass bezeichnet. Dies trifft in der Sache jedoch nicht zu. Es geht in der Tat nicht um irgendwelche Zertifikate, sondern um ganz konkrete Klimaschutzmaßnahmen, meist in Entwicklungsländern, etwa effizientere Holzöfen, Biomasse oder Solaranlagen.

atmosfair bietet als ein möglicher Partner der Stadt Köln an, eigene Klimaschutzprojekte vorzuschlagen. Unser Bürgermeister Andreas Woltter schlug vor, bei der Kompensation unsere Klimapartnerschaften etwa mit Yarinacocha als eigenes Projekt bei atmosfair vorzuschlagen. Diese Idee begrüßen wir ausdrücklich.

Erst im letzten Jahr bewertete die Zeitschrift *Finanztest* die Arbeit von Organisationen, die CO₂-Kompensation anbieten, mit sehr gut. Es ist also in der Tat eine wirklich sinnvolle Maßnahme.

Herr Keller, Sie haben uns ja auch eine Antwort auf eine frühere Anfrage geschrieben. Jetzt haben wir die Formulierung des Punktes 2 unseres Antrags Wort für Wort aus Düsseldorf übernommen; wir haben nur „Düsseldorf“ und „Köln“ ausgetauscht. Bereits 2008 hat der Rat der Stadt

Düsseldorf einstimmig beschlossen, diese Kompensationszahlungen vorzunehmen. Das machen die Düsseldorfer seitdem. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Struwe hat das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem Vorredner nur wenig hinzufügen. In der Tat - Sie haben das schon wunderbar ausgeführt - ist der Flugverkehr in ganz erheblichem Maße für den Energieverbrauch und den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen verantwortlich. Insofern halten wir Ihren Antrag für eine sehr gute Initiative.

Sie haben eben gesagt, einige würden es als Ablasshandel bezeichnen, wenn man jetzt entsprechende Kompensationszahlungen leistet. Das ist doch quasi etwas Urkölsch-Katholisches. Insofern müssen wir den Begriff „Ablasshandel“ hier auch gar nicht so despektierlich nennen, finde ich. Ihr Antrag enthält ja beide Komponenten. Gleichzeitig appellieren Sie im Punkt 1 auch an den Verzicht. Das ist wiederum etwas sehr Protestantisch-Puritanisches. Insofern sind alle großen christlichen Konfessionen hier doch bestens vertreten.

Als wir den Antrag gelesen haben, haben wir uns spontan an etwas erinnert. Ich glaube, es war im Dezember 2017, als der zuständige Beigeordnete ein Foto postete, wie er im Flugzeug nach Berlin flog, um einen Förderbescheid abzuholen.

(Beifall bei der FDP)

In dem Förderbescheid ging es um das Thema Luftreinhaltung. Das Ganze hatte also eine gewisse Ironie.

Tatsächlich haben wir uns auch schon damals gefragt, ob es nicht die Möglichkeit gibt, entsprechende Kompensationen vorzunehmen. Wir freuen uns sehr darüber, dass Sie offensichtlich ähnliche Ideen hatten und hier einen entsprechenden Antrag vorlegen.

Das ist ein zwar kleiner, aber doch sehr konkreter Beitrag zum Klimaschutz. Für andere Vorlagen zu demselben Thema gilt das vielleicht weniger. Darauf werden wir aber später noch zu

sprechen kommen. Als SPD stimmen wir diesem Antrag hier gerne zu.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Hinweis. Es gibt einen Änderungsantrag. Dazu habe ich eine Frage an die Verwaltung. Es geht ja darum, dass man sich auf Maßnahmen in Köln konzentriert. Das finden wir grundsätzlich erst einmal sehr sympathisch. Ich habe nur eine kleine Sorge. Es bringt ja möglicherweise einen gewissen Verwaltungsaufwand mit sich, dann auch umzurechnen, wie man das hier genau einpreisen kann. Kann die Verwaltung etwas dazu sagen, ob das praktisch handelbar ist? - Danke.

(Beifall bei der SPD und der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht direkt die Verwaltung dazu. Dann können sich alle anderen Redebeiträge darauf beziehen. Das fände ich einfacher. Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal: Als rheinischer Katholik habe ich mit dem Ablass auch kein Problem oder wenig Berührungspunkte.

Ich würde allerdings gerne einmal in Erfahrung bringen, ob die Verwaltung der Stadt Düsseldorf diesen Beschluss des Rates der Stadt Düsseldorf umgesetzt hat. Richtig präsent ist mir aus vergangenen Zeiten nicht, dass das dort praktiziert wurde.

Ich darf Ihnen aber zusichern - egal, ob der Antrag jetzt beschlossen wird oder nicht -: Wir sind gerade dabei, unsere entsprechenden Richtlinien zu überarbeiten, und würden diesen Gedanken auch gerne mit aufnehmen. Daher rennen Sie an dieser Stelle durchaus offene Türen bei der Verwaltung ein.

Zu der Frage, ob das auch für Kölner Projekte fruchtbar gemacht werden kann: Ich bin mir eigentlich ziemlich sicher, Herr Kollege Rau, dass es genügend Kölner Klimaschutzprojekte gibt, die man unterstützen könnte.

(Ulrich Breite [FDP]: Hört! Hört!)

Am Ende ist es eine Frage dessen, was man politisch will - ob man die CO₂-Kompensation in den Vordergrund stellt und mit einer Organisation wie atmosfair zusammenarbeitet oder ob man es ortsspezifisch macht. Ich denke, beides wäre

möglich. Wir würden das im Zuge der Überarbeitung unserer Richtlinien einfach einmal prüfen - je nachdem, was Sie an dieser Stelle beschließen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Frau Akbayir, bitte.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Verwaltung! Als Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker reden wir immer wieder mit Nachdruck auf die Menschen ein, dass Fliegen möglichst vermeiden werden sollte. Wissen Sie, was wir dann immer wieder zu hören bekommen? Das geht schneller und ist auch noch billiger. Das kennen wir alle.

Genau das Gleiche schreibt unsere Verwaltung in ihrer Antwort an die Ratsgruppe GUT. Hat denn der Umwelt- und Klimaschutzgedanke noch nicht Einzug in die Arbeit der Verwaltung gehalten? Anscheinend nicht.

Liebe Verwaltung, wir werden heute auch zum Thema „KölnKlimaAktiv 2022“ debattieren. Wissen Sie, was bereits auf Seite 10 von „KölnKlimaAktiv 2022“ steht? Ich zitiere:

Reduzierung der vom Flughafen Köln/Bonn aus- und am Flughafen eingehenden Flüge um ein Viertel

Das soll ja auch ein Ziel sein. Da steht aber nicht, dass man dann erst mit dem Diesel nach Düsseldorf oder Frankfurt fährt, um von dort aus zu fliegen, sondern, dass wir auf die Flugreisen möglichst verzichten.

Es täte den Dienstreisenden und unserer Gesellschaft im Übrigen gut, wenn sie sich etwas entschleunigen würden und eben nicht morgens einen Termin in München, nachmittags einen Termin in Köln und abends einen Termin in Stuttgart wahrnehmen würden. Das muss doch nicht sein.

Darum unterstützen wir den Antrag der Gruppe GUT, weil es darin in erster Linie um die Vermeidung solcher Reisen geht. Ich habe erst einmal von Flugreisen gesprochen. Aber eben habe ich in der Rede von Herrn Zimmermann gehört, dass es eher um Dienstreisen geht. Das sehe ich genauso. Herr Zimmermann hat in seiner Rede ja auch ganz gut dargelegt, aus welchen Gründen

wir Dienstreisen vermeiden sollten oder Flugreisen vermeiden sollten, nämlich aufgrund der Klimaschädlichkeit.

Unser Vorschlag lautet: Die Unvermeidbarkeit ist stets nachzuweisen. Kompensationszahlungen sind dann natürlich an ein Klimaschutzprojekt mit dem Gold-Standard-Siegel zu entrichten.

Liebe Freunde von den GUTen, nehmt doch diesen Vorschlag von uns noch mit auf. Denn Organisationen, die sogenannte Klimagutschriften anbieten, schießen wie Pilze aus dem Boden, und es ist für unsere Verwaltung sicher schwer, im Dschungel des Zertifikathandels den Überblick zu behalten und zu entscheiden, welches Angebot glaubwürdig ist.

An diese Stelle passt auch der Änderungsantrag der FDP, zu dem ich jetzt komme. Die FDP schlägt vor, dass die Stadt ihre Strafe an sich selber zahlt. Das ist ungerecht, weil diejenigen, die unter dem Klimawandel am meisten leiden, auch einen Ausgleich brauchen. Diese Menschen leben überwiegend in der Dritten Welt und nicht in Köln. Daher werden wir den Änderungsantrag der FDP nicht unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache das vom Platz aus, damit es jetzt auch etwas schneller geht. - Frau Akbayir, ich habe hier schon ganz viele Debatten über ein Dieselfahrverbot in dieser Stadt gehört. Da hatte ich hin und wieder das Gefühl, dass gerade auch Sie von den LINKEN der Meinung waren, dass wir es in Köln mit dem Klima auch nicht so richtig toll haben und dass hier viele Menschen unter dem Klima leiden. Eben haben Sie hingegen gesagt, hier in Köln würden keine Menschen unter dem Klimawandel leiden.

(Beifall bei der FDP)

Insofern haben wir hier in Köln ja offensichtlich auch Probleme mit dem Klima. Deswegen finde ich nicht, dass man sagen kann, wir würden unsere Strafe an uns selber bezahlen.

Der Punkt 1 ist wirklich unstrittig, wie wir gerade bei allen festgestellt haben. Die Verwaltung hat in ihrer Antwort ja auch deutlich gemacht, dass

sie schon so verfahren ist, es aber noch nicht schriftlich niedergelegt hat. Insofern ist das kein Problem.

Wir halten es für ganz wichtig, nicht den Gedanken einer Strafe in den Vordergrund zu stellen, wie Sie es hier getan haben. Dieser Ablass oder diese Abgabe, wie auch immer man es nennen mag, ist ja etwas, was wir dann finanzieren müssen. Deswegen finde ich es richtig, auch im Sinne des städtischen Haushalts, dass wir sagen: Warum sollen wir dieses Geld denn nicht für unsere eigenen Klimaprojekte ausgeben?

Ich glaube, dass wir das dann auch selber sehr gut beurteilen können. Sie haben ja eben - das war mir gar nicht so bewusst; vielen Dank für diesen Hinweis - von einem Dschungel dieser verschiedenen Institutionen gesprochen. Wenn wir das dann selber kontrollieren, wissen wir, dass es auch richtig läuft. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Eine kleine Richtigstellung zu dem, was Frau Hoyer gesagt hat!)

- Direkt dazu. Bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte etwas richtigstellen, weil ich glaube, dass die geschätzte Kollegin Frau Hoyer tatsächlich etwas missverstanden hat.

Frau Akbayir wollte Folgendes zum Ausdruck bringen: Wenn wir durch Fernreisen mit dem Flugzeug global gesehen zu dem CO₂-Ausstoß beitragen, sollten in erster Linie diejenigen von diesen Abgaben profitieren, die auch am meisten unter der Klimaerwärmung leiden. Und das sind nicht die Leute hier in Köln - das wissen wir alle, Frau Hoyer -, sondern die Leute, die auf Inseln leben, deren Lebensgrundlage durch den Anstieg des Meeresspiegels bedroht ist, der wiederum durch die CO₂-Belastung erfolgt.

Selbstverständlich haben wir auch in Köln Klimaprobleme. Sie wissen das alles. Ich finde es ein bisschen merkwürdig, dass Sie das jetzt in Verbindung bringen. Selbstverständlich kämpfen wir dafür, dass der CO₂-Ausstoß auch in Köln reduziert wird. Das werden wir heute am späten

Abend noch erleben, wenn wir unseren Änderungsantrag zu „KölnKlimaAktiv 2022“ vorstellen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sehr verehrte Damen und Herren, wenn wir uns jetzt angewöhnen, immer das zu erklären, was der Vorredner aus der eigenen Fraktion sagen wollte, kommen wir hier nicht mehr zum Ziel. - Herr Zimmermann, was wollen Sie uns noch erklären?

(Andreas Pöttgen [SPD]: Ich hätte eben gerne auch noch geredet, Frau Reker!)

- Es hat hier noch keinen Verweisungsantrag gegeben, Herr Pöttgen. Da gibt es schon Unterschiede. - Bitte, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich möchte als Antragsteller erklären - das hatte ich vorhin in meiner Rede vergessen -, dass ich darum bitte, den Antrag der FDP abzulehnen. Ich bin der Meinung, dass wir unsere Klimaschutzprojekte aus unseren eigenen Mitteln finanzieren sollten, und ich bin der Meinung, dass wir, wie Herr Weisenstein auch sagte, diese Mittel - da geht um Beträge von circa 8 000 Euro - als konkrete Entwicklungshilfe im Sinne von Klimaschutz verwenden. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt darüber abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der FDP ab. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den ursprünglichen Antrag von GUT abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir hatten bei der Tagesordnungsdebatte die Tagesordnungspunkte 3.1.9 und 3.1.10 - das waren die beiden Dringlichkeitsanträge - in den nichtöffentlichen Teil geschoben. Daran möchte ich nur erinnern. Deswegen werde ich sie jetzt nicht auf-

rufen. Sie werden im nichtöffentlichen Teil behandelt.

(Christian Joisten [SPD]: Sie stehen noch im Netz!)

Ich höre gerade, dass die Anträge noch im öffentlichen Teil im Netz stehen.

(Peter Kron [SPD]: Sie sind ja verteilt worden!)

- Ja, weil das zum Zeitpunkt der Verteilung noch nicht besprochen war. Ich habe sie nicht eingestellt, Herr Kron. - Man kümmert sich hier darum, wie es weitergeht.

Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betr. „Kosten der Silvesternacht 2018/2019“ AN/0058/2019

Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019 0367/2019

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Keine Nachfragen.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Familienfreundliches Köln - Kita-Ausbau in Köln stärken“ AN/0159/2019

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019 0521/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, wir haben das ja letztes Jahr alle, soweit ich weiß, einstimmig beschlossen. Da diese Frage viele Ausschüsse oder viele Bereiche tangiert - Umwelt, besonders Stadtentwicklung, auch verschiedene andere -, bitte ich, die Beantwortung dieser Anfrage dann auch den jeweiligen Ausschüssen zuzuleiten, damit wir sie dort zu den entsprechenden Diskussionen für die einzelnen Punkte im beschleunigten Kita-Bau vorliegen haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das nehmen wir auf.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe GUT betreffend „Kommunales Wohnungsbauförderprogramm“ AN/0161/2019

Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Winterflüchtlinge vom Balkan in Köln“ - Grundlagen, Kontrolle und Kosten AN/0164/2019

Antwort der Verwaltung vom 13.02.2019 0464/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank für die Beantwortung. Darf ich den Punkt 4.5 gleich mit einbeziehen? Ich lese mir beide Antworten durch. Wenn ich noch Fragen habe, werde ich sie schriftlich stellen. - Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Aktive Bürgerbeteiligung bleibt Stiefkind - Programm 2019 ohne klares Votum für aktive Bürgerbeteiligung“ AN/0167/2019

Antwort der Verwaltung vom 07.02.2019 0443/2019

Dazu hat Herr Wortmann schon Stellung genommen. Weitere Nachfragen gibt es dazu nicht.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „IFH-Studie: Kölner Innenstadt bleibt Mittelmaß. Was tut die Stadtverwaltung?“ AN/0198/2019

Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?“ AN/0210/2019

Antwort der Verwaltung vom 14.02.2019 0519/2019

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Entschädigung von ehrenamtlichen Gremienmitgliedern 3924/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.3 Änderung der Hauptsatzung hier: Möglichkeit der Entsendung einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung durch die Seniorenvertretung 3757/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (SteB); Änderung Abwassersatzung 3947/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u.-verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW

Tagesordnungspunkt

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2018 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 2 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2018 0289/2019

Wortmeldungen? - Keine.

Es ist nur eine Kenntnisnahme. Wir müssen nicht darüber abstimmen.

Wir kommen zu:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Sanierung des städtischen Gebäudes Blaubach 9, 50676 Köln Altstadt/Süd, zur Unterbringung von Geflüchteten - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2018 der Stadt Köln 3072/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Es ist eine Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

7.2.2 Neubau des Feuerwehrzentrums Kalk hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 4195/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Das ist auch nur eine Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

7.2.3 Generalsanierung und Erweiterung der Feuerwehrhauptzentrale Köln Weidenpesch hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 3726/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Es ist eine Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

7.2.4 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 6 Köln-Chorweiler hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziff. 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 3366/2018

Wortmeldungen? - Ich sehe keine.

Es ist eine Kenntnisnahme.

Dann kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 10.31, der nach der Tagesordnungsdebatte vorgezogen wurde:

10.31 Wahl einer/eines Beigeordneten für Dez. IV - Bildung, Jugend und Sport 0284/2019

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betreffend „Dem Elternwillen entsprechen - Beigeordnetenwahl zügig durchführen!“ AN/0229/2019

Ich gebe Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir sprechen jetzt über einen weiteren Tiefpunkt Kölner Verwaltungshandelns im Zusammenhang mit Personalfragen. Denn wir erleben neben einem klaren Rechtsbruch, der heute hier be-

geschlossen werden soll, auch einen Kulturbruch in der Kölner Kommunalpolitik.

Der Rat hat am 27. September 2018 in diesem Saal auf Antrag von SPD und BUNT einstimmig den Auftrag erteilt, die Stelle eines Beigeordneten für das Dezernat IV auszuschreiben. Dieses Verfahren ist bis zum heutigen Tage nach den Vorgaben der Gemeindeordnung erfolgt.

Dazu haben wir Ihnen jetzt auch noch einmal ein Rechtsgutachten zur Verfügung gestellt, das eindeutig zu dem Ergebnis kommt: Das Verfahren ist fehlerfrei.

Wenn Sie mit Verwaltungsjuristen landauf, landab über diesen Vorgang sprechen, werden Sie auch kein anderes Urteil hören. Mindermeinungen gibt es bei den Juristen immer.

(Lachen bei der FDP - Niklas Kienitz [CDU]: Nicht Mindermeinungen, sondern andere Meinungen!)

Wir haben uns aber tatsächlich sehr breit mit dieser Frage beschäftigt. Niemand kommt zu dem Ergebnis, dass dieses Verfahren fehlerbehaftet ist und aufgehoben werden müsste.

Deswegen kann ich allen Ratsmitgliedern, die hier heute eine so weit reichende Entscheidung treffen, die auch die Zukunft betreffen wird, nämlich auch zukünftige Ausschreibungsverfahren, nur empfehlen, das Rechtsgutachten, das wir Ihnen hier vorgelegt haben, genau zu lesen.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin, Sie müssen uns das schon erklären. Wir müssen annehmen, dass politische oder persönliche Gründe dafürsprechen, jetzt hier einen so weit reichenden Beschluss in den Rat einzubringen. Die Kollateralschäden, die damit verbunden sind, sind groß und werden von Ihnen vorsätzlich in Kauf genommen.

Wenn die CDU, die Grünen und andere hier heute dieser Beschlussvorlage zustimmen, machen sie sich zum Steigbügelhalter für rechtswidriges und klageanfälliges Verhalten.

(Beifall bei der SPD)

Denn auch das macht das Gutachten deutlich: Erst dieser Beschluss heute ist angreifbar und erhöht die Rechtsunsicherheit - und nicht umgekehrt.

Wir dürfen auch eines nicht vergessen: Dieser Beschluss heute führt im Übrigen dazu, dass sich die Besetzung des Dezernates noch einmal

deutlich verzögert - mindestens um ein halbes Jahr; je nach Kündigungsfristen, je nach Verlauf, je nach Klageaussichten möglicherweise auch länger.

Darüber hinaus schaffen wir einen Präzedenzfall. Das müssen wir uns alle noch einmal vor Augen führen. Wenn die bloße Presseberichterstattung, die Spekulation darüber, ob eine Fraktion sich auf einen Kandidaten geeinigt oder festgelegt hat, dazu führen kann, dass ein solches Verfahren abgebrochen, beendet und neu ausgeschrieben wird, dann gnade uns Gott.

Denn schauen wir doch einmal auf die letzten sechs Vorgänge zurück. Wir haben einmal zusammengestellt, welche Dezernenten hier gewählt wurden und wann der Name in der Presse war. Er war immer vorher in der Presse. Es gab kein einziges Verfahren, in dem wir nicht vorher - zugegebenermaßen zu unterschiedlichen Zeitpunkten - den Namen in der Presse lesen konnten. Aber zwischen zwei Tagen und elf Wochen war da alles dabei.

Unser geschätzter Stadtdirektor war sogar mit der ersten Meldung vor Ablauf der Bewerbungsfrist - das ist eindeutig ein Kriterium, an dem es alle Juristen festmachen - in der Presse. Wir haben es damals nicht beanstandet, und es hat keiner Klage erhoben. Dennoch wäre es, wenn man es damals beklagt hätte, ein rechtswidriges Verfahren gewesen; denn er stand sogar schon vor Ende der Bewerbungsfrist in der Presse.

Jetzt machen wir hier ein Fass auf und werden demnächst erleben, dass es selbstverständlich wird, wenn der Kandidat nicht gefällt oder wenn es der Favorit der anderen Fraktion ist, dass man durch eine Indiskretion den Namen in die Presse bringt und damit die entsprechenden Verfahren beendet.

Insofern kann ich nur dafür plädieren, diesem schweren Schaden, den der Standort Köln hier heute nehmen würde, nicht zuzustimmen. Denn ansonsten sind wir letztendlich der Willkür Dritter ausgesetzt und können jedes Verfahren durch die Presse beendet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, welche Topleute sollen sich denn zukünftig überhaupt noch in Köln bewerben, wenn sie den Eindruck haben, dass Willkür, Einzelinteressen und diffamierender Umgang mit Kandidaten hier an der Tagesordnung sind?

(Niklas Kienitz [CDU]: Reden Sie gerade mit Ihrer Fraktion?)

So können wir doch nicht miteinander umgehen, und so können wir doch nicht Strahlkraft gewinnen, um die besten Menschen nach Köln zu bekommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was sollen die Menschen da draußen eigentlich von diesen Vorgängen halten? Denn wir reden hier immerhin über den wichtigen Bereich Schule, Jugend und Sport. Wir reden über Schulbaunotstand. Wir reden über Schulplatzmangel. Wir reden über 1 000 Kinder, die wahrscheinlich wieder nicht den richtigen Schulplatz hier in der Stadt bekommen. Wir reden über Kita-Versorgung, die nicht ausreichend ist. Wir reden über richtige Baustellen.

Und da wollen wir jetzt eine Vakanz von einem halben Jahr, einem Dreivierteljahr oder noch länger haben? Das kann doch nicht unser Ziel sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fasse ich zusammen: Das bisherige Verfahren ist nicht rechtsunsicher. Es ist rechtsicher. Wir schaffen einen Präzedenzfall für zukünftige Besetzungsverfahren. Wir erweisen dem Sport, der Schule und der Jugend in dieser Stadt einen Bärendienst, wenn wir ihnen die Führung entziehen. Wir beschädigen den Standort Köln, der endgültig personaltechnisch in die dritte Liga absteigt. Von den zusätzlichen Kosten von fast 100 000 Euro will ich gar nicht sprechen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Oberbürgermeisterin, ich kann nur sagen: Machen Sie diesem Wahnsinn, den wir in den letzten Tagen erlebt haben, heute ein Ende. Beschließen Sie unseren Änderungsantrag, damit dieses einwandfreie Verfahren, das wir haben, fortgesetzt werden kann und der nahtlose Übergang im Dezernat für Schule, Jugend und Sport realisiert werden kann.

Vollziehen Sie heute nicht den Rechts- und Kulturbruch, der mit diesem Akt verbunden ist. Lassen Sie uns endlich Politik für die Menschen da draußen machen - und nicht nur Politik für die Menschen im Rathaus. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe hier ja schon versucht, die Faktenlage darzustellen. Ich versuche es jetzt noch einmal ganz einfach. Entscheidend ist nicht, dass bekannt wurde, wer im Rennen ist, sondern, dass der

Eindruck entstanden ist, dass das Rennen bereits gelaufen ist.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ich würde jetzt gerne Herrn Dr. Keller um Stellungnahme bitten. Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da mein Verfahren eben angesprochen wurde: Ich glaube, mein Name war nicht nur in der Presse, bevor die Bewerbungsfrist abgelaufen war; er war in der Presse, bevor sie überhaupt begonnen hatte.

(Christian Joisten [SPD]: Noch schlimmer!)

- Nein, das ist insofern nicht noch schlimmer. Der Unterschied ist natürlich, dass weder der zu diesem Zeitpunkt noch potenzielle Kandidat noch irgendjemand aus dem Rat das dann entsprechend kommentiert hat und dass auch nicht weiter darüber spekuliert wurde.

Auch die Diskussion um die anderen Verfahren, in denen es Indiskretionen gegeben hat, und zwar zu unterschiedlichen Zeitpunkten, kann man gerne noch vertiefen. Entscheidend sind in der Tat der Zeitpunkt und auch die Frage, wie dann mit der Indiskretion umgegangen wird.

Ich nehme aber einmal das Ergebnis vorweg. Sie haben als Rat der Stadt das Recht, von der Verwaltung Beschlussvorschläge vorgelegt zu bekommen, die Ihnen ein rechtmäßiges und rechtssicheres Vorgehen nahelegen. Genau das hat die Verwaltung mit dem ausgetauschten Beschlussvorschlag, der Ihnen jetzt vorliegt, auch getan.

Ausgangspunkt der Überlegungen, die heute zu dieser Diskussion führen, ist die Presseberichterstattung vom 6. Februar 2019. Zu diesem Zeitpunkt hatte es noch keine Einladungen zu Vorstellungsgesprächen bei der verfahrensführenden Stelle - das war in dem Fall die Oberbürgermeisterin - gegeben. Mangels Einladung hatten auch noch keine Bewerbungsgespräche stattgefunden.

Sie werden mir aber sicherlich zustimmen, dass Auswahlgespräche auch mit mehreren Kandidaten wichtig sind für eine sachgerechte Entscheidung bzw. für einen entsprechenden Vorschlag an den Rat, der sich auf den Grundsatz der Bestenauslese stützt.

Die Presseberichterstattung - die Oberbürgermeisterin hat es in ihrem prägnanten Eingangssatz gesagt - hat den Eindruck erweckt, dass es hier eine Vorfestlegung gegeben hat. Das war die Grundlage für die Entscheidung, dem Rat vorzuschlagen - das ist ja der Gegenstand des neuen Beschlussvorschlages -, das Verfahren anzuhalten und neu zu beginnen.

Die Entscheidung darüber liegt jetzt bei Ihnen als Rat. Dahin gehört sie nach der Gemeindeordnung auch.

Der Rat ist allerdings - und jetzt kommen wir, glaube ich, zum Kern der Sache - in seiner Entscheidung nicht gänzlich frei. Das haben wir bei unserer Beschlussvorlage natürlich berücksichtigt. Er darf nämlich nicht willkürlich entscheiden. Sie dürfen auch von uns erwarten, dass wir Ihnen nicht vorschlagen, etwas Willkürliches zu entscheiden.

Was den Abbruch eines Verfahrens angeht, ist das Schwierige oder das, was diese Verfahren manchmal komplex macht, dass sich hier zwei Materien überlagern. Das Beamtenrecht - und das ist immer noch das führende Rechtsgebiet, das diese Verfahren prägt - wird nämlich von dem Kommunalverfassungsrecht und dem Charakter einer Beigeordnetenwahl als einer politischen Entscheidung des Rates überlagert. Trotzdem - wie gesagt, setzt sich an dieser Stelle das Beamtenrecht durch - darf das Verfahren nur abgebrochen werden, wenn es dafür einen sachlichen Grund gibt.

Diesen Grund sieht die Verwaltung in dem Eindruck der Vorfestlegung. Ich sage bewusst: in dem Eindruck der Vorfestlegung. Denn es kommt maßgeblich darauf an, wie ein Bewerberkreis von Kandidatinnen und Kandidaten, die im Rennen sind, das verstehen muss, was öffentlich kommuniziert wird.

Aus diesem Eindruck der Vorfestlegung erwächst ganz konkret die Gefahr, dass Bewerberinnen und Bewerber, Kandidatinnen und Kandidaten sich vom Verfahren zurückziehen, weil sie glauben, das Rennen sei gelaufen.

Das ist etwas, was wir auch ganz praktisch in diesem Verfahren - so habe ich mir berichten lassen - von dem Personalberatungsunternehmen gespiegelt bekommen haben, nämlich, dass die Presseberichterstattung vom 6. Februar 2019 eine erhebliche Unsicherheit bei im Rennen befindlichen Kandidaten erzeugt hat. - Das ist das sachliche Indiz.

Dass wir hier mit dieser Rechtsposition nicht ganz alleine sind, zeigt eine schriftliche Erklärung der Bezirksregierung aus dem Jahr 2010. Der damalige Oberbürgermeister wurde vom damaligen Regierungspräsidenten auf Folgendes hingewiesen - ich zitiere -:

Um jeglichem Verdacht eines rechtswidrigen Ausschlusses von Bewerberinnen und Bewerbern zu begegnen, rate ich dringend, das jetzige Verfahren einzustellen und eine Neuausschreibung unter strenger Beachtung der rechtlichen Regelungen vorzunehmen.

(Christian Joisten [SPD]: Das war vor Ablauf der Bewerbungsfrist!)

- Ich komme gleich darauf, ob es hier vom Verfahrensablauf einen Differenzierungsgrund zu unserem heutigen Fall gibt. - Das ist die Meinung der Bezirksregierung. Das heißt: In dem Moment, in dem es einen sachlichen Grund gibt, kann der Rat auch rechtssicher das entscheiden, was die Oberbürgermeisterin vorgeschlagen hat.

Jetzt würde ich gerne drei Punkte aus dem vorgelegten Gutachten von Herrn Knirsch ansprechen.

Der erste Punkt ist die Frage - das hatte ich eben schon angedeutet -: Ist diese Äußerung der Bezirksregierung Köln auf unseren Fall übertragbar? Herr Knirsch sagt ja, dass das etwas anderes ist, weil in dem Fall von 2010 die Bewerbungsfrist noch nicht abgelaufen war. Das kann aber, jetzt einmal rein aus der beamtenrechtlichen Perspektive betrachtet, keinen Unterschied machen. Denn die Bewerbungsfrist ist in diesen Verfahren keine Ausschlussfrist. Das heißt, dass sich das Bewerberfeld auch nach Ablauf der Bewerbungsfrist noch verändern kann. Das Bewerberfeld ist im Fluss. Es kommt darauf an, ob das Verfahren in dem Sinne abgeschlossen ist, dass eine Entscheidung im Sinne der Bestenauslese getroffen worden ist. Und das war hier auch noch nicht der Fall. Insofern ist unser Fall jetzt eins zu eins mit dem Verfahren aus 2010 vergleichbar.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Das ist doch rechtlich hanebüchen!)

Der zweite Punkt ist die Frage: Verletzen wir den sogenannten Bewerberverfahrensanspruch der Kandidaten, die sich jetzt vielleicht in ein neues Verfahren begeben? Auch da hängt die rechtliche Bewertung an der Frage des rechtlichen Grundes, den wir bejaht haben, aber auch daran, dass das Verfahren erst dann sauber beendet

ist, wenn wir das den Kandidatinnen und Kandidaten des ersten Verfahrens auch mit der entsprechenden Begründung mitteilen. Das würden wir verbunden mit der Aufforderung tun, sich zu erklären, ob man denn an dem neu aufgesetzten Verfahren teilnehmen möchte oder nicht, sprich, ob man seine Bewerbung aufrechterhält oder nicht. Wenn wir das tun und der Kandidat oder die Kandidatin an dieser Stelle die Möglichkeit hat, Ja oder Nein zu sagen, dann kann man gut argumentieren, dass ihm oder ihr für einen möglichen gerichtlichen Angriff gegen das zweite Verfahren das Rechtsschutzbedürfnis fehlt. Insofern halten wir auch das zweite Verfahren an dieser Stelle für rechtssicher.

Einen dritten Punkt möchte ich gerne ansprechen, auch wenn die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag vorgelegt hat, der ein anderes Vorgehen vorschlägt, als heute zu wählen. Der Gutachter schlägt aber tatsächlich vor, heute zu wählen. Das wäre eine in einem hohen Maße angreifbare Vorgehensweise, meine sehr verehrten Damen und Herren. Denn Sie wissen alle, dass Sie einen Informationsanspruch haben. Jedes einzelne Ratsmitglied hat das Recht, sich über alle Bewerberinnen und Bewerber zu informieren, um auf dieser Informationsbasis eine abgewogene Wahlentscheidung zu treffen. Und das ist ja nun heute definitiv nicht möglich.

(Christian Joisten [SPD]: Theoretisch wäre das möglich gewesen!)

Insofern hat mich diese Empfehlung des Gutachters überrascht.

Kurz und gut: Wir glauben, dass das Verfahren, das wir Ihnen vorschlagen, rechtssicher ist. Insofern stehen Sie jetzt vor der Entscheidung, der Beschlussvorlage zu folgen oder nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller.

(Christian Joisten [SPD]: Frau Reker, darf Herr Krupp noch etwas sagen?)

- Wir haben eine Rednerliste. - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute bei einem anderen Tagesordnungspunkt sehr viel Wert darauf gelegt, dass wir ordentliche Verfahren haben. Der Rat der Stadt Köln hat mit sehr breiter Mehrheit im letzten Jahr ein ordentliches Verfahren unter Führung der Oberbürgermeisterin aufgesetzt. Es lief auch alles wunderbar, bis es offensichtlich zu gezielten Indiskretionen aus der SPD-Fraktion gekommen ist,

(Michael Frenzel [SPD]: Das ist eine Behauptung, die Sie nicht beweisen können!)

die am Ende dazu geführt haben, dass aus einem ordentlichen Verfahren ein Verfahren wurde, das eben nicht mehr ordentlich ist.

Wie Herr Stadtdirektor Keller gerade richtig gesagt hat, haben wir zwei grundsätzliche Prämissen. Das Erste ist, dass wir ein rechtsstaatliches Verfahren brauchen. Zu einem rechtsstaatlichen Verfahren gehört es dazu, die Chancengleichheit aller Bewerberinnen und Bewerber in diesem Verfahren sicherzustellen.

Das heißt: Wenn sich jemand in dieser Stadt bewirbt - Herr Joisten hat ja gerade ausgeführt, wie wichtig das für das Image dieser Stadt ist -, muss einerseits eine Vertraulichkeit gewährleistet werden, andererseits aber auch sichergestellt sein, dass er in diesem Verfahrensprozess die Chance hat, sich selber zu präsentieren und sich vorzustellen, sodass dann eine Abwägung in einer Auswahlkommission erfolgen kann und am Ende durch den Stadtrat als dem Wahlorgan die Wahl vorgenommen werden kann.

In diesem Fall sind Kandidatennamen - - An dieser Stelle darf ich den *Express* zitieren. Dort wurde klar dieser Eindruck erweckt. Und ich habe am Tag danach oder am selben Tag kein einziges Wort gehört, dass die SPD-Fraktion ausgeführt hätte: Wir sind gar nicht festgelegt. - Diese Chance hätten Sie gehabt.

(Widerspruch bei der SPD)

- Sie hätten sie gehabt. - Im Kölner *Express* stand: Das ist die Favoritin der SPD-Fraktion.

Sie kannten offensichtlich die Kandidatin ja schon. Alle anderen kannten sie noch nicht. Noch nicht einmal das Auswahlverfahren hatte begonnen. Es sollte nämlich ausweislich der gesamten Unterlagen und auch der Presse erst am dem Samstag danach stattfinden. Eine der Kandidatinnen hat sich ja selber dazu geäußert.

Wenn das so ist - und den Sachverhalt kann ich als Unbeteiligter an dieser Stelle nur so aufnehmen -, dann kann ich hier nur sagen: Dieser Sachverhalt entspricht nicht unserem Verständnis von einem rechtsstaatlichen Verfahren.

Und wenn das so ist, dann muss dieses Verfahren aufgehoben werden, und es muss neu gemacht werden. Wir wollen Ordnung; wir wollen Transparenz; wir wollen ein vernünftiges Verfahren in der Stadt. Dafür stehen wir. Das haben wir beauftragt. Und genau das wollen wir mit dem Neuaufsetzen dieses Verfahrens sicherstellen.

Jetzt sagen Sie, dass das dann länger dauert. Ich frage mich sowieso: Warum hat es denn bei Ihnen so lange gedauert? An für sich sollte doch ein Vorstellungsgespräch schon viel früher stattfinden. Sie haben das weit geschoben, geschoben, geschoben - warum auch immer. Möglicherweise haben Sie niemanden gefunden - was auch immer da der Grund war.

Jetzt zu sagen, der Rest des Rates oder die Oberbürgermeisterin sei schuld daran, dass das Ganze so lange dauert, setzt dem Ganzen wirklich die Krone auf. Das finde ich an dieser Stelle auch unredlich. Wir wollen ein vernünftiges Verfahren. Dafür stehen wir als CDU-Fraktion - und die große Mehrheit des Rates auch, glaube ich, genau wie die Oberbürgermeisterin. Wir wollen ein rechtsstaatliches Verfahren, mit dem der beste Kandidat oder die beste Kandidatin für unsere Stadt und für dieses wichtige Dezernat gefunden wird.

Wir sind dazu bereit, dieses Verfahren heute neu aufzusetzen und zusammen mit der Oberbürgermeisterin zu überlegen, wie man das Verfahren so beschleunigen kann, dass wir schnellstmöglich eine gute Dezernentin oder einen guten Dezernenten für unsere Stadt finden, um dieses schwierige und wichtige Zukunftsfeld weiterhin im städtischen Vorstand entsprechend abzuarbeiten. Dafür stehen wir - aber nicht für dieses, ich sage einmal, Klein-Klein.

Über die Qualität des Gutachters hat Herr Dr. Keller in seiner letzten Ausführung schon etwas gesagt. Dazu brauche ich hier kein Wort mehr zu verlieren. Das ist ein bestelltes Gutachten. Aber es ist ein schlechtes Gutachten. Das haben Sie in der Vergangenheit auch schon besser hingekriegt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Wieder ein Kulturbruch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass das Aufhalten dieses Verfahrens hier wirklich ein Kulturbruch ist, möchte ich erst einmal bezweifeln. Da kann ich auch aus der eigenen Erfahrung der Grünenfraktion berichten. Wir hatten 2010 schon einen Fall - der Stadtdirektor hat ihn bereits angesprochen -, in dem auch aufgrund von Indiskretionen - ob sie gezielt waren oder nicht, sei einmal dahingestellt - ein Verfahren neu aufgerollt werden musste, um allen Bewerberinnen und Bewerbern die gleiche Chance zu geben. Der Rat ist damals diesen Weg dann auch gegangen. Es wurde ein neues Verfahren aufgesetzt. Am Ende des Verfahrens haben wir dann auch eine Stadtkämmerin gefunden.

Es scheint in dieser Stadt leider Gottes üblich zu sein, dass Namen, aus welchen Runden auch immer, und Inhalte, aus welchen Runden auch immer, ständig nach draußen dringen. Das macht es nicht einfach, in dieser Stadt überhaupt einmal Dinge vertraulich zu besprechen und Verfahren so zu gestalten, dass sie nicht ständig angreifbar sind. Da müssen wir uns vielleicht auch alle einmal an unsere eigene Nase fassen und überlegen: Wie gehen wir eigentlich mit der Zusammenarbeit hier um und verhindern, dass Indiskretionen - nicht nur über Personalien, sondern auch über Vorlagen etc. - ständig nach draußen dringen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die Frage ist genau der Umgang damit. Es ist dann auch die Tonalität einer solchen Indiskretion, die nach draußen dringt.

Es ist auch etwas anderes, ob gezielt Inhalte einer Vorlage durchgestochen werden, um irgendwelche Dinge nach vorne zu bringen, oder ob man durch eine Äußerung in einer Zeitung den Eindruck erweckt: Dieses Verfahren ist bereits gelaufen.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist falsch!)

Es hat sich keiner so geäußert; das ist richtig. Glaube mir: Ich habe nicht nur diesen Artikel dazu gelesen. Das Ganze stand ja nicht nur im *Express*. Auch in anderen Zeitungen war zu lesen, was dort alles passiert ist. Und dann drängt sich

schon der Eindruck auf, dass sich dort bereits auf eine Kandidatin vorfestgelegt wurde.

Wie gesagt, heißt das dann ja auch, dass andere Kandidatinnen und Kandidaten sich vielleicht zurückgezogen haben. Wir wissen nicht, ob sie sich zurückgezogen haben oder nicht. Der Stadtdirektor hat aber gerade gesagt, dass die Personalberatung ja entsprechende Hinweise gegeben hat, dass dem wirklich so war.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das hat er so nicht gesagt!)

Ein Punkt ist auch, dass es dann darum geht, wie wir eigentlich mit dem heutigen Tag umgehen. Dann werden Angebote gemacht, doch einmal die Kandidatin kennenzulernen. Da wurde im Singular gesprochen. Das erweckt schon den Eindruck, dass sich vorher auf eine Kandidatin festgelegt wurde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher kann ich diesen Eindruck, der entstanden ist, durchaus teilen.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Ist das die Art, wie man mit vertraulichen Informationen umgeht? Ist das die neue Kultur?)

Jetzt müssen wir aber nach vorne gucken. Wir müssen doch schauen, dass wir dieses Verfahren möglichst schlank halten. Wir müssen doch schauen, dass wir dieses Verfahren möglichst schnell starten und dann auch möglichst schnell rechtssicher beenden, damit die Vakanz im entsprechenden Dezernat möglichst kurz bleibt.

Ich bin auch der Auffassung, dass es eine Vakanz gegeben hätte, selbst wenn wir heute gewählt hätten. Ich weiß nicht, wie die Kündigungsfristen bei möglichen Kandidatinnen und Kandidatinnen aussehen.

Insofern glaube ich schon, dass der gesamte Stadtvorstand durchaus in der Lage ist, für eine möglichst kurze Übergangszeit hier die drängenden Projekte auch nach vorne zu bringen. Im aktualisierten Beschlussvorschlag steht ja:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Stelle erneut auszuscheiden.

Wir können uns dieser Meinung anschließen und werden deswegen für den aktualisierten Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es erschreckt mich schon, dass aufgrund eines *Express*-Artikels hier gesagt wird, es sei ein Eindruck der Vorfestlegung entstanden, der dieses Verfahren aushebeln könne. Es hat über die Presse also ein Gerücht gegeben, dass die Haltung einer Fraktion so sei.

Das zentrale Gremium, das über die Besetzung der für den Rat und die Verwaltung zentralen Stellen der politischen Wahlbeamten entscheidet, ist aber der Rat. Das heißt: Wenn Namen von Bewerbern vor der Ratsentscheidung bekannt werden, ist das kein Makel dieses Verfahrens. Denn die Ratsmitglieder müssen sich über die Bewerberinnen und Bewerber, die zur Wahl stehen, informieren. Das zentrale Gremium, in dem entschieden wird, ist der Rat. Vorher gibt es keine Vorfestlegung. Es gibt vielleicht Meinungsäußerungen, aber keine Vorfestlegungen.

Es fällt schon auf, dass es in den letzten Jahren eine Reihe von Wahlen im Rat gab - das ist hier auch schon gesagt worden - und dass ausgerechnet dann diese Probleme hier auftreten, wenn es nach eine Reihe von Neubesetzungen von Dezernatenstellen und der Stelle des Stadtdirektors um eine Stelle geht, bei der die SPD ein Vorschlagsrecht hat.

(Niklas Kienitz [CDU]: Hat sie nicht!)

- Ich gehe einmal davon aus, dass das Vorschlagsrecht der Fraktionen keinen Rechtsstatus hat, sondern es sich um eine politische Vereinbarung handelt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Gibt es auch nicht!)

- Gut. Dann bin ich ja in dieser Ratssitzung ein bisschen schlauer geworden.

Ich muss aber tatsächlich sagen: Wir haben eine Kommunalverfassung. Diese Kommunalverfassung hat durch ihre Festlegungen schon nahegelegt, dass wir hier anders als im Bundestag nicht streng zwischen Regierung und Opposition trennen - die Parteien, die die Wahl gewonnen haben, ziehen durch und besetzen die Stellen -

sondern dass es starke Elemente des Konsenses gibt, die in dieses System eingebaut sind.

Ich halte es für ein sehr weises Umgehen damit, wenn wir sagen, dass, selbst wenn bestimmte Parteien das Regierungsbündnis im Rat stellen, auch die anderen Parteien an der Besetzung von Dezementinnen- und Dezernentenstellen beteiligt werden. Das hielte ich sogar für eine weise politische Absprache.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir haben es hier mit einer Wahl politischer Wahlbeamter zu tun. Das ist eine politische Entscheidung des Rates. Es geht nicht allein um Bestenauslese. Natürlich müssen die Kandidatinnen und Kandidaten, die hier gewählt werden, eine hohe Fachkompetenz besitzen. Es geht aber zugleich zum Beispiel bei der aktuellen Wahl auch darum, wie die Schul- und Kita-Landschaft in Köln in den kommenden Jahren gestaltet wird - natürlich nach Maßgabe der Landesgesetze. Aber es handelt sich dabei auch um eine politische Entscheidung.

Ich finde es nicht in Ordnung, Herrn Knirsch hier als bezahlten Gutachter zu diffamieren. Das sind ganz beliebige Vorwürfe. Man kann es immer so oder so drehen. Ich würde das auch nicht über das Gutachten, das die Verwaltung hier zitiert hat, sagen. Herr Knirsch ist immerhin Mitverfasser eines Kommentars zur nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung. Er kennt sich also bestens aus. Es ist eine Unverschämtheit, hier von einem bezahlten Gutachten zu sprechen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Eltern, die heute am Laurenzplatz wegen der Schulsituation in Köln demonstriert haben, möchten, dass wir ohne Verzögerung an der Verbesserung der Schulsituation und auch der Kita-Situation in Köln arbeiten. Deshalb müssen wir schnellstmöglich diese Stelle neu besetzen. Daher tragen wir den vorliegenden Änderungsantrag mit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin von Wengersky, wie müssen Sie sich fühlen, wenn Sie vom SPD-Fraktionsvor-

sitzenden „Kulturbruch“ und „Rechtsbruch“ hören? Gerade Sie haben das ja bei der Neuauszählung eines bestimmten Stimmbezirkes in Rodenkirchen erlebt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dazu hätte ich von der gleichen Fraktion, der SPD, hier gerne einmal etwas gehört.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Da gab es auch Gutachten!)

Haben wir da nicht auch diese Kommentare gehört, das sei ja alles rechtens gewesen? Vor Gericht mussten Sie ziehen. Auch hier kriegen wir von der SPD wieder irgendeinen Kommentar vorgelegt. Sie hatten den Mumm, trotzdem zu klagen. Und Sie haben recht damit gehabt, Frau von Wengersky, dass Sie das gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hören wir auf, mit solchen Kommentaren hier Politik zu machen. Das haben wir nicht nötig. Schon gar nicht sollte der Vorsitzende der SPD-Fraktion hier von Rechtsbruch reden. Ich glaube, dass die Ausführungen des Stadtdirektors uns allen die Augen geöffnet haben. Eigentlich sollte auch die SPD die Augen geöffnet bekommen haben und erkannt haben, dass sie da auf dem falschen Weg ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz klar: Der Rat wählt die Dezernenten. Das ist unser originäres Recht nach der Gemeindeordnung NW.

Die Oberbürgermeisterin soll sicherstellen, dass es ein rechtskonformes Bewerbungsverfahren gibt. Sie ist also Herrin des Verfahrens und nicht der Auswahl.

Der ordnungsgemäße Ablauf war durch frühzeitige Medienaussagen nicht gewährleistet. Es geht hier nicht um Namen - das hat die Oberbürgermeisterin auch noch einmal deutlich gemacht -, sondern um die öffentliche Vorfestlegung der SPD auf eine Bewerberin vor den Auswahlgesprächen.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten [SPD]: Die hat es nicht gegeben!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seien wir doch ehrlich: Die Auswahlgespräche wären also nur ein Fake gewesen. Nur deswegen wäre muss nun eine neue Ausschreibung aufgesetzt werden.

Der Stadtdirektor und auch mein Geschäftsführerkollege von den Grünen haben das Beispiel - -

(Michael Frenzel [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin! Herr Breite, gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

- Bitte.

Michael Frenzel (SPD): Herr Breite, Sie sprechen davon, dass sich eine Fraktion vorfestgelegt hat. Ich weiß ja nicht, welche Fraktion Sie meinen. Ist es vielleicht die FDP-Fraktion, die als erste, ohne dass sie Kenntnis von den tatsächlichen Kandidatinnen und Kandidaten hatte, ausgeschlossen hat, eine bestimmte Kandidatin zu wählen, und diese Person in der Presse für ungeeignet erklärt hat, um sie zu diffamieren? Das waren Sie, Herr Breite.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ulrich Breite (FDP): Vielen Dank für die Frage, die Sie hier gestellt haben. Herr Kockerbeck von den LINKEN hat ja gerade deutlich gemacht - ihn darf ich als Zeugen benennen -, dass wir hier die Auswahl treffen und dass wir über die Qualitäten nachdenken müssen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber nicht vorher diffamieren!)

Ich habe aus der *Süddeutschen Zeitung* zitiert. Ich glaube, das ist eine seriöse Zeitung, aus der man zitieren kann. Und ich habe die Qualität so angezweifelt - das ist vollkommen richtig -, wie die *Süddeutsche Zeitung* das gemacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Sie werden mir und meiner Fraktion nicht das Recht nehmen, hier eine Wahl zu treffen und abzuwägen, welche Kandidatinnen und Kandidaten wir hier wählen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist unser originäres Recht. Dieses Recht lasse ich mir von Ihnen und von der SPD-Fraktion auch nicht nehmen.

Spielen Sie sich hier bitte nicht auf. Sie wissen ganz genau: Sie hatten sich auf eine Kandidatin festgelegt.

(Lachen bei der SPD)

Ich möchte hier in Richtung der SPD-Fraktion auch noch einmal ganz deutlich sagen: Mit den Stimmen der FDP sind in diesem Hause Dezerenten auf Vorschlag der SPD gewählt worden, wie wir auch in den städtischen Gesellschaften Vorstände aus dem Beritt der SPD gewählt haben. Mit vielen davon haben wir gut, vertrauensvoll und gern zusammengearbeitet und das zum Wohle dieser Stadt getan.

(Beifall bei der FDP)

Das konnte jeder und jede in der letzten Sitzung des Rates hautnah erleben, als die Zusammenarbeit mit dem KVB-Chef und Sozialdemokraten Jürgen Fenske noch einmal gewürdigt worden ist.

Wir Freidemokraten haben jedenfalls die Machtverhältnisse im Rat und die daraus erwachsenden Vorschlagsrechte im Stadtvorstand und bei den städtischen Gesellschaften sehr gewissenhaft ernst genommen.

(Beifall bei Teilen der FDP und der CDU)

Wenn wir hier die Entwicklungen und Verwerfungen bei den städtischen Gesellschaften in der letzten Zeit betrachten, ist festzustellen, dass dieses selbstverständlich nicht bzw. nicht mehr bei allen Fraktionen zu beobachten ist. Vielmehr ist es hier zum Bruch gekommen. Sogar Vorstandsbestellungen wurden gegen den ausdrücklichen Wunsch der Mehrheit dieses Rates vorgenommen. Dieser Bruch eines Einvernehmens ging hier bestimmt nicht von der FDP oder von CDU und Grünen aus, sondern von der SPD.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Liebe SPD, Mehrheitsverhältnisse ändern sich. Vorschlagsrechte ändern sich auch. In meiner nun 20-jährigen Tätigkeit als FDP-Fraktionsgeschäftsführer habe ich Dezernate von SPD auf CDU wechseln gesehen und umgekehrt - und sogar von SPD auf CDU auf Grüne. Erbhöfe oder gar ein Naturrecht einer Partei auf ein Dezernat oder einen Vorstand einer städtischen Gesellschaft gibt es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das würde auch dem Sinn einer Demokratie widersprechen. Ob die SPD, die über Jahrzehnte in Köln die dominierende Kraft war, es aber nicht mehr ist, diesen Sinn verinnerlicht hat? Ich weiß es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte sagen: Ich habe eine Frage beantwortet und habe noch Zeit. - Ich weiß es nicht. Zweifel sind hier angebracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kölner SPD kommt mir wie ein Torjäger vor, der vergessen hat, dass er auf der Ersatzbank sitzt.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Sie verlassen hier mit Ihrer Rede jeden politischen Konsens, Herr Breite!)

- Wir werden ja sehen, ob wir den Konsens hier aufgegeben haben oder andere, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Nur damit Sie das Dezernat bekommen!)

Ich möchte hier noch einmal deutlich sagen, dass der eingeschlagene Weg, den die Oberbürgermeisterin uns jetzt im Rat vorschlägt, der richtige ist. Diesen Weg sollten wir auch gehen. Er ist rechtskonform. Alles andere sind nur Nebelkerzen, wie ich gerade ausgeführt habe. Einen solchen Weg sollten wir nicht gehen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, Herr Joisten hat noch eine Zwischenfrage. Er hat sich schon die ganze Zeit gemeldet. Sie müssten sie ihm jetzt noch erlauben.

Ulrich Breite (FDP): Selbstverständlich erlaube ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, mir eine Frage zu stellen.

(Zurufe von der CDU: Hey!)

Christian Joisten (SPD): Es ist sehr gütig, Herr Breite, dass Sie der größten Fraktion noch einräumen, eine Frage an Sie zu richten.

(Zurufe von der CDU: Der noch größten Fraktion!)

- Ich glaube, keiner hier in diesem Rat weiß, wie das Jahr 2020 ausgeht. Also sollten wir alle kleine Brötchen backen. - Meine Frage steht aber vor dem Hintergrund der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse.

Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Breite, dass Sie nicht der Meinung sind, dass die größte Fraktion dieses Stadtrates, die damit auch einen relativ großen Anteil der Kölner Bevölkerung in Wählerstimmen widerspiegelt, im Stadtvorstand weiter vertreten sein soll? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Ulrich Breite (FDP): Ich habe gerade ausgeführt, dass meine Fraktion die jetzt Amtierende mit auf diese Position gewählt hat.

Ich kann mir auch vorstellen, dass meine Fraktion, wenn es eine qualifizierte Bewerberin oder einen qualifizierten Bewerber der SPD gibt - und da habe ich in Köln schon viele erlebt, die zur Wahl gestanden haben -, diese oder diesen auch wählen wird; selbstverständlich.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das war nicht die Frage!)

Aber es gibt für Sie, Herr Joisten, keinen Freibrief dafür. Das möchte ich hier auch deutlich machen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Wir werden uns, wenn wir hier ein richtiges Verfahren haben, die Bewerberinnen und Bewerber anschauen. Das wollen, glaube ich, auch andere Fraktionen. Wenn dann die Qualifikation stimmt, freuen wir uns doch alle, die Person zu nehmen, die sich bei einer Bestenauslese durchgesetzt hat, auch wenn sie ein SPD-Parteibuch hat.

(Christian Joisten [SPD]: Aber Sie können sich schon einen Stadtvorstand ohne SPD vorstellen?)

Aber dieses Recht gibt es nicht. Ich glaube, ich habe das hier deutlich gemacht. Nutzt doch die Chance, liebe Sozialdemokraten. Sucht in Deutschland die beste Bewerberin. Okay; es sind große Fußstapfen von Frau Dr. Klein. Aber nutzt doch die Chance, hier etwas Gutes für Köln zu bringen. Ich bin mir sicher, dass ihr fündig werdet.

Ob die Kandidatin aus München die Richtige war, muss man nach der Berichterstattung aus München, gerade in der *Süddeutschen Zeitung*, bezweifeln. Selbstverständlich können Sie es gerne nachlesen, wenn Sie mir das nicht glauben. Sie müssen es mir nicht glauben. Aber der *Süddeutschen Zeitung* werden Sie sicherlich glauben. Lesen Sie es noch einmal nach. Das ist hilfreich. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch Wortmeldungen in der ersten Runde? Danach kommen wir dann zur zweiten Runde. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Neuaufsetzung des Verfahrens wird auch von Herrn Keller im Wesentlichen damit begründet, dass der Eindruck entstanden sei, es habe im Verfahren eine vorzeitige Vorfestlegung stattgefunden. Wir kennen alle diesen *Express*-Artikel. Ich habe ihn mir gerade auch noch einmal angeschaut. Ja, der *Express*-Artikel erweckt allein durch die Schlagzeile schon diesen Eindruck. Ja, die Kandidatin erweckt auch diesen Eindruck, indem sie äußert, dass sie sich beworben hat und dass sie sich auf die Aufgabe in Köln freut. Aber da fängt es schon an. Da wird die Kandidatin nur zitiert. Wir wissen nicht, ob sie wirklich korrekt zitiert wird etc. In dem Artikel erweckt die Kandidatin aber in der Tat auch den Eindruck, als gebe es eine Vorfestlegung.

Jetzt möchte ich der SPD aber doch zur Seite springen. Hier wird behauptet, die SPD-Fraktion habe sich vorfestgelegt. Wir sprechen von den Dingen, die wir schwarz auf weiß in der Presse stehen haben, und nicht von irgendwelchen Gerüchten auf Fluren. In dem, was schwarz auf weiß in der Presse steht, kann ich nichts darüber lesen, dass die SPD-Fraktion sich vorfestgelegt hätte.

(Beifall bei der SPD)

Es mag so sein. Wir wissen es aber nicht.

Deswegen möchte ich auch auf die Befürchtung zu sprechen kommen, die Herr Joisten, wie ich finde, in der Tat zu Recht geäußert hat. Wenn wir das Verfahren jetzt wie vorgeschlagen stoppen, kann das natürlich zur Blaupause für zukünftige Indiskretionen zum richtigen Zeitpunkt im Laufe eines Verfahrens werden. Man braucht die Presse, und man braucht eine Kandidatin, die sich falsch äußert. Oder man legt ihr etwas in den Mund - oder weiß der Kuckuck was. Das sind natürlich eher Verschwörungstheorien. Aber in der Tat besteht die Gefahr, dass man so etwas gezielt lanciert, um einen Kandidaten oder eine Kandidatin zu diskreditieren. Diese Gefahr ist tatsächlich nicht ganz von der Hand zu weisen.

Ich habe aber an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Sie ja eine Neuaufsetzung des Verfahrens vorschlagen, zwei Fragen zur Vakanz.

Hier wurde gerade von einem halben Jahr oder einem Dreivierteljahr gesprochen. Dauert es tatsächlich so lange, bis ein neues Verfahren abgeschlossen ist? Das würde mich sehr interessieren. Denn es gibt ja auch den Änderungsantrag der SPD, die Wahl dann doch bei einer Sondersitzung durchzuführen - natürlich nicht heute. Wie lange würde es dauern, bis ein neues Verfahren abgeschlossen ist, wenn es denn rechtskonform läuft und die vorschlagenden Parteien sich vielleicht informell untereinander schneller auf eine Kandidatin festlegen, als sie es diesmal gemacht haben? Wie lange würde ein solches Verfahren dauern?

Und wer soll - das ist bei der Vielzahl der Aufgaben in der Tat auch sehr wichtig - die Aufgaben in der Zwischenzeit übernehmen? Vor dem Hintergrund, dass Frau Klein am 31. März 2019 ausscheidet, würde mich schon sehr interessieren, wer die Aufgaben dann in der Zwischenzeit übernimmt. Da möchte ich eigentlich am liebsten auch Namen hören. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke, ich sollte direkt antworten. Dann können weitere Wortbeiträge darauf Bezug nehmen.

Wenn ein neues Verfahren aufgesetzt wird, wird ja ausgeschrieben. Dann wird man auch, wie Herr Dr. Keller eben dargestellt hat, die bisherigen Kandidatinnen und Kandidaten darüber unterrichten, dass sie die Gelegenheit haben, sich wieder zu bewerben. Anschließend werden Auswahlgespräche stattfinden. Es kann auch eine Sondersitzung des Rates geben.

Frau Dr. Klein hat mir gerade noch einmal zur Kenntnis gegeben, dass sie bis 30. April 2019 hier ist.

(Beifall)

In der Verwaltung gibt es eine Vertretungsregelung. Sie dürfte Ihnen auch bekannt sein. - Habe ich noch etwas vergessen?

(Zuruf: Wie lange wird es dauern? - Weiterer Zuruf)

- Es ist natürlich die Frage, wer sich bewirbt. Aber das muss gar nicht so sein.

(Michael Frenzel [SPD]: Wer wird der Vertreter?)

- Ich habe gesagt, dass es eine Vertretungsregelung gibt.

(Peter Kron [SPD]: Das wissen wir!)

- Es ist doch schon einmal schön, dass Sie es wissen, Herr Kron. Offensichtlich sind Sie ja anderen Kollegen im Rat damit voraus. - Wir werden für eine gute Vertretung sorgen. Das ist heute Abend nicht die Gelegenheit, das zu entscheiden. Es gibt eine Vertretungsregelung für jeden von uns.

(Zuruf von der SPD)

- Sie können hier Fragen stellen. Aber Sie müssen mir bitte überlassen, wie ich sie beantworte.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zur Wortmeldung von Herrn Dr. Krupp, der sich eben zur zweiten Runde gemeldet hatte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nach dem Auftritt von Herrn Breite werde ich mich bemühen, hier zur Sachlichkeit zurückzukehren. Das ist dringend geboten, glaube ich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich erwarte von den Mitgliedern des Rates nicht, dass sie sich fundierte Rechtskenntnisse aneignen. Eine ernsthafte Beschäftigung mit der Materie erwarte ich bei der Verantwortung, die Sie hier tragen, allerdings schon. Dieser Verantwortung werden Sie ganz offensichtlich derzeit hinten und vorne nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD - Niklas Kienitz [CDU]: Was ist das denn für eine Borniertheit?)

Frau Oberbürgermeisterin, Sie erwecken immer wieder den Eindruck, als sei es Ihre Aufgabe, die Bestenauslese durchzuführen. Das ist schlicht falsch. Anders als in Niedersachsen haben Sie nicht einmal ein normiertes Vorschlagsrecht für den Rat. Das sieht die Gemeindeordnung - § 71 - in NRW nicht vor. Insofern ist es vollkommen daneben, in einem Verfahren, dessen Herr ausschließlich der Stadtrat ist, die Frage, ob ein ordnungsgemäßes Verfahren durchgeführt wird, davon abhängig machen zu wollen, ob es eine Vorstellung bei der Oberbürgermeisterin gegeben hat.

Selbstverständlich ist es nett, wenn es Vorstellungsgespräche bei der Oberbürgermeisterin gibt. Ich habe auch gar nichts dagegen. Rechtlich ist das aber völlig irrelevant.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vorstellungsgespräche in den Fraktionen sind im Übrigen nicht nur rechtmäßig, sondern auch völlig üblich. Das können Sie auch bei Herrn Keller in seiner Kommentierung nachlesen.

Pressespekulationen sind irrelevant.

Herr Petelkau, Sie haben eben gesagt, die SPD hätte doch den Pressebericht des *Express* öffentlich dementieren können. Nein, gerade nicht. Wir kommentieren ein laufendes Verfahren nicht öffentlich. Und genau so ist es richtig.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wirklich überhaupt nicht erkennbar, wo Sie mit der These anknüpfen wollen, dass eine Pressespekulation ein Verfahren rechtsfehlerhaft mache - insbesondere nicht nach Ablauf der Bewerbungsfrist, wenn das Bewerberfeld also nicht mehr verzerrt wird. Selbst davor hätte ich arge Zweifel.

Herr Lindlar hat damals durchaus auch noch ein paar andere abenteuerliche Rechtsauffassungen vertreten.

Zu der Bestenauslese, die immer wieder ins Feld geführt wird: Ich bin aus politischen Gründen sehr für eine Bestenauslese. Wir sollten für diese Stadt tatsächlich den Besten finden. Rechtlich sind wir hier aber nicht bei der Besetzung einer Stelle eines Laufbahnbeamten, sondern - das hat Herr Keller erwähnt - im Konfliktfeld zwischen der Bestenauslese nach Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz und dem Demokratieprinzip nach Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz. Genau in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns.

Lassen Sie mich nun aus der Kommentierung von Herrn Keller zitieren:

Die politischen Erwägungen überlagern in diesen Fällen die Bestenauslese.

So lautet seine Kommentierung. Ich mache mir das politisch ausdrücklich nicht zu eigen. Es ist aber rechtlich so.

Im Übrigen tun Sie mir heute durchaus leid, Herr Keller. Da kommt eine Vorlage der Oberbürgermeisterin, in der rechtlich gar nichts steht - außer: es ist so, weil es so ist -, und Sie müssen hinterher hier die Apologie dafür liefern. Gut; es

ist kein dankbarer Job. Aber das wussten Sie wahrscheinlich vorher.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die Auswahlentscheidung, vor der angeblich keine Presseberichterstattung stattfinden soll, damit die Bestenauslese gewährleistet ist, findet ausschließlich in einer Ratssitzung statt, in der die Wahl durchgeführt wird. Das ist die Auswahlentscheidung.

Legte man Ihre Logik zugrunde, dürfte es vorher keinerlei Presseberichterstattung geben, wer denn ausgewählt würde, weil noch längst nicht alle Ratsmitglieder sich zu diesem Zeitpunkt festgelegt haben. Sie sind aber alle mit für die Auswahlentscheidung verantwortlich. Wann darf also berichtet werden, wenn es nicht nach Ablauf der Bewerbungsfrist ist? Darf eine Woche vor der Ratssitzung und der Auswahlentscheidung berichtet werden? Darf zwei Wochen vorher berichtet werden? Darf vielleicht nur einen Tag vorher berichtet werden? Das ist doch völlig willkürlich. Rechtlich gibt es überhaupt keinen Anknüpfungspunkt dafür.

Ganz verräterisch fand ich, dass hier Folgendes gesagt wurde: Wenn wir das Verfahren jetzt abbrechen, ist das nicht so schlimm. Denn es kann keiner dagegen klagen. Ihm fehlt nämlich die subjektive Rechtsverletzung. - Das heißt auf gut Deutsch: Wir stellen jetzt darauf ab, dass die subjektive Rechtsverletzung fehlt, eine Klage also keine Aussicht auf Erfolg hat. Obwohl wir materiell rechtswidrig handeln, sagen wir: Es ist ja gut; es kommt ja keiner dagegen an.

Das kann doch wohl nicht die Logik dieses Rates sein. Dem kann ich mich in keiner Weise anschließen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was wir hier erleben, ist wirklich ein Tiefpunkt. Ich bin seit 2014 in diesem Rat. Dafür, dass ich erst so kurz dabei bin, habe ich schon viel mitgemacht. Aber ich muss sagen: So ein abenteuerliches Draufgängertum, den Ruf der Stadt weiter zu ruinieren, indem man mit hanebüchenen rechtlichen Argumenten eine Dezernentenwahl abbläst und hier Kandidaten verbrennt, wie es Herr Breite öffentlich getan oder zumindest versucht hat, schadet dieser Stadt massiv. Das hat diese Stadt nicht verdient.

Ich kann Sie nur aufrufen: Kehren Sie auf den Weg zurück, Gutes für diese Stadt zu bewirken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte schön, Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man hat hier ja vieles gehört. Es ist sehr befremdlich, wie hier Argumente ausgetauscht werden und wie man hier mit diesem Verfahren umgeht.

Man muss sich vor Augen führen, wie die Genese war. Am 21. Dezember 2018 war die Bewerbungsfrist zu Ende. Dann wurde ein Personalberater eingeschaltet. Es gab sieben Bewerber. Von den sieben Bewerbern wurden drei gerankt, darunter auch die in der Presse genannte Frau Meier.

Man redet von einer Vorfestlegung. Man spricht von Eindrücken, die erweckt werden und die Bewerber abschrecken würden, sodass sie vom Verfahren absehen. Wir reden also von Eindrücken. Wir sprechen gar nicht von Tatsachen, dass da eine Bewerbung gelaufen ist.

Denn - das kann man nicht oft genug wiederholen - nach § 71 der Gemeindeordnung wählt nicht die Fraktion der SPD die Beigeordnete. Nein, liebe Ratsmitglieder, jeder Einzelne von Ihnen wird die Beigeordnete wählen. Sie sind diejenigen, die hier Herr des Verfahrens sind - und nicht die SPD.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ja, Sie haben eine Stimme, Frau Oberbürgermeisterin. Die restlichen Stimmen haben die Ratsmitglieder. Sie wählen die Beigeordnete. Das heißt: Eine Vorfestlegung kann gar nichts daran ändern. Es kann ein Verfahren gar nicht kaputt machen, wenn eine Fraktion sagt: Das könnte vielleicht unsere Favoritin sein. - Ob das stimmt, ist sowieso nicht gesagt. Das ist doch überhaupt nicht gesagt.

Wenn man über Zuschlagsrechte nachdenken würde, müsste man sie vielleicht kritisieren. Das ist ein anderes Thema. Aber es gibt - ich weiß nicht, von welcher Seite das kam; Herr Breite, Sie haben es doch gesagt, und hier habe ich das auch gehört - gar kein Zuschlagsrecht der SPD. Wenn es also kein Zuschlagsrecht der SPD gibt, wie kann es dann eine Vorfestlegung geben?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie sind doch die Ratsmitglieder. Wie können Sie gleichzeitig sagen, dass es auf der einen Seite kein Zuschlagsrecht und auf der anderen eine

Vorfestlegung gibt? Das ist ja eine Sache der Kommunikation. Da muss man doch sagen: Das ist lanciert worden - von wem auch immer. Wir wissen ja noch nicht einmal, ob es die SPD selber war. Das wird hier einfach ins Blaue hinein behauptet. Wenn es so etwas nicht gibt, muss man das doch kommunizieren und sagen: Der Rat der Stadt Köln wählt den Beigeordneten - und nicht eine Fraktion.

Und es gibt Zuschlagsrechte. Da können Sie sagen, was Sie möchten. Sie machen das die ganze Zeit mit den Dezernenten. Die eine Fraktion sucht den einen Dezernenten aus, die nächste Fraktion einen anderen Beigeordneten. Es geht also um Zuschlagsrechte.

Dass das lanciert worden ist, kommt Ihnen, Herr Breite, der CDU und auch den Grünen doch total zupass. So können Sie ein Verfahren, das bis dahin transparent gelaufen ist, einfach stoppen, es neu aufsetzen und dann einmal sehen, wer sich hier bewirbt. Aber so kann man doch mit demokratischen Grundsätzen einfach nicht umgehen.

Jetzt heißt es von der Seite des Stadtdirektors, das Verfahren sei angreifbar. Wir werden sehen, was die SPD daraus macht und ob dieser Beschluss, wenn Sie ihn heute so fassen, vielleicht angreifbar ist.

Sie sollten darüber nachdenken - Stichwort „Vorschlagsrechte“ -, wie ein transparentes Verfahren läuft. Darüber sollten Sie vielleicht einmal diskutieren. Wir müssen auch darüber diskutieren, wie Verfahren laufen müssen. Sie müssen nämlich anders laufen. Jede Fraktion muss die Möglichkeit haben, im Bewerbungsverfahren jeden Bewerber kennenzulernen. Aber so funktioniert das hier nicht.

Sie haben über die Jahre alle bei den Dezernentenwahlen mitgemacht. Jetzt geht es um eine SPD-Bewerberin, die hier vielleicht Beigeordnete werden könnte - oder auch nicht; denn wir entscheiden das ja. Und was passiert? Sie sagen: Wir stoppen das Verfahren, weil da ein Eindruck entstanden sein könnte.

Das ist einfach nur eine Farce. Ich bitte Sie: Geben Sie sich nicht der Lächerlichkeit preis. Das, was Sie hier machen wollen, ist wirklich ein falscher Beschluss. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Können Sie das Kopfschütteln als Sitzungsleitung unterlassen?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Keller, würden Sie bitte ohne Kopfschütteln vortragen?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Bei diesem wichtigen Thema! Das ist doch nicht angemessen!)

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Krupp hat noch einige Aspekte in die Debatte geworfen. Unter anderem hat er meine Kommentierung zitiert. Das Schöne ist ja, dass wir auf der Bank des Stadtvorstandes über mehrere Kommentatoren in Gemeindeordnungsfragen verfügen. Daher haben wir auch die entsprechende Kompetenz an Bord.

Ich habe in der Tat geschrieben, dass politische Erwägungen das Prinzip der Bestenauslese überlagern. Sie beseitigen es aber nicht. Das ist ein Unterschied. Und man muss nun einmal zur Kenntnis nehmen, dass das ein Themenfeld ist, bei dem sich zwei Rechtsgebiete überlagern. Wenn sich zwei Rechtsgebiete überlagern, ist es häufig so, dass es eben nicht nur Schwarz und Weiß gibt, sondern auch viel Raum für Interpretation.

Letzten Endes ist es aber auch ein beamtenrechtliches Verfahren. Deshalb heißen wir, die wir hier sitzen, auch Wahlbeamte. Da kann man den Schwerpunkt auf den ersten Teil des Wortes legen, oder man kann den Schwerpunkt auf den zweiten Teil des Wortes legen. Wir sind Beamte. Das kann man nicht wegdiskutieren. Deshalb spielt das Prinzip der Bestenauslese auch bei der Auswahl einer Beigeordneten oder eines Beigeordneten eine entsprechende Rolle.

Sie haben abstrakt durchaus zutreffend gesagt, ein Vorschlagsrecht der Oberbürgermeisterin kenne die Gemeindeordnung nicht. Außerdem haben Sie gesagt, Vorstellungsgespräche seien irrelevant. Das Erste mag, wie gesagt, abstrakt richtig sein. Das Zweite ist aber eine Schlussfolgerung, die an dieser Stelle nicht zwingend ist.

Denn es hat ja nun - davon gehe ich jedenfalls aus - eine Verständigung auf ein bestimmtes Verfahren gegeben. Das hätte man wahrscheinlich auch anders strukturieren können. Wir haben jetzt schon mehrfach das Schreiben von Herrn Lindlar aus dem Jahr 2010 zitiert. Er regt darin ein Verfahren an, das zumindest in Köln in der Form nicht praktiziert worden ist. Aber es wäre auch ein mögliches Verfahren. Es gibt also verschiedene Verfahrensgestaltungen. Der Rat hat

aber nun einmal in seinem Beschluss vom September 2018 die Oberbürgermeisterin beauftragt, hier den Prozess zu steuern. Damit werden auch Vorstellungsgespräche aus meiner Sicht nicht irrelevant.

Das Bewerberfeld kann selbstverständlich auch nach Fristende noch verändert werden oder sich verändern. Ich kann als verfahrensführende Stelle noch Bewerber mit hineinnehmen, weil es keine Ausschlussfrist ist. Das Bewerberfeld kann sich auch von selbst reduzieren, indem Kandidatinnen und Kandidaten sagen: Hoppla, das Verfahren wird mir suspekt, zu heiß, wie auch immer; es gibt eine Vorfestlegung; ich habe ohnehin keine Chance mehr; ich kann mich aus dem Verfahren zurückziehen. - Das heißt: Das Bewerberfeld kann sich verändern. Damit spielen eben auch Vorfestlegungen eine Rolle.

Die Antwort auf die Frage, wann berichtet werden darf, steht aus meiner Sicht im Zusammenhang damit, wann der vorgesehene Verfahrensabschluss ist. So ist auch in der Vergangenheit hier oftmals verfahren worden. Wenn ein Vorschlag feststeht, der aus einem Verfahren der Bestenauslese hervorgegangen ist und dem Rat vorgelegt werden soll, kann eine Indiskretion zwischen diesem Zeitpunkt und dem Zeitpunkt der Ratsentscheidung diesen Effekt, den wir hier diskutieren, natürlich nicht mehr ohne Weiteres haben.

Herr Krupp, insofern geht es hier nicht darum, zu sagen: Wo kein Kläger, da kein Richter; alles andere ist uns egal. - Vielmehr geht es hier in einer durchaus diffizilen juristischen Situation um die Frage, wie wir rechtliche Risiken zum Wohl der Stadt minimieren, und darum, möglichst schnell die Nachfolge von Frau Kollegin Dr. Klein zu regeln.

Um Risiken zu minimieren, ist es natürlich eine legitime Erwägung, zu prüfen, wo ein erfolgreicher juristischer Angriff geführt werden könnte oder wo ist die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen juristischen Angriffs am geringsten ist. Und diese Frage beantworten wir mit der Vorlage heute.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Ich würde jetzt gerne abstimmen lassen.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe BUNT. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das

Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die ursprüngliche Vorlage mit dem aktualisierten Beschlussvorschlag, der Ihnen als Anlage zugestellt wurde, abstimmen. Auch hier bitte ich um Handzeichen. Wer wünscht dieser Vorlage zuzustimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die AfD-Fraktion und die Oberbürgermeisterin. Gibt es Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Demonstrativer Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Tagesordnungspunkt

**10.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018
3179/2018**

**TOP 10.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen in Köln 2018
hier: Errichtung einer Gesamtschule für Rondorf und den Kölner Süden
AN/0226/2019**

Ich habe als Ersten Herrn Philippi auf der Rednerliste stehen.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es fällt an dieser Stelle durchaus nicht leicht, jetzt wieder zur Tagesordnung überzugehen. Ich kann für meine Fraktion aber sagen, so sehr Sie sich heute Abend auch hier an uns abarbeiten wollen: Wir bleiben bei unserer konstruktiven Oppositionspolitik. Sie können damit rechnen, dass wir das weiter durchziehen und hier weiter treiben.

(Beifall bei der SPD)

Manche von Ihnen werden sagen: Da kommen sie schon wieder mit Rondorf. - Ich antworte: Ja, wir kommen wieder mit Rondorf,

(Beifall bei der SPD)

weil aus unserer Sicht dieser Schulstandort einer weiterführenden Schule ein Gesamtschulstandort werden soll, auch wenn wir das hier in aller

Breite vor zwei Monaten in der Dezember-Sitzung schon diskutiert haben.

Die Kölner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben ein ganz klares Bildungsprofil und innerhalb dieses Bildungsprofils ein Gesamtschulprofil. Deshalb sind wir für diesen Standort als Gesamtschule.

Im Umkehrschluss bedeutet das im Übrigen nicht, dass wir gegen Gymnasien wären. Das Gymnasium ist an diesem Standort der falsche Ort. Wir nehmen sehr wohl zur Kenntnis, dass durch die Umstellung von G8 auf G9 ein großer Druck bei den Gymnasien besteht. Das ist gar keine Frage. Deshalb sind wir nachher auch für die Prioritätenliste, in der auch reichlich Gymnasialplätze oder neue Gymnasialstandorte vorgeschlagen werden.

Meine Damen und Herren, wie ich gehört habe, ist der Bezirksbürgermeister verschiedentlich dafür kritisiert worden, dass er nach dem Ratsbeschluss im Dezember noch einmal zusammengeführt hat, wie die Situation im Stadtbezirk Rodenkirchen ist. Sie kennen alle die Beschlusslage der Bezirksvertretung.

Noch viel wichtiger und entscheidender finde ich aber, dass die Menschen, die dort vor Ort in Bildungseinrichtungen arbeiten, mit ihrem ganzen Expertenwissen alle geschlossen ebenfalls für eine Gesamtschule sind.

Es ist eigentlich seit vielen Jahren guter Brauch gewesen - insbesondere, seitdem Frau Dr. Klein das Bildungsdezernat leitet -, dass wir gesagt haben: Wir machen Schulentwicklungsplanungen und -entscheidungen im dialogischen Verfahren von unten nach oben und nicht von oben nach unten.

Deshalb appelliere ich heute Abend in diesem speziellen Fall hier noch einmal an die Mehrheit. Man kann eine falsche Entscheidung auch korrigieren. Wir hatten eben den Protest. Überlegen Sie sich das noch einmal. Ich bitte Sie darum. Wir finden an anderer Stelle gewiss auch einen passenden Gymnasialstandort. Aber machen Sie Ihre Entscheidung hier rückgängig. Man kann auch Fehler korrigieren. Rondorf sollte ein Gesamtschulstandort werden und kein Gymnasialstandort. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann führen wir die Debatte heute noch einmal. Wir haben sie im Schulausschuss geführt. Wir haben sie in den Fraktionen geführt. Wir haben sie, was auch korrekt ist, auf der Straße geführt. Wir haben sie in Rodenkirchen geführt. Dann führen sie heute hier noch einmal.

Nach meiner Kenntnis hat der Rat der Stadt Köln im Dezember 2018 final entschieden, dass in Rondorf ein Gymnasium und in Ossendorf eine Gesamtschule errichtet werden. Nach meiner Kenntnis - das ist nur formal - kann der Rat heute gar nicht noch einmal darüber beschließen und entscheiden, es anders zu machen.

Ich muss auch darauf hinweisen, dass die Entscheidung „Rondorf oder Ossendorf?“ überhaupt nicht mehr Bestandteil der Schulentwicklungsplanung ist. Das wurde laut Aussage der Dezernentin vor die Klammer gezogen, und die Entscheidung ist final im Rat im Dezember 2018 gefasst worden.

(Zuruf von der SPD)

- Doch, das ist so. Auch wenn man es überprüfen würde, käme genau das als Ergebnis heraus.

Aber ich will mich jetzt gar nicht rechtlich streiten. Das bringt ja nichts. Jeder darf hier noch einmal sagen, was er meint und wie er das sieht.

Die Fakten haben sich seit Dezember oder seit Sommer letzten Jahres nicht mehr geändert. Im Sommer hat uns die Schuldezernentin vorgeschlagen, nach der Schulentwicklungsplanung, die bis dahin gültig war, in Rondorf ein Gymnasium und in Ossendorf eine Gesamtschule zu errichten. Das sieht die Schulentwicklungsplanung bis zum Sommer 2018 vor. Und ich wiederhole mich: Auf diesem Weg begleiten wir die Schuldezernentin und stimmen genau für diese Umsetzung.

Schauen Sie sich einmal die Zahlen an. Ich kann sie auch gerne jetzt um kurz vor 21 Uhr noch einmal zum Besten geben, um nicht einseitig stehen zu lassen, dass alle Fakten nur für eine Möglichkeit sprechen würden, nämlich die, die man teilweise in Rodenkirchen für die richtige hält.

Ich kann auch nicht ändern, dass 960 Kinder an Gesamtschulen abgelehnt wurden und dort keinen Platz bekommen haben. Das finden wir bedauerlich. Davon, dass wir Gesamtschulen bauen müssen, brauche ich hier auch niemanden zu

überzeugen, glaube ich. Und auf dem Weg sind wir.

Schauen wir uns jetzt aber auch einmal an, wo die 960 Plätze fehlen. Es gibt drei Stadtbezirke, in denen die Gesamtschulplätze am meisten fehlen. Das sind Mülheim, die Innenstadt und Ehrenfeld. Und es gibt zwei Stadtbezirke, in denen auch Gesamtschulplätze fehlen, aber am wenigsten. An achter und neunter Stelle kommen der Stadtbezirk Porz, wo 51 Plätze fehlen, und der Stadtbezirk Rodenkirchen, wo 74 Plätze fehlen.

Ja, das sind 74 und 51 Plätze zu viel. Wenn ich aber eine Entscheidung treffen muss, wo ich eine neue Gesamtschule baue und wo ich ein neues Gymnasium baue, nehme ich doch den Stadtbezirk, der an dritter Stelle steht und wo 142 Gesamtschulplätze fehlen - das ist der Stadtbezirk Ehrenfeld, zu dem auch der Stadtteil Ossendorf gehört - und sage: Wenn ich Prioritäten setzen muss, weil wir nicht so schnell bauen können, wie wir es bräuchten, oder weil man zu spät damit angefangen hat, dem Schulnotstand zu begegnen, dann entscheide ich mich in der Abwägung dafür, nicht in Rodenkirchen eine Gesamtschule zu errichten, sondern zum Beispiel in Ossendorf.

Dass die Schulentwicklungsplanung vorsieht, 13 neue Gesamtschulen und acht neue Gymnasien zu bauen, muss ich hier auch nicht x-mal wiederholen. Zur Wahrheit gehört aber auch - ich zitiere Horst Thelen -: Schön wäre es, alles sofort zu machen; aber das ist leider nicht realistisch. Deshalb sind wir ja auch zu einer Priorisierung gekommen.

Ich könnte Ihnen jetzt auch noch sagen - aber das interessiert ja auch nicht jeden -, wo denn die Dichte an Gesamtschulplätzen am höchsten ist. Raten Sie doch einmal. Ist es Ossendorf? Ist es Porz? Nein, es ist der Stadtbezirk Mülheim.

Und in welchem Stadtbezirk gibt es die zweitmeisten Gesamtschulplätze? Im Stadtbezirk Rodenkirchen mit 17,9 Prozent oder 378 Plätzen. Das ist auch gut so. Das freut mich für den Stadtbezirk Rodenkirchen auch.

Aus den Daten können Sie aber doch nicht ablesen, dass primär eine weitere Gesamtschule zum Beispiel in dem Neubaugebiet Rondorf Nord-West errichtet werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Fakten haben sich seit letztem Sommer nicht verändert. Diese

Fakten haben sich seit Dezember 2018 nicht geändert.

Ich rede doch gar nicht gegen Gesamtschulen. Aber ich erkläre Ihnen hier eine Entscheidung, mit der wir sowohl fehlende Gesamtschulplätze als auch fehlende Gymnasialplätze schaffen wollen. Mit Blick auf diese Daten haben wir uns im Dezember 2018 für die Beschlüsse entschieden, die wir hier gefasst haben.

Ich möchte noch einmal sagen: Der Rat hat diese Frage final entschieden.

Dann stimmen wir eben noch einmal darüber ab. Vielleicht machen wir es künftig jede Ratssitzung so, dass wir alle Dinge noch einmal wiederholen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Bitte nicht!)

Aber man kann in Ruhe hinterher noch einmal klären, ob das der richtige Duktus ist und ob das so in Ordnung ist. Das ist mir auch egal. Stimmen wir ruhig noch einmal darüber ab.

Bitte kommen Sie aber nicht in vier Wochen noch einmal damit. Irgendwann sind die Schulentwicklungsplanung als Rahmenplanung und einzelne Maßnahmen auch einmal entschieden.

Ich wäre froh, wenn wir dann auch anfangen würden und schauen - Herr Greitemann, das ist jetzt gar kein Vorwurf -, dass wir nun einmal Performance auf die Strecke kriegen und die Umsetzung beschleunigen.

Hätten wir vor zehn Jahren nicht darüber diskutiert, die Gebäudewirtschaft kaputt zu schlagen, sondern überlegt, wie wir Verfahren umsetzen, hätten wir vielleicht schon eine fertige Schule in Rodenkirchen

(Beifall bei der CDU)

und würden vielleicht schon über eine weitere weiterführende Schule reden.

Diese Chance ist uns nicht gegeben. Daraus können wir doch nur für die Zukunft lernen. Die Entscheidung ist gefallen. Okay; sie wird heute noch einmal bestätigt. Meinetwegen kann das nächste Woche noch einmal geschehen. Aber dann sollten wir bitte auch einmal anfangen und die Entscheidungen endlich umsetzen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Thelen das Wort.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zu den Zahlen, die Helge Schlieben genannt hat, werde ich jetzt nichts mehr sagen. Denn es ist völlig klar, dass der Bedarf in anderen Stadtteilen viel höher ist - selbst bei Gründung von neuen Gesamtschulen wie in Ehrenfeld - als in Rondkirchen.

Er hat allerdings eine Zahl falsch genannt. Du weißt auch, welche.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Da hast du recht! Sorry!)

Wir haben nämlich durch unseren weisen Beschluss, den Elternwillen im Hinblick auf die Vermehrung von Gesamtschulplätzen zu berücksichtigen, das Zahlenverhältnis zwischen Gymnasien und Gesamtschulen verändert. Es beträgt nicht mehr 13 zu 8, sondern 14 zu 7.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das war ein Test, Horst! Gut gemacht!)

Jetzt möchte ich aber etwas zu dieser bedeutenden Vorlage, der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung, sagen. Denn darum geht es doch eigentlich. Die Rondorf-Sache ist entschieden.

Diese Vorlage der Stadtverwaltung ist die erste von wirklich zwei bedeutenden Vorlagen in der heutigen Sitzung. Diese umfangreiche Vorlage zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung ist in sämtlichen Ausschüssen, in allen Bezirksvertretungen und in allen Schulen beraten und vorgestellt worden. Die große Mehrzahl der genannten Institutionen hat diesen Planungen ohne Veränderungen zugestimmt, was wir als Zeichen für eine äußerst solide Planungsgrundlage werten.

Wir haben es hier - das muss man jetzt wirklich sagen - nicht mit einem fest gefügten Maßnahmenkatalog zu tun, sondern mit einer Rahmenplanung, die im Blick auf die konkreten Einzelmaßnahmen prozesshaft angelegt ist. Das bedeutet, dass auch alle ergänzenden Bemerkungen und Stellungnahmen bei den konkreten Planungen berücksichtigt werden. Das steigert dann nicht nur die Akzeptanz der Beschlussvorlagen und der Umsetzungen, sondern selbstverständlich - und das hoffen wir - auch die Qualität der Maßnahmen.

Die in dieser großen Planung vorgelegten Zahlen für die nächsten mindestens zehn Jahre von neu zu bauenden Schulen, nämlich von über 40, zeigen, vor welchem Umsetzungsproblem - ich schaue da einmal Herrn Greitemann an - die Stadt steht. Deshalb müssen wir, wo immer es möglich ist, versuchen, andere Institutionen als die Gebäudewirtschaft dafür zu gewinnen, Schulen zu bauen. Das tun wir ja auch schon. Es ist in Rondorf der Fall. Das versuchen wir auch in Ossendorf bereits. Ich hoffe, dass sich noch andere Institutionen dazu bereit erklären. Ich habe die GAG schon einmal angesprochen. Sie wollte das zuerst nicht. Die moderne Stadt wäre auch ein denkbarer Akteur dafür. Wir brauchen das wirklich.

Ebenfalls ist es natürlich nötig, dass wir die Bauweise etwa durch Module vereinfachen, um dadurch Beschleunigungen zu erzielen. Selbstverständlich sollten darunter weder die bauliche Qualität noch die pädagogische Qualität und die Aufenthaltsqualität unserer Schulgebäude leiden.

Viele von Ihnen haben sicher schon vergessen, welche fortschrittliche Schulbaurichtlinien wir hier in Köln haben.

Des Weiteren ist zu begrüßen, dass diese Vorlage deutlich macht, wohin der Weg für die weiterführenden Schulen gehen soll, nämlich zu einem zweisäuligen System von Gesamtschulen und Gymnasien. Ich werde jetzt nicht die Zahlen nennen. Wir haben das Verhältnis verbessert.

Bei den Bauten für die weiterführenden Schulen suchen wir nach einer Lösung, die nicht schon frühzeitig festlegt, für welche Schulform gebaut werden soll. Diese Flexibilität erleichtert uns dann die konkrete Entscheidung, die ja auch immer abhängig ist von den sich verändernden Wünschen der Eltern, von Veränderungen der Bevölkerungszahl, von anderen Baugebieten usw.

Ehrlicherweise müssen wir sagen, dass durch diesen Katalog das große Problem der Umsetzung nicht gelöst ist. Deshalb wird es auch für längere Zeit nötig sein, mit Provisorien zu arbeiten, um allen Schülern und Schülerinnen einen Schulplatz anbieten zu können.

Dieser skeptische Satz soll aber nicht am Ende stehen. Die vorgelegte Planung ist die notwendige, aber auch qualitativ hinreichende Voraussetzung dafür, dass unser Schulsystem bedarfsgerecht ausgebaut werden wird. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Schulverwaltung hat unter äußerst schwierigen schulpolitischen Bedingungen mit dieser Schulentwicklungsplanung eine Menge geleistet. Sie enthält eine Reihe konkreter Vorschläge für die nötige Gründung zusätzlicher Schulen. Ich finde es schon beachtlich, wie viele Gesamtschulen und Gymnasien gegründet werden.

Dennoch möchte ich mir erlauben, weniger von 13 Gesamtschulen als von elf zu sprechen; denn 2018, als 1 000 Kinder in Köln abgelehnt wurden, waren schon zwei dort genannte Schulen, die Gesamtschule in Vogelsang und die Heliosschule, am Start und haben bereits Kinder aufgenommen.

Wir haben danach im Schulausschuss auch Beschlüsse gefasst, die teilweise beachtlich sind und auch auf einen gewissen Konsens unter den Parteien schließen lassen. Ich nenne hier die bereits erwähnte Gesamtschule in Ossendorf und die Gesamtschule in der Parkstadt Süd. Hinter diese Beschlüsse sollten wir auch nicht zurückfallen.

Allerdings wird uns - ich werde das nachher genauer ausführen; denn wir kommen ja noch zu unserem Änderungsantrag zu der Schulpriorisierungsliste - das Problem der hohen Ablehnung an Gesamtschulen - das sieht meines Wissens auch niemand im Schulausschuss anders - weiter begleiten. Da gibt es also weiterhin eine Lücke. Diesem Problem stehen die momentane Ratsmehrheit und die Stadtverwaltung offenbar einfach gegenüber, ohne es lösen zu können.

Die Bedingungen sind zugegebenermaßen schwierig. Man müsste vielleicht bei der Suche von Grundstücken für Schulen mehr Nachdruck darauf legen, dass diese für Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen sind. Natürlich könnte das Land NRW den Großstädten in Nordrhein-Westfalen auch stärker entgegenkommen. Denn in Kalk und in der Parkstadt Süd verhandelt die Stadt ja bereits seit längerem über zwei große Grundstücke. Es ist traurig, dass nicht nur unter der heutigen Regierung, sondern auch schon unter der Vorgängerregierung das Land NRW den großen Städten dort zu wenig hilft.

Die Gesamtschule in der Parkstadt Süd, die eine Gesamtschule für den Stadtbezirk Rodenkirchen ist, aber am nördlichen Rand, liegt noch in weiter Ferne. In der Priorisierungsliste ist sie unter der sogenannten Prio B aufgeführt. Bis zu ihrer Realisierung werden noch viele Jahre ins Land gehen. Der Stadtbezirk braucht aber schon früher Gesamtschulplätze, insbesondere dann, wenn das große neue Wohngebiet Rondorf Nord-West entsteht.

Deshalb tragen wir auch den Antrag mit, in Rondorf Nord-West jetzt eine Gesamtschule zu gründen. Schon jetzt konnten 16 Prozent der Anmeldungen an Gesamtschulen, also die genannten 74, in Rodenkirchen nicht realisiert werden. Wenn das Wohngebiet steht, wird diese Zahl wahrscheinlich steigen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Freien Demokraten stehen zu ihrem Beschluss aus der Ratssitzung im Dezember 2018. Damals haben wir gemeinsam mit der CDU und den Grünen das Gymnasium in Rondorf beschlossen. Die Faktenlage hat sich, wie Helge Schlieben richtig ausgeführt hat, nicht verändert.

Auch ich habe selbstverständlich erneut den Brief von den Schulpflegschaften etc. zur Kenntnis genommen und auch noch einmal durchgelesen. Natürlich haben wir die Demonstration mitbekommen. Trotzdem möchten wir bei der Priorisierung, die wir hier im Dezember vorgenommen haben, bleiben.

Es ist richtig, dass wir beides brauchen. Wir brauchen für unsere Stadt Gymnasialplätze und auch Gesamtschulplätze. Da müssen wir immer abwägen. Das wird ein Prozess sein, der uns in den nächsten Jahren weiter verfolgt.

Wir halten es heute immer noch für richtig, in Rondorf das Gymnasium zu bauen. Im zweiten Schritt - das habe ich im Dezember auch gesagt - müssen wir selbstverständlich auch dort noch weiter an eine Gesamtschule denken.

Herr Philippi, da sind wir auch gar nicht weit voneinander entfernt. Sie wollen es einfach andersherum haben. Es ist in der Tat wichtig, dass

wir beide Schulen in den nächsten Jahren schaffen und dort Plätze neu entwickeln.

Des Weiteren möchte ich mich bei der Dezernentin für die Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung bedanken. Darum haben ja viele Stadtbezirke gerungen. Ich selber habe noch vor einem Jahr in Porz relativ viel Rambazamba gemacht. Dementsprechend freue ich mich auch darüber, dass Sie die Stadtbezirke dort sehr ernst nehmen und die Beschlüsse mitnehmen, die die Bezirksvertretungen gefasst haben.

Es ist richtig - das habe auch ich vernommen; ich habe das Nicken der SPD schon gesehen -, dass die Bezirksvertretung Rodenkirchen für die Gesamtschule in Rondorf gestimmt hat. Ich glaube aber, dass wir unsere Entscheidung hier wohlüberlegt haben.

Dementsprechend sollten wir auch zu unseren Beschlüssen stehen und diese weiter fokussieren. Ich fände es sehr schwierig, wenn wir jetzt in jeder Sitzung unsere Beschlüsse noch einmal überdenken würden. Das sollten wir zwar immer tun. Man kann sich auch mal korrigieren. Aber gerade in der Schullandschaft geht es auch darum, weiterzukommen. „Bauen, bauen, bauen“ ist das Stichwort. Damit sollten wir dann schnell anfangen und nicht in jeder Sitzung erneut bestimmte Standorte wieder aufmachen. Wenn eine Entscheidung steht, sollten wir sie hier auch gemeinsam vorantreiben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch, Bezirksbürgermeister Homann.

Bezirksbürgermeister Mike Homann (Rodenkirchen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Bürger, Eltern und Kinder, die heute hier demonstrieren und mittlerweile schon zu Hause sind! Zunächst möchte ich mich bei der Stadtschulpflegschaft und allen anderen bedanken, die heute hier zum Rathaus gekommen sind und für eine Gesamtschule demonstrieren. Sie sind hierhin gekommen, weil sie noch an etwas glauben. Sie glauben nämlich daran, dass sich in einer Demokratie die besten Argumente durchsetzen.

Meine Damen und Herren, ich könnte mich hier hinstellen und erneut alle Argumente aufzählen, warum ein Gymnasium in Rondorf einfach die

zweitbeste, die falsche Lösung ist und warum dort eine Gesamtschule entstehen muss.

Ich habe Ihnen zusammen mit 17 von 18 Schulleitungen meines Bezirks und elf Schulpflegschaften einen Brief geschrieben und alle Argumente aufgezählt. Bis auf die Oberbürgermeisterin hat niemand darauf geantwortet. - So viel zum Respekt.

Sie kennen alle die Argumente, und Sie kennen alle die unzähligen Unterstützer, die ebenfalls dieser Auffassung sind, seit neuestem auch die Lehrgewerkschaft. Ich darf zitieren:

Eine solche Missachtung der Meinung gewählter Institutionen und der Bürgerinnen und Bürger ist auch in Köln ohne Beispiel.

Ich könnte mich jetzt hier auch noch gegen die haltlosen und unsinnigen Vorwürfe gegen meine Person verteidigen, weil ich für den Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen kämpfe. Aber ich werde dieses Spiel nicht mitspielen. Es ist schlicht absurd.

Wir haben alle Argumente auf unserer Seite. Dennoch weigern Sie sich, diese Argumente anzuerkennen, geschweige denn entsprechend zu handeln. Für Sie ist diese unsinnige Vereinbarung, die übereilt zusammengestrickt wurde, damit man bloß nicht das Votum der BV abwarten muss, ein Deal, der Stadtteile und Stadtbezirke gegeneinander ausspielt, wichtiger als die Kinder vor Ort.

Und wissen Sie, was das Schlimmste ist? Sie glauben auch noch, Sie hätten gewonnen. Es gibt vielleicht einige wenige Kinder, die von diesem Gymnasium profitieren werden. Aber es fallen auch sehr viele Kinder bei Ihrer Entscheidung hinten herunter - Kinder, für die Sie ebenfalls die Verantwortung tragen.

Wissen Sie, Thomas Hegenbarth und einige andere haben sich heute daran erinnert - und das ist richtig -: Die Bürger sind es leid, dass sich die Politik in Köln nur um sich selber zu drehen scheint. Es scheint, dass sie sich nur von einem mutlosen Kompromiss zum nächsten schwingt, um irgendwelche Bündnisse zu retten, Posten zu ergattern, Pfründe zu sichern, Rechnungen zu begleichen.

Carsten Fiedler hat es heute überspitzt „kommunalpolitische Sandkastenspiele“ genannt, bei denen es nur noch darum geht, wer wem das Förmchen geklaut hat.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer von Ihnen kann es mit seinem Amt vereinbaren, dass eine machtpolitische Vereinbarung, die Sie getroffen haben, mehr wert ist als die sachlich richtige Lösung?

(Christoph Klausning [CDU]: Arrogant!)

- Nein, das ist nicht arrogant. Sagen Sie das doch bitte den 17 Schulleitern und allen anderen Kompetenten im Kölner Süden.

Aber ich würde Sie gerne in dieser turbulenten und emotionalen Sitzung um etwas Ungewöhnliches bitten. Ich würde Sie bitten, einmal für zehn Sekunden die Augen zu schließen, einmal tief einzuatmen und einmal tief auszuatmen. Und dann möchte ich, dass Sie sich daran erinnern, was für ein Gefühl Sie hatten, als Sie das erste Mal durch diese Türen gingen, als Sie das erste Mal diesen Ratssaal betreten haben. Erinnern Sie sich bitte, welche Nervosität, wahrscheinlich welche Neugierde, welchen Stolz, aber auch welche Ehrfurcht Sie vor der großen Verantwortung und der 800 Jahre alten Geschichte dieses Rates hatten, welche Vorfreude Sie für Ihre aufkommenden Aufgaben hatten, welche Motivation in Ihnen steckte. Sie waren mit Sicherheit voll von positivem Tatendrang.

Sie sind dann vom Oberbürgermeister verpflichtet worden und haben gesagt: und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen. Meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen!

Jeder von Ihnen wird, bevor er das erste Mal diese Worte gehört hat, bis in die Haarspitzen motiviert gewesen sein, das Beste für diese Stadt zu geben. Und diese Motivation, unsere geliebte Heimatstadt weiterzuentwickeln, sie nach vorne zu bringen, sie in die Zukunft zu führen, die richtige Entscheidung für die Stadt zu treffen, brauchen wir heute.

An Ihrem ersten Tag wird kaum einer von Ihnen über irgendwelche machttaktischen Fragen nachgedacht haben. Sie haben sich nicht wie in den letzten Wochen und Monaten oder vielleicht Jahren hier verbal die Köpfe eingeschlagen. Sie wollten diese Stadt nach vorne bringen. Ihre Motivation war es, das Richtige zu tun.

Und jetzt frage ich Sie: Wo ist diese Motivation hin? Hören Sie auf, sich gegenseitig zu bekämpfen, und treten Sie endlich in den Wettstreit der besten Argumente.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie die besten Argumente auch gewinnen. Und die besten Argumente, eigentlich alle Argumente, sprechen für eine Gesamtschule.

Meine Damen und Herren, stecken Sie Ihre Energie in die Gestaltung einer besseren Zukunft für die Bürger dieser Stadt; denn die Bürger dieser Stadt haben Ihnen die Verantwortung für die Zukunft von 1 Million Menschen und für jährlich über 4 Milliarden Euro übertragen. Die Bürger dieser Stadt haben von Ihnen das Beste verdient, was Sie zu bieten haben.

Sie haben sich bei Ihrem Amtsantritt zum Wohle der Stadt verpflichtet - nicht zum Wohle Ihrer selbst, nicht zum Wohle Ihrer Fraktion, nicht zum Wohle von irgendwelchen Vereinbarungen oder Koalitionen - zum Wohle dieser Stadt.

Die Bürger möchten, nein, die Bürger verlangen von Ihnen, dass Sie dieser Pflicht nachkommen und die sachlich richtige, die beste Entscheidung für alle Kinder im Kölner Süden treffen. Und das ist eine Gesamtschule, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Bernd Petelkau [CDU]: Sie haben sich vollkommen diskreditiert, Herr Homann! - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit! Und kein einziges sachliches Argument! - Weitere Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr und würde gerne abstimmen lassen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der SPD, der LINKEN und der Ratsgruppe BUNT ab. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Herr Wortmann enthält sich. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Vorlage auf und lasse über diese Vorlage wie Schulausschuss bzw. Finanzausschuss abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.2 Wirtschaftsplan 2019 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3639/2018**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.4 GAG Darlehen Butzweilerhof
3996/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.5 Priorisierende Schulbaumaßnahmenliste 2018
3648/2018**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0225/2019**

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes hat das Wort.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Man traut sich als Kölner Schulpolitiker oder Schulpolitikerin mittlerweile kaum noch, an eine Vorlage, in der es um Schulbau geht, ein Fragezeichen zu setzen. Heilfroh sind wir über jede Botschaft, die in irgendeiner Form signalisiert: Es geht weiter.

Nun können wir alle nicht darauf hoffen, dass ein Wunder vom Himmel fällt. Denn das Maximale, was uns die Bauverwaltung derzeit zusagen kann, ist eine sogenannte Transparenz dahingehend, dass es mit dem überwiegenden Teil im Moment und auf Jahre nicht vorwärtsgehen wird.

Meine Fragezeichen sind hier sehr groß. Die Prioritätenliste wurde heute schon angesprochen. Denn was haben wir vor uns liegen, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Eine Prio 0. Diese Projekte laufen, und es gibt Personal, um sie in den nächsten Jahren umzusetzen. Das ist lobenswert und eine positive Nachricht.

Eine Prio A. Sie umfasst alle Bauten, die aus schulfachlicher Sicht bis 2023 fertiggestellt sein müssen, für deren Bearbeitung es aber aktuell kein notwendiges Personal gibt.

Dazwischen: eine Prio Generalinstandsetzung 1. Dort kann aus baulicher Sicht kein Aufschub

mehr geduldet werden. Da sind wir uns alle einig. Dort wird einem aber angst und bange. Wir haben hier schwarz auf weiß das gesamte Drama des Schulbaunotstandes in Köln vor uns.

Das ist zwar transparent. Es hilft aber keiner einzigen Schule und keinem einzigen Kind, das sich in übervolle Klassen quetschen muss oder das - noch schlimmer - in der gewünschten Schulform abgelehnt werden muss.

In der Vorlage kündigen Sie, Herr Greitemann, ein Schulbauprogramm an. Darauf warten wir dringend. Nicht umsonst mahnen wir seit nunmehr zwei Jahren eine Gesamtstrategie und Priorisierung für den Schulbau an. Wir fragen nach weiteren Paketen in Modulbauweise - das wurde eben schon angesprochen - und nach Ideen, aber vor allen Dingen nach Flächen, die wir dringend brauchen, um das, was gefordert ist, zu realisieren.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Die für die SPD wichtigste Botschaft zum Schluss: Bei allen Maßnahmen, die sich in der Prio A oder weiter hinauf finden, fordern wir die Verwaltung dringlich auf, eine ganz klare Priorität auf die Gesamtschulen und die Berufskollegs - sie sind heute noch gar nicht angesprochen worden - zu legen. Wir brauchen modernste und leistungsfähige Berufskollegs, wenn wir dem Fachkräftemangel gerecht werden wollen.

Das müssen wir alle gemeinsam stemmen - vor dem Hintergrund von knapp 1 000 Ablehnungen für Kinder, die eine Gesamtschule besuchen könnten, aber keinen Platz finden. Das darf nicht sein. Dies ist ein trauriger Rekord der letzten Jahre.

Lassen Sie uns deswegen alle gemeinsam dafür streiten, dass wir mehr Personal einstellen, um das, was wir auch im Schulausschuss immer wieder bekräftigen, hier voranzubringen. Es wird dringend gebraucht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Dr. Schlieben hat das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Ich freue mich ja darüber, dass der Rat heute der erweiterte Schulausschuss ist und wird. Wir

können es gerne weiter so machen, dass wir alle Debatten, die wir ausreichend geführt und nach denen wir gut und konstruktiv beschlossen haben, hier noch einmal wiederholen. Das interessiert die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Massen von Gästen auf der Tribüne um 21.30 Uhr wirklich sehr. Sonst gibt es keine spannenden Themen.

Dies gilt gerade dann, wenn man solche Beschlüsse einstimmig in den entsprechenden Fachausschüssen getroffen hat und wenn man sich sogar in einer gemeinsamen Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft und des Schulausschusses zusammengesetzt hat und einstimmig beschlossen hat, um zu zeigen, wie bedeutsam das Thema ist.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich ja gar nicht, jetzt darüber zu streiten. Deshalb sehe ich auch nicht ein, warum man hier sagt: Wir wollen jetzt noch einmal darüber befinden.

Wir danken der Verwaltung dafür, dass hier ein Auftrag, den wir im Rat erteilt haben, umgesetzt wird, sodass wir endlich eine Ordnung in die Priorisierung dieser über 200 Schulbaumaßnahmen bekommen. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Diesen Dank hatten wir schon in diversen Sitzungen vorher bekundet. Herr Greitemann hatte uns in der gemeinsamen Sitzung auch erklärt, dass das der Auftakt dazu ist und wir erwarten können, dass die Verwaltung jetzt ganz konkret an den Umsetzungen arbeitet und uns noch im Frühling Umsetzungsvorschläge vorlegen wird, in denen steht, wie diese Liste auch konkret in Beton umgesetzt werden kann und welche der 59 Maßnahmen sofort oder etwas verzögert wie umgesetzt werden können.

Auch das hatten wir in der gemeinsamen Sitzung sehr positiv und konstruktiv diskutiert. Dahin gehört es auch, finde ich. Es ist aber eine wichtige Sache. Man kann hier auch noch einmal betonen, wie einig wir uns waren und was die Verwaltung uns dort zugesagt hat.

Wir nehmen auch mit - das haben wir bereits in der gemeinsamen Sitzung mitgenommen -, dass es sich dabei natürlich um eine Rahmenplanung handelt, in der nicht jede letzte Frage geklärt ist. Das war aber auch nicht der Anspruch. Der Anspruch war, dass wir die über 200 Maßnahmen, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle wehtun wird, sortieren müssen.

Für die Maßnahmen, die wir jetzt nach vorne gestellt haben, die Maßnahmen, für die wir der Verwaltung das Go geben, die Maßnahmen, für die uns die Verwaltung hoffentlich in größeren Paketen die Lösungen auf den Tisch legen wird, sage ich Ihnen jetzt auch zu: Da wird die Politik dann nicht mehr reingrätschen. Wenn wir das einmal auf den Weg gebracht haben, machen wir es nicht so wie bei anderen Maßnahmen - ich will jetzt keine Beispiele nennen -, bei denen wir dann jedes halbe Jahr wieder einen Änderungswunsch haben. Dann ist der Deckel zu. Dann wird das umgesetzt.

Und dann kommen Sie nach fünf Jahren wieder, Herr Greitemann, wenn die nächsten sieben Schulen in dem Paket - oder am besten noch mehr - fertiggestellt sind. Daher vielen Dank.

Eines werden wir heute nicht tun. Darauf hat die Kollegin Scho-Antwerpes gar keinen Bezug genommen. Ich nehme es ja ernst, dass die Fraktion DIE LINKE hier noch einen Antrag gestellt hat.

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Dazu wird sie ja noch reden!)

- Die Antragstellerin hätte ja zuerst reden können. - Ich erkläre für meine Fraktion: Wir werden heute im Rat keine Änderung der bestehenden Priorisierungen und Listen vornehmen. Die Bedeutung von Gesamtschulplätzen und Gymnasialplätzen habe ich schon betont. Das können Sie mir auch abnehmen. Aber nur durch den Beschluss werden wir nicht dafür sorgen, dass wir von heute auf morgen mehr Beton und mehr Bauten auf den Weg bringen werden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie mir einen Hinweis. Die Antragstellerin hat einen Änderungsantrag gestellt. Deswegen wurde die Rednerliste so zusammengestellt. - Herr Thelen hat das Wort.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man kann ja sagen, dass mit dieser Beschlussvorlage jetzt die notwendige Fortsetzung der in der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung genannten Maßnahmen vorliegt. Erst mit dieser Priorisierung haben sich Schulverwaltung und Bauverwaltung ehrlich gemacht im Blick da-

rauf, was wann umgesetzt werden kann und umgesetzt werden muss.

Dass die Maßnahmen nach Prioritätskategorien in Gruppen vorgestellt werden und nicht als nacheinander gereihte Einzelmaßnahmen, ist der Komplexität der Aufgabe geschuldet. Diese Liste von sieben Gruppen gibt erstmals einen transparenten und realistischen Überblick über den Schulbau der nächsten Jahre. Zentrales Anliegen der genannten 219 Maßnahmen ist die Schaffung und der Erhalt von Schulplätzen.

Die genannten, nach Kategorien priorisierten Maßnahmen sind im hohen Maß davon abhängig, wie sie in der Gebäudewirtschaft personalisiert sind und personalisiert werden. Die personalisierten und im Bau oder in der Planung befindlichen 59 Maßnahmen stellen einen wichtigen Teil dar, aber eben nur einen Teil. Die im zweiten und dritten Abschnitt genannten Baumaßnahmen, die innerhalb von fünf Jahren erstellt werden sollen, sind bisher nicht personalisiert. Das sind vor allen Dingen Sanierungsmaßnahmen, Erweiterungen und Neubauten.

Wir müssen die Verwaltung dringend auffordern, schnellstmöglich für diesen Bereich, der schon zum großen Teil beauftragt ist, Personal zu suchen und natürlich einzustellen.

Dass auch Instandsetzungsmaßnahmen genannt werden, deren Baubeginn innerhalb der nächsten zehn Jahre erfolgen soll, ist sicherlich für viele Schulen nicht tröstlich, jedoch gegenüber dem bisherigen Zustand, der bloß dem Prinzip Hoffnung folgte und in dem es keine Angaben dazu gab, wann denn mit der Bautätigkeit zu rechnen ist, ein sinnvoller Fortschritt. Im Übrigen erhalten die Schulen zwar kein genaues Datum, aber die Information über einen Zeitbereich, in dem mit der Bautätigkeit begonnen werden soll.

Wie immer, wenn eine Maßnahme nicht sofort und unmittelbar umgesetzt wird, wird es Kritik und Klagen geben. Die Alternative, über den Zeitraum zu schweigen, wie das bisher der Fall war, ist jedoch in jedem Fall die schlechtere.

Die dem Vorschlag angehängte Liste über die beauftragten Containereinheiten macht deutlich, dass es nur mit baulichen Provisorien möglich ist, Schulplätze in ausreichender Zahl zu schaffen. Ohne Provisorien und Interimsmaßnahmen ist auch eine sinnvolle Schulbautätigkeit überhaupt nicht denkbar.

Ob es möglich ist, an manchen Standorten statt eines Interims einen mit Modulen fortschreiten-

den Endausbau zu gestalten, muss in jedem Fall bei Neubauten geprüft werden, Herr Greitemann. Damit würden wir auch massiv Kosten und nicht nur Zeit sparen.

Die in dieser Vorlage genannten Zahlen machen klar, vor welcher riesiger Herausforderung die Stadt im Schulbereich steht. Die Verwaltung hat mit dieser die Maßnahmen konkretisierenden Liste eine solide Grundlage für die Umsetzung geschaffen, wofür wir ihr große Anerkennung schulden. Wir bitten um Zustimmung. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Priorisierungsliste zeigt auch, dass es Rat und Verwaltung der Stadt nicht schaffen, zwischen Gesamtschulen und Gymnasien ein ausgewogenes Verhältnis herzustellen. Wie gesagt, bestreitet keiner, dass es über viele Jahre noch eine hohe Zahl von Ablehnungen an Gesamtschulen geben wird. Viele Eltern in dieser Stadt werden sich fragen, warum es eigentlich so ist, dass es an einem Gymnasium, an einer Realschule und auch an einer Hauptschule einen garantierten Platz gibt, während der Wunsch, eine Gesamtschule zu besuchen, so diskriminiert wird, wie das im Moment der Fall ist.

Deshalb hat es mich eigentlich gefreut, dass im Dezember 2018 Frau Dr. Klein und Herr Greitemann zu einer Sitzung geladen haben, in der sie angekündigt haben, ein Programm zu starten, mit dem Bewegung in den Schulbau geraten soll - ein Ausbauprogramm, ein Schulbauprogramm. Dann wurde jedoch vorgestellt, dass dieses Schulbauprogramm lediglich für Gymnasien gilt.

Ich muss sagen: Es ist berechtigt, dass dieses Programm für Gymnasien gilt. Da besteht ein Bedarf. Aber wieso wird dieses Schulbauprogramm nicht auch um einen Teil für Gesamtschulen ergänzt?

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb stellt meine Fraktion heute hier den Antrag, in die Kategorie A der Priorisierungsliste unter Nr. 124 das in unserem Antrag aufgeführte Programm aufzunehmen und fünf neue Gymnasien und fünf neue Gesamtschulen vorzusehen. Denn es ist wahrscheinlich eine sehr sportliche Aufgabe, dass fünf Gymnasien bis 2024 gestar-

tet sein sollen bzw. dass sie 2020 an einem Interimsstandort starten sollen und dann ein Grundstück gesucht werden soll, um die Schulen zu bauen. Aber wenn man das für die Gymnasien macht, warum macht man das nicht für die Gesamtschulen? Deshalb stellen wir diesen Antrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Thelen hat eine Zwischenfrage.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte Herrn Kockerbeck eine Frage stellen. Es wird ja ein bisschen bemängelt, dass wir hier quasi Schulausschuss spielen. Wieso habt ihr den Antrag nicht im Fachausschuss gestellt, Heiner?

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Diese Frage kann ich dir gerne beantworten. Leider müssen wir manche Frage, die im Ausschuss erörtert wurde, hier noch einmal erörtern. Ich hatte im Ausschuss gesagt, dass wir diese Liste noch studieren, dass wir noch nicht so weit sind und dass wir deshalb im Rat einen Antrag stellen werden. - Danke für die Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Laufenberg das Wort.

Sylvia Laufenberg (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus; denn ich möchte nur kurz für die FDP-Fraktion darstellen, dass wir den Änderungsantrag der LINKEN ablehnen werden. Wir werden der Prioritätenliste und dementsprechend der Beschlussvorlage der Verwaltung folgen. Wir halten das für gut ausgewogen und lehnen daher den Änderungsantrag ab.

Inhaltlich ist alles gerade intensiv von den Kollegen dargestellt worden. Das möchte ich an dieser Stelle um diese Uhrzeit nicht noch einmal wiederholen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich gerne abstimmen lassen.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der LINKEN. Wer ihm zuzu-

stimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Vorlage mit den in Anlage 5 enthaltenen Änderungen abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Bestellung von Frau Prof. Dr. Dörte Diemert zur Ersten Betriebsleiterin
3788/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.7 Fahrzeugbestand der Feuerwehr Köln - Soll/Ist-Vergleich
3695/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.8 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim
Baubeschluss
3333/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Befristete Fortsetzung des Projektes „Willkommen und Ankommen in Köln“ für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU
3710/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 ‚Integrationsbudget‘ - Verteilung der Finanzmittel in 2019
4173/2018**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Sozialausschuss und Integrationsrat.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und von Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2019
0019/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2019 / 1. Teil
0103/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Beschluss der Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Mülheim-Nord und Keupstraße, Buchheim und Buchforst“
0020/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Förderung des Bildungsberatungszentrums Köln-Mülheim
0098/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2019/20
0079/2019**

Da würde ich Ihnen gerne Folgendes berichten: Derzeit gibt es ja, wie die meisten von Ihnen oder vielleicht auch Sie alle wissen, bei den städtischen Bildungs- und Kultureinrichtungen keine einheitliche Ermäßigung für Menschen mit Behinderung. Zwei Drittel der Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung erhalten in den meisten Kultureinrichtungen und Bildungseinrichtungen keine Ermäßigung. Ich habe an einer Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik teilgenommen. Dort haben wir beraten, dass die Verwaltung eine einheitliche Umsetzung der Ermäßigungsregelung vorschlagen wird, und zwar nach Maßgabe der Schwerbehindertenstelle, die für alle städtischen Einrichtungen gelten soll.

Das mag dann so gelöst werden, dass Menschen je nach Grad der Behinderung auch eine Ermäßigung erhalten, beispielsweise in Höhe von 50 Prozent. Wir entwickeln das gerade und stehen da im Wort, es auch sehr bald zum Abschluss zu bringen.

Deswegen möchte ich Sie heute bitten, abzustimmen wie Finanzausschuss. Dann würden wir nämlich keine Vorfestlegung beschließen.

Ich wollte Ihnen das nur berichten, damit Sie wissen, wie ich beabsichtige, abstimmen zu lassen. Jetzt frage ich: Gibt es Wortmeldungen? - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Im Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester ist ja nicht nur darüber diskutiert worden und dann auch einstimmig beschlossen worden, dass Schwerbehinderte und Begleitpersonen freien Eintritt haben. Es wurde auch noch beschlossen, auf welche Weise die Ticketpreise erhöht werden sollen bzw. nicht erhöht werden sollen. Das war ebenfalls eine Änderung zu der ursprünglichen Verwaltungsvorlage - auch in Abstimmung mit dem Gürzenich-Orchester.

Ein weiterer Punkt wurde aus der Vorlage herausgetrennt, nämlich der Punkt D, bei dem es um den Verkauf von Programmheften und Ähnlichem geht. Auch dieser Herauslösung wurde einstimmig zugestimmt.

Insofern möchte ich darum bitten, dass wir über die Fassung wie Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester abstimmen. Meines Erachtens hatte das bereits Eingang in die Abstimmung im Finanzausschuss gefunden. Jetzt höre ich, dass es dort nicht zugrunde gelegen haben soll. Wenn das doch der Fall ist, ist es ja unstrittig. Ansons-

ten würde ich beantragen, im Sinne des Betriebsausschusses Gürzenich-Orchester, der ja der Fachausschuss dafür ist, abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht darf ich einmal zitieren, was im Finanzausschuss, dem ich ja selber nicht angehöre, beschlossen wurde:

Der Rat setzt die Eintrittspreise für die Konzerte des Gürzenich-Orchesters Köln in der Kölner Philharmonie ab der Spielzeit 2019/2020 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung neu fest.

Da sind die Kartenpreise zugrunde gelegt. Ich spreche jetzt nur von dem Passus der Schwerbehinderten. Alles andere würden wir nach der Vorlage, die ich jetzt habe, mit dem Finanzausschuss besprechen. - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Konkret hat der zuständige Bühnenausschuss beschlossen, dass die beiden unteren Kartenpreissegmente unverändert bleiben und dass das zulasten der oberen Kartenpreissegmente geht. Das heißt, dass die Gegenfinanzierung über die beiden oberen Kategorien stattfindet. Es wäre gut, wenn das in der neuen Gebührenordnung dann auch Niederschlag finden würde.

Wir haben uns, weil die Diskussion heute in der Fraktion noch einmal aufgekommen ist, den Beschlusstext noch einmal angeschaut. Darin ist richtigerweise aufgeführt, wer alles in den Genuss von Ermäßigungen kommen kann, zum Beispiel Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie Auszubildende. Das ist alles sehr gut. Dieser Text kann natürlich auch so übernommen werden. Köln-Pass-Inhaber sind dort auch erwähnt.

Allerdings fehlen - und dazu gibt es einen allgemeinen Beschluss - die Ehrenamtskarten und die Juleicas, also die Jugendleiter-Karten. Hier im Rat der Stadt Köln ist es Beschlusslage, dass deren Inhaber auch in den Genuss von Ermäßigungen beim Besuch öffentlicher Einrichtungen kommen sollen. Es wäre gut, wenn das dann im Rahmen der Gebührenordnung auch mitberücksichtigt würde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Meine Damen und Herren! Meiner Kenntnis nach lag dem Finanzausschuss ja die Beschlusslage des zuständigen Fachausschusses gar nicht vor.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, das Protokoll!)

- Ja? Ich kann nur sagen: nach meiner Kenntnislage. Wenn das anders war, ziehe ich diesen Einwand jetzt zurück.

Aber wir haben uns auch ganz bewusst nach intensiver Debatte für den Vorschlag der CDU-Fraktion, auch die Menschen mit Behinderung zu befreien, ausgesprochen. Wir hatten da eine Einstimmigkeit. Deswegen würde ich auch dem Antrag von Frau von Bülow folgen. Wir sollten über diesen Beschluss hier so abstimmen, wie er im zuständigen Fachausschuss beschlossen worden ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir hatten das Weiteren beschlossen - das ist auch in dem als Anlage beigefügten Auszug aus dem Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester enthalten -, den Punkt D ersatzlos zu streichen. Dabei geht es um die kostenfreie Abgabe von Programmheften. Das wollten wir nicht mehr in der Vorlage stehen haben, weil letztendlich ein Dissens zwischen - - Es gehört eigentlich in den nichtöffentlichen Teil. Wenn man das streichen würde, würde die Kassenführung für das Servicepersonal wegfallen. Und das ist ein wichtiger Bestandteil zur Eingruppierung. Wenn er nicht mehr existiert, wird es nur noch eine Eingruppierung der einfachsten Art geben.

Weil da ein Dissens besteht, haben wir gesagt, dass wir diesen Punkt herausnehmen, bis das geklärt ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe an der Sitzung des Finanzausschusses teilgenommen. Der Vorsitzende ist, glaube ich, gerade nicht im Raum.

Es gibt eine Anlage 1. Sie lag im Finanzausschuss vor und wurde dort zur Abstimmung gestellt. Diese Anlage 1 beinhaltet den Beschluss des Betriebsausschusses Gürzenich-Orchester. Und hier steht:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Sie beinhaltet unter anderem den Punkt der Ermäßigung:

- 50 % für Schüler; Studenten (bis 28 Jahre), Auszubildende, Wehr- und Bundesfreiwilligendienstleistende, Köln-Pass sowie Köln-Card Inhaber,
- Schwerbehinderte und Begleitpersonen für Schwerbehinderte oder Rollstuhlfahrer erhalten freien Eintritt.

Darüber stehen die veränderten Kategorien und Preisskalen für das Abonnement.

Dem sind wir so gefolgt. Ich gehe davon aus, dass der Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester wusste, was er tat. Der Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester hat ja einstimmig beschlossen. Sie müssen also auch zugestimmt haben, Frau Stahlhofen. Deshalb sehe ich jetzt überhaupt keinen Grund, warum wir hier ad hoc etwas verändern sollten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sich eine Gleichbehandlung vorstellt.

Ich würde gerne noch einmal, weil ich jetzt zwei verschiedene --. Ja, aber wenn man eins schon beschlossen hat und eine Gleichbehandlung möchte, muss man alles so machen. Ob das für die anderen städtischen Einrichtungen möglich ist, weiß ich nicht.

Ich würde aber gerne noch einmal den Vorsitzenden des Finanzausschusses fragen; denn ich habe hier zwei völlig unterschiedliche Berichte und weiß jetzt nicht, was passiert ist. - Danke, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es hilft: Ich glaube, dass der Sitzungsleitung des Rates die richtige Beschlussfassung übermittelt worden ist. Es ist im Ergebnis aber irrelevant; denn der Rat entscheidet ja selbst, was er entscheiden möchte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So ist es, ja.

Martin Börschel (SPD): Insofern sind Sie frei, heute Abend das zu tun, was Sie möchten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist völlig klar. Ich wollte nur darüber aufklären, was in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik angeregt wurde, nämlich eine Vereinheitlichung der Preise. Aber selbstverständlich ist der Rat in seiner Entscheidung frei.

Herr Börschel, ich habe Sie jetzt so verstanden, dass der Finanzausschuss wie Vorlage beschlossen hat.

(Martin Börschel [SPD]: Ja!)

- Ja. Vielen Dank. Dann ist das so. - Dann stelle ich das jetzt so zur Abstimmung.

(Zurufe)

- Der Vorsitzende des Finanzausschusses hat gerade dargestellt, wie beschlossen wurde.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Aber wir haben einen anderen Vorschlag!)

- Dann stellen Sie doch einen Antrag.

Martin Börschel (SPD): Genau. Das wollte ich gerade auch anregen. Es mag ja sein, dass das ein Fehler war. Aber es gibt nun einmal Mitglieder des Betriebsausschusses Gürzenich-Orchester, die in Personalunion auch Mitglieder des Finanzausschusses sind. Ihnen ist diese Differenz offensichtlich nicht aufgefallen. Das kommt in den besten Familien vor. Dann muss man es eben heute korrigieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So ist das. - Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Wenn ich es richtig verstanden habe, hat Frau von Bülow eben den Antrag gestellt - und wir haben uns diesem Antrag angeschlossen -, so zu beschließen, wie der Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester beschlossen hat.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt haben wir den Sachverhalt jedenfalls geklärt. Vielen Dank dafür. Das ist die Grundlage, um hier eine Entscheidung treffen zu können.

Dann lasse ich zunächst - Herrn Dr. Elster sprechen.

Dr. Ralph Elster (CDU): Ich hatte für die CDU-Fraktion vorgetragen, dass die Ehrenamtskarten und die Juleicas auch zu berücksichtigen sind, wenn dann noch einmal über die Gebührenordnung nachgedacht wird; denn es gibt Beschlüsse, dass sie bei Ermäßigungen berücksichtigt werden müssen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würde ich Sie doch bitten, jetzt einen Antrag zu formulieren, über den ich dann beschließen lassen kann.

Bernd Petelkau (CDU): Der Antrag ist, so zu beschließen wie der Betriebsausschuss Gürzenich-Orchester inklusive - das ist jetzt die Ergänzung - Jugendleiter- und Ehrenamtskarten.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Vor dem Hintergrund der Beschlusslage des Rates!)

Das ist der Antrag.

(Zuruf: Und vor dem Hintergrund der Wünsche der Stadtarbeitsgemeinschaft!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, vor dem Hintergrund der Wünsche der Stadtarbeitsgemeinschaft kann man das nicht beschließen lassen. Das müssen wir dann irgendwie anders nachholen.

Dann lasse ich zunächst über den soeben formulierten Antrag abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP-Fraktion, Rot-Weiß, die AfD und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Wie wunderbar.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Und die Oberbürgermeisterin?)

- Die Oberbürgermeisterin stimmt mit. Das ist ja völlig klar. Ich stimme doch nicht alleine dage-

gen. - Enthaltungen kann es nicht mehr geben. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Bildungslandschaft Altstadt Nord (BAN) - Baubeschluss für Baufeld C - Abendgymnasium 2589/2018

Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse abstimmen wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und Finanzausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.17 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09./09.09.1991 hinsichtlich der Federführung für die Maßnahme Kapazitätserweiterung durch Verlängerung der Bahnsteige an Haltestellen der Linien 4 und 13 sowie Beschluss über die Umsetzung der Planung bis Leistungsphase 3 HOAI durch die KVB 2723/2018

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0218/2019

Dazu liegt eine Rednerliste vor. Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich erst einmal dafür entschuldigen, dass ich diese Fachdebatte jetzt noch zu so später Stunde in den Rat trage. Es war mir leider aus beruflichen Gründen nicht möglich, diesen Änderungsantrag schon vor der Sitzung des Verkehrsausschusses zu stellen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Und wir müssen jetzt darunter leiden!)

- Genau; Niklas Kienitz muss darunter leiden. - Deswegen gebe ich auch denjenigen, die von Verkehrspolitik in Köln nicht ganz so viel Ahnung haben, eine kurze Einführung.

Wir haben bei der KVB bisher Niederflurstraßenbahnen und Hochflurstraßenbahnen. Nach diesem Beschluss, den wir hier fassen sollen, um mehr Kapazität insbesondere auf die Linien 4 und 13 zu bringen, haben wir künftig nicht nur Niederflurfahrzeuge und Hochflurfahrzeuge; von

den Hochflurfahrzeugen gibt es dann auch welche mit 60 Metern und welche mit 70 Metern.

Es kann sicherlich nur ein Provisorium sein, hier 10 Meter dazwischenzuschweißen. Wir sind auf der Suche nach einer Lösung für die lange Frist.

Das ist der Inhalt unseres Änderungsantrags. Es geht darum, auf der Linie 4 auch eine Dreifachtraktion möglich zu machen, also drei der bisherigen Wagen hintereinanderzukoppeln. Dabei gibt es zwei Problemhaltstellen, nämlich den Wiener Platz und die Grünstraße, die nicht so einfach zu erweitern wären. In unserem Änderungsantrag geht es aber gerade darum, die Vorkehrungen dafür zu treffen, dass man die Haltestellen immer noch erweitern kann, und nichts zu verbauen. Für die beiden Haltestellen, die ich gerade genannt habe, müsste dann eine andere Lösung gefunden werden.

Die Linie 13 halte ich eigentlich für den Hidden Champion - das habe ich im Verkehrsausschuss auch gesagt - unseres KVB-Strassenbahnnetzes. Dort ist eigentlich noch mehr Kapazität möglich. Die Kölner Fahrgäste haben ja alle das Bestreben, zum Neumarkt zu wollen, weil dort so viele Bahnen fahren und man so schön umsteigen kann. Das Ziel sollte es sein, Fahrgäste von der Innenstadt fernzuhalten und dazu zu bringen, sich andere Wege suchen. Wir wissen ja, dass die Fahrgäste der KVB gerne surfen und einfach gucken: Wie komme ich am schnellsten mit den besten Verbindungen zu meinem Ziel?

Daher sollten wir aus meiner Sicht die Linie 13 attraktiver machen und dort im Regelbetrieb einen Fünfminutentakt anbieten. Das haben wir sonst auch auf allen Strecken. Auf der 13 fährt aber nur eine Linie. Sonst liegen zwei Linien übereinander bzw. gibt es auf der Linie 18 einen engeren Takt.

Der zweite Teil unseres Änderungsantrags ist, auch das nicht aus dem Auge zu verlieren und die KVB zu beauftragen, die nötigen Maßnahmen - da geht es um die Endhaltestelle und den Fuhrpark - in die Wege zu leiten, damit wir irgendwann auf der Linie 13 auch einen Fünfminutentakt fahren können, wie wir das auf allen anderen Strecken durch übereinanderliegende Linien auch haben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich würde mich freuen, wenn wir dafür heute Abend noch eine Mehrheit finden würden. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Auf der Rednerliste stehen Herr Pöttgen, Herr Hammer und Herr Weisenstein. Herr Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Ich mache das von hier unten. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist einer dieser Schnellschüsse, von denen ich eben gesprochen habe. Ich kann mir ganz viel vorstellen. An ganz vielen Stellen in dieser Stadt ist ein Ausbau des Netzes denkbar. Zwar ist es schön, zu überlegen, wie man die Linie 13 irgendwie verlängern kann. Wir sind jetzt aber nicht an der Stelle, diese Debatten zu führen. Vielmehr ist das hier die erste Maßnahme, die jetzt endlich einmal kommt, um die Roadmap umzusetzen. Das sollten wir tun.

Wie irgendwann einmal vielleicht ein Fünfminutentakt möglich wäre, ist eine ganz andere Frage. Ralph, du hast dabei jetzt völlig verschwiegen, dass wir im Rechtsrheinischen tatsächlich ein Trassenbelegungsproblem haben und dass das im Linksrheinischen heute schon möglich wäre. Dann musst du auch schon einmal sagen, was du mit der Linie 18 machen willst. Das ist nicht mal eben so verlegt.

Wir halten das wirklich für einen Schnellschuss aus der Hüfte nach dem Motto: Herr Lehrer, ich habe auch noch eine Idee. - Den Vorschlag, jetzt mal eben nebenbei noch den Vertrag zu ändern, der über eine halbe Ewigkeit vorzubereiten ist, finden wir unseriös. Deswegen stimmen wir heute dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte es auch kurz von hier unten machen. - Der Änderungsantrag geht nach unserer Interpretation vor allen Dingen in die Richtung, jetzt nichts zu verbauen. Es wird gar nicht konkret gesagt: Wir machen das jetzt soundso.

Im Übrigen reden wir ja generell davon, dass wir die Infrastruktur in dieser Stadt - sei es Verkehrsinfrastruktur, seien es andere große Infrastrukturen - generell flexibler halten müssen, um jetzt schon Vorkehrungen treffen zu können, damit wir in den nächsten zehn, 20 und 30 Jahren - denn

das sind die Zeithorizonte, über die wir da teilweise leider reden müssen - nicht wieder anfangen müssen, groß neu zu planen und umzuplanen. Deshalb geht es darum, schon jetzt die Vorkehrungen dafür zu treffen, wie es zukünftig einmal aussehen könnte.

Das gilt auch im Sinne dessen, was wir heute ganz am Anfang der Sitzung auch schon zum Verkehr beschlossen haben. Wir müssen nämlich schauen, wie wir uns denn jetzt nichts für die Zukunft verschlagen. Daher kann unsere Fraktion diesem Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Sterck, grundsätzlich ist es natürlich immer gut, wenn man vorausschaut und sich Möglichkeiten und die Zukunft nicht verbaut. Was Sie hier vorschlagen, ist aber schon ein Riesenbrocken. Um das noch einmal zu verdeutlichen: Wir gehen ja momentan davon aus, dass wir auf den genannten Linien etwas längere Züge bekommen, aber keine Dreifachtraktion, sondern die aufgeschnittenen und wieder zusammengeschweißten Wagen. Das ist doch wahrscheinlich schon allein baulich etwas ganz anderes.

Ich tue mich etwas schwer damit, einfach für diesen Antrag zu stimmen, ohne ein bisschen Fachexpertise von der Verwaltung zu haben. Daher möchte ich jetzt die Verwaltung fragen: Kann die Verwaltung etwas dazu sagen, ob es durch die Maßnahmen, die wir mit diesem Änderungsantrag beschließen sollen, bei den aktuellen Planungen der kleineren Kapazitätserweiterung zu wesentlichen Verzögerungen kommt? Oder sagen Sie: „Kein Problem; das wuppen wir; das können wir machen“? Das wäre für mich ausschlaggebend.

Gestatten Sie mir noch eine Anregung an den Antragsteller. Vielleicht können Sie noch einmal überlegen, ob es mit einem Prüfauftrag auch getan wäre.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome, bitte.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir würden das, wenn es so beschlossen wäre, natürlich prüfen und würden Ihnen dazu dann auch ein entsprechendes Zwischenergebnis vorlegen können.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]:
Dann beschließen wir das als Prüfauftrag?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein. Da besteht jetzt ein Dissens zwischen Ihnen. Sie verstehen das als Antrag und nicht als Prüfauftrag, oder?

(Ralph Sterck [FDP]: Ja!)

- Okay. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU, die FDP und die Ratsgruppe GUT. Gibt es Enthaltungen? - Die LINKEN enthalten sich. Dann ist er angenommen.

Jetzt lasse ich über die geänderte Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 Beschluss über die Planung und Durchführung der Maßnahme „Umgestaltung des Rochusplatzes“ in Köln-Bickendorf aus dem Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ (Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf) hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Beauftragung von externen Planungsleistungen und Grundstückskosten 2423/2018

Ich gebe Herrn Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Vorlage hat in den letzten beiden beratenden Ausschüssen kein Votum erfahren. Warum? Insbesondere der Stadtentwicklungsausschuss hat auf Bitten der CDU-Fraktion nicht entschieden, weil wir noch Beratungsbedarf angemeldet hatten.

Es ist dann in Rücksprache mit Herrn Greitemann und Frau Blome gelungen, kleine Ergänzungen vorzunehmen, die ich hier kurz vortragen möchte. Ich habe das auch mit den Stadtentwicklungsausschuss-Kollegen abgesprochen.

Wir möchten die Vorlage gerne um einen Punkt ergänzen, in dem die Verwaltung beauftragt wird, die von der Bezirksvertretung gewünschte Verschwenkung in der Planung und Umsetzung frei zu halten sowie den gewünschten Kreisverkehr an der Wilhelm-Mauser-Straße planerisch zu berücksichtigen.

Eine weitere Ergänzung möchten wir mit einem neuen Punkt 6 vornehmen, in dem die Verwaltung beauftragt wird, ein Fachgespräch mit der Bezirksvertretung mit Beteiligung der Bürgerschaft zur weiteren Gestaltung des Rochusplatzes zu initiieren.

Der Hintergrund ist, dass sich dort seit mehr als zehn Jahren Menschen engagiert haben, also mit ihren Ideen eingebracht haben. Sie sind ja auch teilweise berücksichtigt worden. Es gibt aber insgesamt ein Kommunikationsproblem, glaube ich.

Es gibt ja durchaus Gründe, die dafürsprechen, mit der Verwaltung diesen Weg zu gehen. Insbesondere gibt es die dringende Bitte von Herrn Greitemann, der Vorlage zuzustimmen, damit Fördergelder nicht verloren gehen. Das sehen wir alles.

Wir sehen aber auch einen dringenden Gesprächsbedarf, um dort vor Ort für eine größere Zustimmung und um Verständnis für das Vorgehen der Verwaltung zu werben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte sehr, Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank für die Erläuterungen, Herr Kienitz. In der Tat hatten wir im Stadtentwicklungsausschuss eine intensive Debatte darüber geführt.

Wir hatten Herrn Greitemann zuletzt so verstanden, dass das Entscheidende natürlich ist, dass dieser Ausbau des Bickendorfer Marktes sehr eng mit dem Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ verbunden ist und dass die Fördergelder auf keinen Fall gefährdet werden dürfen.

In der Anlage 10 hat die Verwaltung auch noch einmal deutlich gemacht: Wenn man sich in eini-

gen Jahren vielleicht überlegen würde, die Situation an der Venloer Straße zu verändern, beispielsweise durch die von der Initiative „Künstler für Bickendorf“ angeregte Verlegung der Straße, könnte man das dann zwar machen. Allerdings wäre es doch zumindest förderschädlich, wenn man die Anlagen, die man dort jetzt einbaut, wieder zurückbauen würde.

Andererseits habe ich Herrn Greitemann so verstanden - korrigieren Sie mich bitte gegebenenfalls, Herr Greitemann -, dass dann, wenn man den Ausbau in dieser Form, wie die Verwaltung ihn jetzt vorgeschlagen hat, nicht beschließt, also sich im Grunde genommen auf zehn oder vielleicht eher 20 oder 25 Jahre - vielleicht können Sie das noch einmal beziffern, Herr Greitemann - festlegt, das gesamte Förderprogramm gefährdet wäre.

Mir sind also zwei Dinge wichtig: Erstens. Ist das Förderprogramm nicht gefährdet? Zweitens. Ist es richtig, dass wir jetzt eigentlich gar keine andere Möglichkeit haben, als für die Beschlussvorlage der Verwaltung und den von ihr vorgeschlagenen Ausbau zu stimmen, weil die Alternative, die die Bickendorfer Künstler vorgeschlagen haben, überhaupt nicht als Planungsgrundlage zur Verfügung steht, sodass Sie uns, wenn wir diese noch verfolgen wollten, im Grunde genommen gar keine Chance lassen, sie in den nächsten 20 Jahren dann noch zu realisieren?

Deswegen wäre es für mich wichtig, Herr Greitemann, dass Sie noch einmal erläutern: Was ist der Unterschied zwischen dem, was Herr Kienitz jetzt formuliert hat, und dem von der Verwaltung in der Anlage 10 Vorgetragenen? Da schreiben Sie ja auch schon, dass Sie zumindest die Bäume nicht so pflanzen, dass sie wieder gefällt werden müssen, wenn man die Straße verlegt. Aber was ist der Unterschied zwischen der Anlage 10 und dem, was Herr Kienitz gerade vorgetragen hat? - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann, darf ich Sie um Erläuterung bitten?

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Frenzel, wenn wir diesen Antrag, der jetzt ergänzt worden ist, so beschließen, ist das unschädlich bezüglich der Fördermittel, insbesondere des ISEK. Das ist eindeutig.

Zweitens. Sie haben vollkommen recht. In unserer Vorlage steht, dass wir diesen Ausbauzu-

stand - erstens wegen der Förderunschädlichkeit, aber zweitens auch, weil das sinnvoll ist, wenn man so etwas baut - für 15 Jahre dort haben werden. Das ist auch ehrlich und ist wahr.

Drittens. Die Trasse, die von den Bickendorfer Künstlern und auch einigen Bewohnern und Bürgern von Bickendorf gewünscht wird, werden wir frei halten. Dann können wir auch entsprechend umbauen, wenn der Bedarf wirklich da ist, bezüglich Verkehre etc. Diese Möglichkeiten haben wir also.

Viertens. Mir war es auch ein Anliegen - so weit sind wir in den Gesprächen auch übereingekommen -, dass wir als Fachverwaltung die gesamte Situation vor Ort noch einmal erläutern. Deswegen habe ich dem auch ausdrücklich zugestimmt. Auch wir beiden haben uns gewünscht, dass wir da als Fachverwaltung immer selbst hingehen und den Beschluss so erläutern - allein wegen der Transparenz und wegen der Kommunikation, die vorher vielleicht nicht ganz so glücklich gewesen ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank für die Erläuterungen, Herr Greitemann. - Nun hat es ja schon eine Bürgerbeteiligung gegeben. Der Beschluss von Herrn Kienitz ist also nicht so zu verstehen, dass wir noch einmal eine Bürgerbeteiligung nachholen, sondern so, dass es ein Gespräch zwischen der Verwaltung, der Initiative, den Bürgern, der Bezirksvertretung und dem Stadtentwicklungsausschuss geben wird, und zwar über den Ausbau, der jetzt geplant ist?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist so vorgetragen worden. Herr Greitemann? - Ja, das ist gerade mündlich vorgetragen worden:

... beauftragt die Verwaltung, ein Fachgespräch mit der Bezirksvertretung mit Beteiligung der Bürgerschaft ... zu initiieren.

(Niklas Kienitz [CDU]: Der Kollege hat es auch schriftlich!)

- Entschuldigung. Dann brauche ich es ja nicht noch einmal vorzutragen. Aber es wurde noch einmal nachgefragt. Ich will es ja nur klarstellen.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin, ganz kurz: Es steht ausdrücklich darin. Sie haben vom Stadtentwicklungsausschuss gesprochen. Wir sehen es als unsere Aufgabe als Fachverwaltung, ein Fachgespräch zu führen.

Um das noch einmal deutlich zu machen: Ja, es hat letztes Jahr im Juli bereits eine Bürgerbeteiligung gegeben. In der Zwischenzeit hat es keine weiteren Gespräche gegeben - nur persönlich von mir, nichts öffentlich. Das Gespräch werden wir jetzt noch einmal aufnehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kron.

Peter Kron (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Eben fiel der Begriff „zehn Jahre“. Ich persönlich bin mit diesem Platz seit 25 Jahren politisch verbunden.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich habe da schwimmen gelernt!)

- Auf dem Platz?

(Niklas Kienitz [CDU]: Da stand ein Schwimmbad!)

- Ist das wahr? - Ich bin seit 25 Jahren damit befasst. Da fand nämlich der erste Architektenwettbewerb zur Bebauung des Platzes statt. Mittlerweile hat man ja damit angefangen, weil es eine Menge Bürgerbeteiligung gab - mit großen Veranstaltungen, die dann dazu geführt haben, dass jetzt endlich gebaut wird.

Da aber die Förderanträge dieses Jahres gestellt werden müssen - im ersten Halbjahr oder jedenfalls dieses Jahr -, darf es ja keine Verzögerungen durch Diskussionen über den Standort von zwei bis drei Bäumen oder einem Brunnen mehr geben. Man sollte zwar diesen Kontakt mit der BV und der Initiative suchen. Es darf aber nicht zu einer Verzögerung kommen, die dann ja auch förderschädlich wäre. Es muss endlich einmal etwas passieren - Wohnungen sind ja dabei, gebaut zu werden -, damit dieser Platz vernünftig gestaltet wird.

Danke für die Anlage 10, Herr Greitemann. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es scheint keine weiteren Wortmeldungen zum Rorschplatz mehr zu geben.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der CDU abstimmen. Er ist mündlich vorgelesen worden und liegt auch schriftlich vor, wie ich eben gelernt habe. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die Ratsgruppen GUT und BUNT, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, Rot-Weiß und die AfD. Dann ist das so beschlossen. Es kann auch keine Enthaltungen mehr geben.

Nun lasse ich die so geänderte Vorlage beschließen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die geänderte Vorlage so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Projekt OptiWohn: Quartiersspezifische Sondierung und Entwicklung innovativer Strategien zur optimierten Nutzung von Wohnflächen - klimafreundliches Wohnen in Köln
2783/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Rheinische Musikschule Köln, Mittelfreigabe und Konzept
3536/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Zügigkeitserhöhung des Bildungsgangs Fachoberschule FOS 12 Typ B / Technik am Nikolaus-August-Otto-Berufskolleg (BK 18)
0132/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.22 Aufbau eines Kriminalpräventiven Rates Köln
0252/2019**

Hier schlage ich vor, zunächst über den Beschlusspunkt 1 - das ist das Konzept Kriminalpräventiver Rat - und dann über den Beschlusspunkt 2 - das ist die Wahl - abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden? - Gut.

Beschlusspunkt 1. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Beschlusspunkt 2. Zu der Wahl liegen mir folgende Vorschläge vor - gewählt wird ja je ein Vertreter der im Hauptausschuss stimmberechtigten Fraktionen -:

- Mitglied: Herr Dr. Krupp
Stellvertreter: Herr Dr. Schulz(?)

- Mitglied: Frau Sommer
Stellvertreter: Herr Michel

- Mitglied: Frau Prof. Dr. Killersreiter
Stellvertreter: Herr Schwanitz

- Mitglied: Frau Tokyürek
Stellvertreter: Herr Detjen

- Mitglied: Herr Görzel
Stellvertreter: Herr Breite

Sind Sie damit einverstanden, dass wir jetzt über die Wahlvorschläge in toto abstimmen? - Ja.

Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gegen diese Wahlvorschläge gibt. - Es gibt Gegenstimmen der AfD-Fraktion und von Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.23 Einrichtung eines Last-Minute-Angebots bei der Volkshochschule Köln
4269/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.24 Erstellung eines Neubaus für die Heliosschulen - Grund- und Gesamtschule mit einer Ein- und einer Dreifeldsporthalle als inklusive Universitätschule der Stadt Köln an der Vogelsanger Str. (ehemaliges Helios-Gelände) in Köln-Ehrenfeld
Baubeschluss
3635/2018**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gerne kurz nach vorne gekommen, weil dieser Baubeschluss den heutigen Tag für mich zu einem persönlichen Freudentag macht.

Ich bin seit 2009 Mitglied im Rat. 2010 musste ich in der *StadtRevue* lesen, dass Superschurken ein Einkaufszentrum mitten in unserem Veedel bauen wollten. Wir haben am 2. Mai 2010 im Lokal „Weltempfänger“ - manchem auch bekannt - an der Venloer Straße eine Bürgerinitiative dagegen gegründet.

Das lief alles ganz gut. Dann wurde es immer größer. Die Überlegungen gingen hin und her. Was machen wir denn mit dem Gelände, wenn dahin kein Einkaufszentrum kommt? Wir müssen positive Alternativen formulieren. Ehrlich gesagt, lag Wohnbebauung ziemlich nahe. Wir haben auch über gemischte Gewerbehöfe etc. gesprochen, eine Fahrradfabrik oder natürlich auch unseren Park, den wir damals vorgeschlagen hatten. Das waren alles tolle Ideen.

Aber niemand hat am Anfang von einer Schule gesprochen, Frau Klein. Ich schlug dann morgens den *Kölner Stadt-Anzeiger* auf - Schule war überhaupt nicht in der Diskussion - und traute meinen Augen nicht, als ich einen halbseitigen Artikel von Herrn Frangenberg las, in dem stand: Auf dem Helios-Gelände soll auf Vorschlag von Frau Klein eine Gesamtschule errichtet werden.

Es war wirklich sensationell. Wir hatten das alle nicht auf dem Schirm. Ich gratuliere Ihnen heute dazu, dass das gelungen ist. Schließlich ist es auch nicht irgendeine Schule. Es ist ja nicht nur gut, dass man ein Einkaufszentrum, das eher zu Verblödung anregt, durch eine Bildungsstätte ersetzt. Das ist schon einmal sensationell. Aber dann errichtet man auch noch eine inklusive Gesamtschule an diesem Standort. Das war wirklich großartig.

Uns allen ist ein Stein vom Herzen gefallen, als das dann Realität wurde - auch wenn der eine oder andere, der dafür gestimmt hat, vielleicht gar nicht ganz genau wusste, was für eine Art von Schule das wird, und sich über das pädagogische Konzept möglicherweise nicht richtig informiert hatte. Ich finde es dennoch großartig.

Ich möchte aber auch einen flammenden Appell - um hier alle wieder aufzuwecken - an den Inves-

tor richten. Wir haben noch eine ganze Menge Baustellen auf dem Helios-Gelände. Die Schule ist hervorragend. Das ist inzwischen wieder städtisches Gelände. Da läuft es jetzt ganz gut. Darüber freuen wir uns. Mit dem Rest des Geländes haben wir aber auch noch große Probleme. Wir sind da noch nicht rund. Wir haben auch noch nicht den Kulturriegel und die ganze Wohnbebauung. Alles steht noch in den Sternen. Deshalb möchte ich hier appellieren, dass da auch wieder Schwung in die Sache kommt. Da möchte ich den Investor auch ausdrücklich in die Pflicht nehmen.

Die Schule war nämlich ein Bestandteil des später folgenden Kodexes der Bürgerbeteiligung. Diesen Haken haben Sie drangemacht, Frau Klein. Dafür danken wir Ihnen und der Verwaltung. In diesem Kodex stand aber noch eine ganze Menge mehr auf der Liste. Es ist auch die Pflicht von Herrn Greitemann, sich darum zu kümmern, aber auch die Pflicht des Investors. Haben Sie das Helios-Gelände bitte auf dem Schirm. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frenzel und dann Herr Brust.

Michael Frenzel (SPD): Herr Zimmermann, vielen Dank dafür, dass Sie den Ball hier noch einmal aufgenommen haben. In der Tat gab es auf dem Helios-Gelände ein sehr langwieriges Verfahren. Man hat auch lange Zeit nicht gewusst, ob es tatsächlich zu einem guten Ende kommt.

Im Übrigen war es gerade die SPD vor Ort in Ehrenfeld, die sich sehr intensiv in diesen Prozess eingeschaltet hat und auch insbesondere das Projekt einer Universitätsschule in Ehrenfeld auf dem Helios-Gelände sehr vorangebracht hat.

(Niklas Kienitz [CDU]: Dafür musste das „Underground“ sterben!)

- Nun gut, Herr Kienitz; Sie hätten die entsprechende Möglichkeit gehabt. Inzwischen haben Sie die Mehrheiten. Sie hätten das „Underground“ retten können.

Ich bin auch gespannt, wie es in Ehrenfeld mit der Klubszene unter Ihrer Mehrheit weitergeht. Lassen Sie uns in einem Jahr gerne noch einmal

darüber sprechen. Ich bin ganz gespannt, ob es da tatsächlich irgendeinen Fortschritt geben wird.

Der Kulturriegel war ja von Anfang an mit geplant. Wie er dann ausgeführt wird, ist in der Tat nicht mehr Bestandteil dieser Bürgerbeteiligung gewesen, Herr Kienitz. Es ist meiner Meinung nach auch eine gewisse Schwäche dieses Verfahrens, dass sich die Erwartungen, die wir bei den Bürgern an dieser Stelle geweckt haben, möglicherweise nicht alle erfüllen lassen.

Trotzdem haben wir mit der Universitätsschule auf jeden Fall einen sehr guten Schritt nach vorne gemacht. Ich glaube, da stimmen Sie mir zu, Frau Pakulat. Das ist auf jeden Fall eine gute Entwicklung. Darauf freuen wir uns auch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nur darum bitten, wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das hatte ich vor. Das ist in diesem Fall auch wichtig.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich abstimmen - wie schon gesagt, wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, Anlage 12. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Trinkbrunnen für Köln 3100/2018

Hierzu hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich mache es ganz kurz; das ist wirklich versprochen. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns sehr darüber, dass diese Vorlage heute verabschiedet wird. Wir freuen uns auch deshalb darüber, weil das eine ganz wichtige Sache für die Gesundheit der Bevölkerung ist.

Natürlich sind wir auch ein bisschen stolz darauf, dass dieses Projekt verwirklicht wird. Wir haben es 2011 und 2013 im Gesundheits- und im Umweltausschuss gefordert.

Ganz besonders freut uns, dass die Gesamtschule Holweide im Jahr 2015 bei der Stadt eine Eingabe für Trinkbrunnen gemacht hat.

Deswegen sage ich herzlichen Dank an die Verwaltung und alle, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Umweltausschuss und Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.26 Planungsaufnahme zur Generalinstandsetzung und Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule am Standort Paul-Humburg-Str. 13, 50737 Köln-Longerich 3676/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.27 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln“ für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“ 3789/2018

Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wie Kalk!)

- Bei mir steht: wie Finanzausschuss. Aber das ist in diesem Fall das Gleiche. Änderungsantrag LINKE wie BV 8, ja. Das ist der Änderungsantrag. - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache das hier vom Platz aus; denn ich möchte nur

Herrn Greitemann bitten, uns noch einmal Folgendes darzustellen:

Die Bezirksvertretung 8 hat ja beschlossen, aus dem Förderprogramm einen Posten herauszukürzen. Nun kann man sich darüber streiten, ob dieses Projekt tatsächlich sinnvoll ist oder nicht. Unsere Überlegung war nur, dass es ja eine Möglichkeit ist, das jetzt drinzulassen und gegebenenfalls so anzupassen, dass es hinterher auch Sinn macht, zusammen mit der Bezirksvertretung 8 dort ein Verfahren abzustimmen.

Deswegen vermute ich - abhängig von Ihrer Antwort; Sie nicken -,

(Beigeordneter Markus Greitemann:
Ja!)

dass es Sinn machen würde, diese 50 000 Euro drinzulassen - das heißt, dass wir wie Finanzausschuss abstimmen würden -, um dann gemeinsam mit der Bezirksvertretung Einvernehmen darüber herzustellen, dass wir dieses Geld sinnvoll einsetzen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, ich hatte Sie so verstanden, als wollten Sie den Änderungsantrag stellen, so wie BV 8 abzustimmen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ich würde aber trotzdem gerne noch kurz den Sachverhalt klären, damit wir wissen, worüber wir abstimmen.

Wir hatten im Stadtentwicklungsausschuss die Vorlage, und es war klar, dass wir damit nicht zurande kommen, weil wir telefonisch aus Kalk das Ergebnis mitgeteilt bekommen haben.

Die Kalker haben nicht beschlossen, soweit ich das verstanden habe - bitte korrigieren Sie mich, wenn es falsch ist -, dass sie diesen integrativen Supermarkt nicht brauchen, sondern sie haben beschlossen: Wir brauchen keine Bedarfsprüfung für diesen Supermarkt, sondern wir wissen, dass wir diesen Supermarkt brauchen; also müssen wir die 50 000 Euro nicht für ein Gutachten ausgeben.

Wenn ich richtig informiert bin, hat der Finanzausschuss diesen Beschluss der Bezirksvertretung Kalk nicht übernommen. Wenn das so ist und der Finanzausschuss sagt, dass wir diese 50 000 Euro ausgeben, obwohl schon klar ist, dass man diesen Laden haben will, macht das keinen Sinn.

Vielleicht kann der Vorsitzende des Finanzausschusses - er steht schon; das ist schön - hier noch Aufklärung herbeiführen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das versuche ich gerne. In diesem Fall finde ich den Beschluss des Finanzausschusses, den wir einstimmig getroffen haben, außerordentlich weise. Er hat nämlich den Hintergrund, dass wir die 50 000 Euro, die in konsequenter Umsetzung des Beschlusses der BV Kalk ersatzlos wegfallen würden, trotzdem zur Verfügung stellen wollen, um im Einvernehmen mit der BV Kalk zu überlegen, ob sie bei ihrem Beschluss bleiben möchte oder ob man das Geld im Sinne der Ziele der Maßnahme und des Förderprogramms anderweitig sinnvoll einsetzen kann.

Wir haben uns also entgegen unserer Gewohnheit einmal großzügig gezeigt und haben gesagt: Das Geld soll auf jeden Fall für das Gesamtprojekt zur Verfügung stehen, und zwar auf eine im Optimalfall mit der BV Kalk abzustimmende Art und Weise. - Die BV Kalk hätte das Geld gestrichen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, wollen Sie an Ihrem Vorhaben festhalten? Oder wollen Sie sich dem Vorschlag anschließen, über die Vorlage wie Finanzausschuss abzustimmen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Der Vorsitzende des Finanzausschusses hat mich überzeugt! Danke schön!)

- Gut. Danke sehr. - Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen wie Finanzausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.28 Beschluss der Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“
4249/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.29 Generalsanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Merianstr., Köln-Chorweiler
Maßnahme im Rahmen des Kommunalinvestitionsfördergesetzes NRW
0067/2019**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.30 Vertrag über die Erbringung technischer Dienste für die Stadt Köln
3701/2018**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.32 KölnKlimaAktiv 2022
3680/2018**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0219/2019**

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um eine Vorlage mit dem klangvollen Titel „KölnKlimaAktiv 2022“. Wie man mitbekommt, wird unser zuständiger Dezernent ja seit einiger Zeit nicht müde, bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder zu betonen, dass wir in Sachen Klimawandel hier jetzt wirklich Maßnahmen von nie da gewesenem Ausmaß ergreifen müssen, um auch nur ansatzweise die Ziele zu erreichen, die sich die Weltgemeinschaft zumindest mehrheitlich gesetzt hat.

Nun bekommt man diese Vorlage und denkt sich erst einmal: Wow, jetzt wird da einmal richtig etwas herausgehauen. „KölnKlimaAktiv 2022“ klingt erst einmal vielversprechend.

Als Stadt haben wir uns ja das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2030 die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 zu halbieren. Auf diesem Weg

haben wir auch schon einiges erreicht. Allerdings sind wir irgendwann ein bisschen vom Pfad abgekommen. Wir hatten Ende letzten Jahres die Energie- und Treibhausgasbilanz vorliegen. Da haben wir gesehen, dass zwischen 2008 und 2015 gerade einmal ein weiteres Prozent eingespart wurde, was ich persönlich eher in den Bereich statistischer Ungenauigkeiten und nicht als wirklichen Fortschritt einordnen würde.

Jetzt wollen wir bis 2020 noch einmal 40 Prozent sparen und haben bislang 18 Prozent geschafft. Das heißt: Es sind in der Tat ehrgeizige und wirksame Maßnahmen erforderlich.

Wenn wir nun aber in die Vorlage schauen und einfach einmal anfangen, zu lesen, wird schon auf der ersten Seite klar, dass die Vorlage diesen wirklich dringlichen Notwendigkeiten in keinerlei Weise gerecht wird.

Laut dieser Vorlage werden mit dem vorgelegten Programm 11 678 Tonnen CO₂ eingespart. Nötig wären aber - das kann man nur wenige Zeilen später lesen - 3,9 Millionen Tonnen pro Jahr. Man weiß also nicht: Soll man jetzt lachen oder weinen?

Man liest dann weiter und kommt zu der Tabelle, in der mit einem schönen prägnanten Ampelsystem diverse Maßnahmen bewertet werden. Eine der bestbewerteten Maßnahmen ist die Verbesserung des Internetauftritts. Im Weiteren finden wir unter den Punkten 3.2, 4.1, 4.2 etc. die Themen Stromeinsparung, Altbausanierung usw. Da sieht man plötzlich überall rote Punkte. Dabei wissen wir aus der eben zitierten Studie aus dem Jahr 2018, dass genau dort die größten Verursacher liegen. Gerade diese Bereiche mit dem größten Potenzial werden jedoch nicht in den Fokus genommen.

Wie man es besser machen kann, zeigt zum Beispiel die Stadt Bottrop. Sie hat innerhalb von zehn Jahren ihren CO₂-Ausstoß nahezu halbiert. Wie hat sie das gemacht? Sie hat sich konsequent eng mit der Industrie ausgetauscht, sich auf die Bereiche konzentriert, in denen man mit dem geringsten Aufwand die größte Wirkung erzielen kann, und gerade im Bereich Altbausanierung einen starken Schwerpunkt auf die Sozialverträglichkeit gesetzt. Denn man muss wissen: Es war ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister, der diese ehrgeizigen Klimaziele erreicht hat. - Ja, da freuen sich sogar die Grünen. Das sehe ich schon.

Hier in dieser Vorlage werden jetzt 500 000 Euro im Jahr für Personal zugesetzt. Es werden

merkwürdige Doppelstrukturen geschaffen. Wir haben unter den 7er-Punkten auf einmal ganz viel aus dem Bereich Mobilität und Verkehr. Das soll alles im Umweltdezernat angesiedelt werden. Ich dachte immer, dafür hätten wir ein eigenes Dezernat. Ich weiß nicht, ob das wirklich das ist, was man sich im Zuge der Verwaltungsreform hier vorstellt. Da haben wir als SPD doch erhebliche Zweifel.

Dies betrifft auch andere Bereiche wie die Energieberatung. Das machen die RheinEnergie und die Verbraucherzentrale. Jetzt wird noch eine Struktur zum Thema Energieberatung geschaffen. Gut; es geht im Wesentlichen darum, zu informieren und zu kommunizieren. Das ist zwar schön und nett, bringt aber keine direkten Wirkungen für das Klima. Und einmal ganz ehrlich: Wir haben kein Informationsdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit.

Insofern können wir dieser Vorlage unter keinen Umständen zustimmen, meine Damen und Herren. Das gilt auch für den Änderungsantrag, der zwar einiges verbessert, aber leider aus einer Kuh noch kein Rennpferd macht. Was uns hier vorgelegt wird, ist wirklich ein Klima-Placebo - oder sollte ich es besser als Klima-Globuli bezeichnen? -: ein bisschen Zucker, ein klangvoller Name, aber keine nachweisbare Wirkung.

Meine Damen und Herren, man hätte diese jährlich 500 000 Euro auch investieren können, um Bäume zu pflanzen. Damit wäre dem Klima wahrscheinlich mehr geholfen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass wir noch ein bisschen wach und aufnahmefähig sind. Das ist nämlich ein Thema, bei dem es jetzt um Zahlen und prozentuale Angaben geht. Nach meinem Eindruck können wir aber davon ausgehen, dass wir uns auch zu diesem Thema eine Meinung bilden können.

Lassen Sie mich mit folgendem Zitat beginnen:

Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, ist ein sofortiges entschlossenes Handeln notwendig, weshalb ein radikales Umdenken gefordert wird. Die

Zeit wird immer knapper, es muss jetzt gehandelt werden.

So steht es in der Begründung der Verwaltungsvorlage. Wir stimmen dieser Aussage auch vollumfänglich zu.

Wir begrüßen, dass sich die Stadt Köln dem Klima-Bündnis der europäischen Kommunen angeschlossen hat und sich damit verpflichtet, den CO₂-Ausstoß von 1990 bis 2030 um 50 Prozent zu verringern.

In der im August 2018 veröffentlichten und dem Rat zur Kenntnis gegebenen Fortschreibung der Energie- und Treibhausbilanz, erstellt vom Institut für Energie- und Umweltforschung, wurde ermittelt, dass die Treibhausgase in Köln von 2008 bis 2015 gerade einmal um ein mickriges Prozent zurückgegangen sind.

Diese Erkenntnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte uns alle schon in Alarmbereitschaft versetzen müssen. Aber weit gefehlt! Stattdessen legt uns die Verwaltung ein Papier „KölnKlimaAktiv 2022“ zum Beschluss vor, das mit 19 Klimareduzierungsmaßnahmen bis einschließlich 2022 11 678 Tonnen CO₂ einsparen soll. Wie mein Vorredner schon gesagt hat, ist das nur 1 Prozent dessen, was Köln an CO₂ bis zum Jahr 2022 einsparen müsste, nicht mehr. Die Stadt scheint beim Klima ein immerwährendes 1-Prozent-Problem zu haben.

Wenn uns die Vorlage eines lehrt, dann Folgendes: Wir werden bei diesem Tempo die Erreichung der Klimaziele nicht mehr erleben - und unsere Urenkel auch nicht.

Um das selbst gesteckte 2030er-Ziel nicht völlig aus den Augen zu verlieren, müssen Maßnahmen entwickelt werden, die das Potenzial haben, den CO₂-Ausstoß signifikant zu reduzieren.

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie hat in seinen zwölf Einzelpunkten auf Seite 10 aufgezeigt, wohin die Reise gehen muss. Wir brauchen wirkungsreiche Ziele, und zwar jetzt. Denn um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, reicht eine 50-prozentige Reduzierung schon nicht mehr aus. Es müssen mittlerweile 60 Prozent sein.

Wie heißt es in der Begründung der Stadtverwaltung?

Die Zeit wird immer knapper, es muss jetzt gehandelt werden.

Deshalb beauftragen wir die Verwaltung in unserem Änderungsantrag, noch bis zu dieser Sommerpause einen Katalog weiterer Maßnahmen vorzulegen. Unterstützen Sie unseren Antrag bitte. Zwar hat die SPD schon gesagt, dass er bei ihr keine Unterstützung findet. Wir bitten aber alle darum, unseren Änderungsantrag zu unterstützen, um gemeinsam unseren Klimazielen gerecht zu werden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Brust, bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben diese Debatte ja umfänglich im Umweltausschuss geführt. Deswegen möchte ich nur kurz vom Platz aus begründen, warum wir den Antrag der LINKEN ablehnen.

Wir sind uns natürlich einig darüber, dass diese Verwaltungsvorlage nur einen minimalen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann und nur eine von sehr vielen Maßnahmen ist. Sie muss aber jetzt beschlossen werden, damit der European Energy Award verabschiedet werden kann.

Herr Struwe hat darauf hingewiesen, dass man in Bottrop 60 Prozent CO₂ eingespart hat. Das mag in einer Ruhrgebietsstadt, in der gerade die letzte Zeche geschlossen wurde, natürlich gehen, wenn man die Industrie zumacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei uns sieht die Klimabilanz anders aus, weil bei uns vor allem zu Buche schlägt, dass wir eine wachsende Industrieproduktion hatten. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätten wir auch bessere Werte.

Es geht allerdings nicht, wie die LINKEN das jetzt möchten, die Verwaltung zu beauftragen, bis zum Sommer einen Vorschlag zu machen, wie man in Köln 60 Prozent einsparen kann. Das ist einfach unseriös, weil jeder weiß, dass die Verwaltung so etwas nicht vorschlagen kann. Dazu brauchen wir ganz andere Rahmenbedingungen auf Bundesebene - CO₂-Steuer usw. Deswegen müssen wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse nun über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Ratsgruppe BUNT und von Rot-Weiß. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

Tagesordnungspunkt

14.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 3669/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Siebzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2816/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.2 268. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2819/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse so abstimmen, wie die Vorlage im Verkehrsausschuss abgestimmt wurde.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss 0058/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Berufung eines Vertreters sowie einer Stellvertreterin der Stadtschulpflegschaft als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung 3852/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz Mitte - Revitalisierung des Porzer Zentrums hier: Änderung der Zusammensetzung des Beirates Porz Mitte 4271/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Ausschussumbesetzung“ AN/0144/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.5 KölnBäder GmbH - Wahl eines Arbeitnehmersvertreters in den Aufsichtsrat 3953/2018

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat 0261/2019

Mir liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag für die Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH vor. Ich trage ihn einmal kurz vor:

- von der Verwaltung wird entsendet: Herr Beigeordneter Greitemann

- SPD: Herr Joisten, Herr van Geffen, Herr Pöttgen, Herr Karaman

- CDU: Frau Heithorst, Herr Dr. Schoser, Herr Lucks, Herr Dr. Botermann

- Grüne: Herr Frank, Frau Pakulat, Frau Thelen

- LINKE: Herr Petri

- FDP: Herr Görzel

Gibt es weitere Wahlvorschläge? - Da das nicht der Fall ist, stimmen wir jetzt ab.

Gibt es Gegenstimmen gegen diesen gemeinsamen Wahlvorschlag? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS): Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in die Verbandversammlung 0449/2019

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss“ AN/0193/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.9 Festlegung der Vertretungsregelung in den Ausschüssen für Gruppenmitglieder AN/0196/2019

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Stadtentwicklungsausschuss - sachkundige Einwohnerin“
AN/0213/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neubesetzung des Verkehrsausschusses“
AN/0221/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)“
AN/0222/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Nachbesetzung Aufsichtsrat Zoologischer Garten Köln AG“
AN/0223/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

**18.1 Einführung von Leitlinien für Führung und Zusammenarbeit Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe externer Moderationsleistungen im Rahmen des Leitlinienprozesses
4206/2018**

Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Der LINKEN.
Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zum nichtöffentlichen Teil und bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 22.40 Uhr)